Nr. 5 Bochum, den 2. Februar 1907. 19. Jahrgang

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal. Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die siebengespaltene Kolonelzeile resp. deren Raum 1,— Mark. Bei 6maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 26maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telegramm-Adresse: Altverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Witzmann, Bochum. Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Auf die Schanzen, Kameraden!

Noch einmal muß das Volk der Arbeit auf den Wahlkampfplatz treten. Der 25. Januar hat die endgültige Entscheidung nicht gebracht. In einer fast beispiellosen Weise ist die Wählermasse mit „kolonialen" Schauerbildern, einem „national"-kapitalistischen Tamtam irregeführt worden. Was hiermit nicht erreicht wurde, vollendete man mit brutalen Maßregelungen und Vergewaltigung der freien, geheimen Wahl. Nur dadurch ist in manchen Wahlkreisen für die kapitalistischen Wahlrechts- und Gewerkschaftsfeinde eine höhere Stimmenzahl wie bei früheren Wahlen zusammenvergewaltigt worden. Schon liegen uns Beweise vor, für eine vollständige sparatische Aufhebung des freien, geheimen Wahlrechtes. **Selbst Stimmenkauf ist getrieben worden;** zweifellos werden die Schuldigen (Agenten des Gruben- und Hüttenkapitals) sich dafür vor Gericht verantworten müssen.

Es ist gar nicht zu leugnen: Der 25. Januar hat aus den angegebenen Gründen den Nahrungszollwucherern, Wahlrechtsfeinden, Scharfmachern und Gewerkschaftstotfeinden nicht die gründliche Niederlage gebracht, die im Volksinteresse hochnötig ist. Man stände vor einem Rätsel, wenn man nicht wüßte, wie schwer es ist, der Wählermasse begreiflich zu machen, was ihr einzig not tut. In der Gewerkschaftsagitation machen wir ja dieselbe Erfahrung. Jeder Arbeiter sieht vor Augen die straffgeschlossene, einige Organisation der Kapitalisten. Aber hunderttausende bleiben doch der Gewerkschaft fern. Nur wenn sie in Not sind, finden viele unorganisierte Kameraden den Weg zu unseren Rechtsschutzbureaus. Alle Arbeiter klagen über die unverschämte Fleischteuerung, trotzdem gehen tausende hin und wählen die Fleischverteuerer. Alle Arbeiter klagen über Gedingeabzüge, erhöhte Schinderei, gefährliche Betriebszustände; trotzdem gehen zehntausende Arbeiter hin und wählen den Gegner einer Bergarbeiterschutzgesetzgebung. Unzählige Beweise liegen vor für den erbitterten Haß der Bergwerks- und Hüttenherren gegen die Arbeiterorganisation; trotzdem wählen zehntausende Lohnknechte ihre Ausbeuter.

Die Lüge braucht Sekunden, um durch die Welt zu fliegen, die Wahrheit dringt in Jahresfrist nicht durch. Die am 25. Januar ihre natürlichen Feinde wählten, werden, wenn der neue Reichstag eine scharfmacherische Mehrheit bekommt, bitter am eigenen Leibe zu spüren bekommen, daß sie ihre eigensten Interessen mit Füßen getreten haben.

Kameraden! An euch ergeht nun der Ruf des Volkes: **Verhütet den Triumph der Volksfeinde!** Die in Selbstverblendung am 25. Januar diesen Volksfeinden Stütze boten, müssen in letzter Stunde belehrt werden, daß sie am 5. Februar, dem Stichwahltage, zurückkehren müssen in die Reihen ihrer Arbeits- und Leidensgenossen. Kostbare Stunden sind uns noch geboten, wir müssen sie unermüdlich benutzen um den Triumph der schlimmsten Arbeiterfeinde zu vereiteln.

Hohes, Entscheidendes steht auf dem Spiele! Kühn gemacht durch die Unklugheit so vieler Arbeiter, sprechen die Volksfeinde jetzt schon offener aus, was sie eventuell im neuen Reichstag zu tun gedenken!

Verschlechterung des Wahlrechtes, damit das arbeitende Volk bei der Gesetzgebung so gut wie ausgeschaltet wird! **Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes,** damit den Arbeitern die Waffe der Organisation aus der Hand gerissen werde! **Ein Zuchthausgesetz gegen die Gewerkschaften, speziell gegen die Bergarbeiterorganisation,** das ist das Sehnen der Leute, die, obwohl Zechen- und Hüttenbesitzerkandidaten, doch vor der Wahl beteuern, sie seien arbeiterfreundlich! Verloren ist die Bergarbeiterschaft, wenn diese Scharfmacher die Reichstagsmehrheit bekommen.

Bergarbeiter! Kommt eine scharfmacherische Reichstagsmehrheit zusammen, dann ist auf viele Jahre hinaus an einen **reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutz** nicht zu denken! Das bedeutet weitere **Zunahme der schrecklichen Grubenunglücke,** weitere **körperliche Verelendung der Bergarbeiter!** Der Landtag tut nichts für uns, unbedingt muß der Reichstag für den Bergarbeiterschutz sorgen. Werden die Stichwahlen eine Mehrheit der Scharfmacher bringen, dann wehe dem Bergarbeiter! Täuschen wir uns nur ja nicht: **Gesundheit und Leben hunderttausender Bergleute** steht auf dem Spiel. Soll der entsetzliche Blutstrom weiter steigen? Sollen sich neue Massengräber den schon geschaufelten anreihen? Bergmann, es geht um deine Freiheit und dein Leben!

Die alte Garde vor die Front! So oft hattet ihr eine verzweifelte Schicht, aber dank dem alten Knappentrotze sahet ihr die Sonne doch wieder schimmern. Schon oft stießen die Arbeiterfeinde ihr wildes Triumphgeschrei an, aber zu früh. Denn gewaltig reckte sich da der Mann der Bergarbeit auf, mit unbesieglicher Energie erstürmte er die Schanzen, die der Feind schon glaubte zu besitzen. An der Knappentreue müssen die Pläne der Feinde zerschellen. Das Arbeiterwohl will es!

Kameraden, Kampfesgenossen! Hinein in die Entscheidungsschlacht! Tief unter der Erde muß jede Arbeitsstelle zum Agitationsort werden. Sagt den Lauen und Irregeführten, daß ihr Leben, ihre Freiheit auf dem Spiel steht. Sagt ihnen, sie versündigten sich an ihrer Familie, an der ganzen Arbeiterschaft, wenn sie die Kälber seien, die ihre Metzger selber wählen. Rüttelt die Saumseligen auf! Holt die Reserve aus Schacht und Hütte, hinter dem Ofen hervor! Appelliert an ihr kameradschaftliches Gefühl! Erinnert sie an die vielen Gefahren und die schweren Kämpfe, die wir gemeinsam überstanden. **Fragt die Irregeführten, ob sie wirklich gegen ihr eigenes Fleisch und Blut wüten wollen!** Es geht um Leben und Freiheit, um Menschenglück und Volkswohl!

Viele Tausende haben am 25. Januar ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht nicht ausgeübt. Heran mit diesen zur Stichwahl! Nun wiegt jede Stimme schwer für oder gegen das Arbeiterwohl! Jede Stimme! Keine darf fehlen. Jeder Kamerad und Kampfgenosse sei ein freiheitsbegeisterter Agitator für die Sache der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit. Dann gehört der Sieg dem Volke, trotz aller Feinde.

Arbeitsbrüder! Denkt an die erlittene Not! Denkt an die Zeit des großen Streiks gegen das herzlose Kapital! Denkt an die Wunden, die euch der Herrenübermut schlug und Hohn euch spendete statt Entgegenkommen. Denkt an die Steine, die man euch statt Brot gegeben hat. Denkt an alles was ihr erdulden mußtet und zahlt es heim. Vergeßt nichts, vergeltet alles! Schmach und Schande kommt über die Knappenschaft, wenn sie in dieser Entscheidungsstunde die Vergangenheit und Zukunft vergißt, wegen eines elenden gegenwärtigen Augenblicks. Wenn ihr euch nicht unterkriegen läßt, dann wehe der Bergarbeiterschaft Deutschlands. Kameraden, fühlt alle den hohen Ernst dieser Stunde. Sie entscheidet über Glück und Unglück der Lohnsklaven.

Auf die Schanzen, Kameraden! Zum neuen gewaltigen Sturm drauf und dran! **Nieder mit den Zöllnern und Volksverächtern! Nieder mit den Scharfmachern und den Totfeinden der Arbeiterorganisation! Nieder mit den Berggesetzverhunzern und Bergarbeiterzertretern!** Das ist am 5. Februar unser Kampfesruf.

Ein Ehrloser, wer zurückbleibt! Ihm geschieht sein Recht, wenn die Scharfmacher aus seiner Haut Riemen schneiden. Wir wollen kämpfen für unser gutes Recht, damit nicht Kinder und Kindeskinder uns verachten. Wir wollen hochheben die Fahne der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, allen sichtbar, alle anfeuernd, die freiheitlichen Sinnes sind. Nicht eher dürfen wir ruhen, als bis der Sieg errungen, der schöne Sieg, der uns allen frommt, daß der Bergmannsstand wieder zu Ehren kommt.

Noch einmal rückt heran zur Schlacht,
Ihr Knappen aus der Bergesnacht,
Noch einmal sollt das Schwert ihr schwingen
Zum vollen Sieg, zum letzten Ringen,
Dann ist das große Werk vollbracht,
Noch einmal rückt heran zur Schlacht!

Stürmt an, stürmt an mit voller Wucht,
Dann schlagt den Feind ihr in die Flucht,
Den Feind, der euch seit Jahr und Tagen
So oft ins Angesicht geschlagen,
Der nie gemildert eu're Not
Und der euch Steine gab statt Brot. —

Darum heran zur letzten Schlacht,
Ihr Knappen aus der Bergesnacht!
Zahlt heim, zahlt heim was ihr gelitten,
Dann ist der volle Sieg erstritten —
Ihr Knappen aus der Bergesnacht,
Heran, heran zur letzten Schlacht! —

Verunglückungen im österreichischen Bergbau im Jahre 1905.

Daß die Werksbesitzer Oesterreichs im Jahre 1905 gute Geschäfte gemacht und schöne Reingewinne erzielt haben, ist der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden, daß aber an diesen Riesenprofiten nicht nur mehr Bergarbeiterschweiß, sondern auch mehr Bergarbeiterblut als in den Vorjahren klebt, darüber wird so viel als möglich geschwiegen.

Das Jahr 1905 hat wieder eine erkleckliche Anzahl Tote und Krüppel im Bergbau geliefert und dem berühmten „mustergiltigen" Bergarbeiterschutz Oesterreichs einen neuen Lorbeer eingetragen.

Während die hohe Regierung Studium betreibt, wie man Bergmannsschutz betreiben soll, der dem Zentralverein der Werksbesitzer genehm ist, wird in den Mordlöchern lustig weiter gemordet und der Mörder „Profitsucht" erfreut sich des besten Ansehens.

Die Zahl der tötlichen und schweren Verunglückungen hat sich im Jahre 1905 um nahezu 100 erhöht. Es sind **204 tötliche** (um **80 mehr**) und **1554 schwere** (um 25 **mehr**) Unfälle vorgekommen.

Die Zahl der beim **Bergbau** beschäftigten Arbeiter hat sich im Jahre 1905 nur um zirka ein halb Prozent vermehrt, sie betrug 136316 Personen. — Demgegenüber sind daher die Unfallziffern umso erschreckender.

Damit ist aber die Tätigkeit des Würgers „Profitwut" noch nicht erschöpft. Wir gestatten uns einen kleinen Blick in die Krankheitsstatistik der Bruderladen pro 1905. Dieselbe weist nicht weniger als **1404 Krankheitsfälle** auf, was gegen das Jahr 1904 **eine Vermehrung** von 25010 Krankheitsfällen bedeutet.

Diese Krankheitsfälle verteilen sich, 21234 Krankheitsfälle infolge **Verunglückung im Dienste** und 119233 Krankheitsfälle infolge anderer Ursachen. Die Krankheitsfälle infolge **Verunglückung** im Dienst haben sich um **1947 vermehrt.**

Rechnen wir also die oben genannten schweren Verunglückungen von dieser Summe ab, so erhalten wir folgendes Bild: Zahl der im Bergbau beschäftigten Personen 136316; Zahl der **tötlichen** Verunglückungen 204; Zahl der **schweren** Verunglückungen 1554; Zahl der leichten Verunglückungen 19680.

Der österreichische Bergbau hat also mit **21438 Verunglückungen** den Weltrekord geschlagen und der Oberkohlenbaron Ritter von Gutmann, hat auch heute noch „recht", als er vor mehreren Jahren dem Kaiser am Hofball erklärte, daß der **Arbeiterschutz** im österreichischen Bergbau **mustergültig genannt werden muß.**

Solche Blutziffern kann der ausländische Bergbau kaum liefern.

Nach der Ursache geordnet, verteilen sich die tötlichen und schweren Verunglückungen folgendermaßen:

Ursache der Verunglückung	Zahl der Unfälle tötliche	schwere	Zusammen
Durch Verbruch in der Grube	65	209	274
„ Fördergefäße u. Vorrichtungen	23	479	502
„ herabfallendes Gestein u. a.	18	287	305
„ Maschinen und Gezähe	4	125	129
„ Sturz oder Fall	14	119	133
„ schlagende Wetter	—	2	2
„ Abfall von Kohle, Gestein obertags	3	4	7
Bei der Fahrung	3	5	8
„ „ Sprengarbeit	5	25	30
„ „ Schräm- und Schlitzarbeit	5	23	28
„ „ Zimmerung und Mauerung	4	28	32
„ Augenverletzungen	—	48	48
Durch elektrischen Strom	—	3	3
Durch giftige Gase	1	—	1
„ Verbrennung, Verbrühung	1	17	18
„ Brandgasentzündung	6	—	6
„ Erstickung	35	—	35
„ andere Ursachen	13	139	152

Die hier aufgestellte Tabelle gewährt einen ziemlichen Einblick wie der „Arbeiterschutz" beschaffen ist.

Durch Verbruch, herabfallendes Gestein und durch Fördergefäße und Fördervorrichtungen wurden 106 Bergarbeiter getötet und 975 Arbeiter schwer verletzt. Der Mörder „Profitwut" hat hier reiche Ernte gehalten. Auch die Spreng-, Schlitz- und Schrämarbeit hat zahlreiche Opfer gefordert, wozu wohl die ansehnliche Anzahl von Augenverletzungen hinzuzurechnen ist. Die Feuer und Gase haben 42 Todesopfer und 17 schwer Verletzte gefordert. Die k. k. Aufsichtsbehörde hat wohl hier genügend Anhaltspunkte, wie sie die künftige Berginspektion zur Besserung des Bergmannsschutzes einzurichten hätte. Durch Maschinen und Gezähe, Sturz oder Fall, büßten 18 Menschenleben mit dem Tode und 244 wurden schwer verletzt.

Nach den verschiedenen Kategorien des Bergbaues eingeteilt, verteilen sich die Verunglückungen folgendermaßen:

Im Steinkohlenbergbau, wo 66072 Arbeiter beschäftigt waren, ereigneten sich 96 tötliche Verunglückungen und kommt auf je 1000 Arbeiter 1,51 Verunglückungen. Schwere Verunglückungen ereigneten sich 551 und kommen auf je 1000 Arbeiter 8,67 Verunglückungen.

Im Braunkohlenbergbau, wo 53,139 Arbeiter beschäftigt waren, ereigneten sich 87 tötliche Verunglückungen und kommt auf je 1000 Arbeiter 1,71 Verunglückungen. Die Zahl der schweren Verunglückungen betrug 820 und kommen auf je 1000 Arbeiter 16,12 Verunglückungen

Im Eisensteinbergbau, wo 4796 Arbeiter beschäftigt waren, waren 6 tötliche und 41 schwere Verunglückungen zu verzeichnen. Auf je 1000 Arbeiter kommen demnach 1,72 tötliche und 8,72 schwere Verunglückungen.

Eine besondere Aufklärung zu dem Kapitel Grubenunglücke liefert uns die Bruderladenstatistik.

Die Krankenkassen (die Zahl der Erkrankungsfälle haben wir oben bereits verzeichnet) weisen 1385 Todesfälle auf. Darunter 216 Fälle die infolge Verunglückung im Dienst eingetreten sind. Die Zahl der Getöteten vergrößert sich somit um 12.

Die Zahl der Invaliditätsfälle betrug 2746, wovon bei 285 Mitgliedern die Invalidität infolge Verunglückung im Dienste eingetreten ist. —

Das Jahr 1905 hat, wie oben ersichtlich, eine empörende Blutstatistik für die Bergarbeiter aufzuweisen.

Den Grubenbesitzern hat es größere Profite infolge der Produktions- und Preissteigerung eingebracht und den Bergarbeitern elende Löhne, Siechtum, Invalidität und zahlreiche Todesfälle.

Wahrhaftig eine tieftraurige Bilanz!

Was ist es nun mit der Berginspektion? Genügen diese Blutziffern nicht, um endlich die jahrelangen Studien, die die k. k. Herren am grünen Tische pflegen, zu beenden, um einen richtigen Schutz für die Bergarbeiter einzuführen? Ihr Bergarbeiter, die e Herren haben keine Antreiber wie ihr; es muß also dafür gesorgt werden, daß auch hier ein Antreiberdienst eingeführt wird und diesen Dienst müssen die Bergarbeiter durch ihre Zentralorganisation einführen, damit einmal der Programmpunkt Bergarbeiterschutz auf die Tagesordnung kommt. Stark muß man sein! heißt die Parole der organisierten Blutsauger. Die Bergarbeiter könnten sehr bald stark sein, wenn jeder seiner Schutzorganisation angehört, wenn jeder für dieselbe agitiert. Leset daher die obigen Blutziffern genau durch und zeigt sie euren gleichgültigen Kameraden, damit sie zur Vernunft kommen. (Glück auf.)

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Haarmann gegen Gewerkschaften.

Der Kühme ist umgefallen. Aus Anlaß der Sonderkandidatur Kühme stattgefundene Einigungsverhandlungen zwischen den Nationalliberalen und Christlich-Sozialen haben damit geendet, daß die Christlich-Sozialen ihre Kandidatur zurückgezogen haben. Um diesen Umfall recht würdigen zu können, muß man sich nochmals **die Antwort Haarmanns** an die Christlich-Sozialen vergegenwärtigen. Auf die Frage der Christlich-Sozialen:

Soll der Arbeitgeber mit denjenigen Arbeiterführern verhandeln, die die Arbeiterschaft als ihre Vertrauensmänner gewählt hat, gleichgültig, ob sie zum Betriebe gehören oder nicht?

antwortete Haarmann:

„. . . Die zweite Frage kann ich nicht ohne Einschränkung bejahen. So würde ich es beispielsweise einer Zechenverwaltung nicht verdenken, daß sie sich weigerte, mit einem möglicherweise dem Bergmannsberufe fernstehenden Sozialdemokraten zu verhandeln, auch wenn er als Vertrauensmann der Belegschaft von dieser gewählt sein sollte . . .“

Trotz dieser Erklärung zogen die Christlich-Sozialen ihre Kandidatur zurück, aber wir wissen doch, was die Bergarbeiter an Haarmann haben.

Herr Beumer und die Bergarbeiter.

Der frühere nationalliberale Abgeordnete Herr Beumer leistete sich am 20. Januar 1905 folgendes Geschichtchen: Ein Steiger habe einen Arbeiter auf einer Verbotswidrigkeit ertappt und darauf zu dem Sitzer gesagt: **„Was ist dir nun lieber, 3 Mark Strafe oder eine Tracht Prügel?!“** Dieses ungewollte **Eingeständnis der Prügelpraxis in den Ruhrgruben rief im Reichstage allgemeines Aufsehen hervor.**

Wie die Eisenbahner von der Regierung behandelt werden.

Aus den Kreisen des Lokomotivpersonals von Barmen-Rittershausen erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Das Wohlwollen der Regierung für ihre Beamten hat sich bei der Gehaltsaufbesserung für die Lokomotivführer in einer aller Humanität hohnsprechenden Weise bewahrheitet, indem dieselben, statt aufgebessert, in ihren Einkünften geschmälert werden sollen. Nach der neuen Regierungsvorlage ist das Anfangsgehalt der Lokomotivführer auf 1400 Mk. erhöht. Diese Aufbesserung ist aber nur eine scheinbare, denn derselbe wird in der Regel nach einer neunjährigen Heizerdienstzeit zum Lokomotivheizer ernannt, wo demselben schon ein Gehalt von 1200 Mk. zusteht und das Gehalt des Lokomotivführers schon um 60 Mk. überschritten hat, darum rückt derselbe bei der Ernennung zum Lokomotivführer in die nächste Gehaltsstufe (1400 Mk.) ein.

Die Gehaltsstufen der Lokomotivführer sind:

Bisher: 1200, 1400, 1600, 1800, 2000, 2200.
Künftig: 1400, 1600, 1750, 1900, 2050, 2200.

Hieraus ist ersichtlich, daß den Lokomotivführern die erste Gehaltsaufbesserung in der dritten bis letzten Gehaltsstufe wieder entzogen wird und daß derselbe, wenn die Ernennung zum Lokomotivführer nach neunjähriger Heizerdienstzeit erfolgt, 24 Jahre Dienst leisten muß, um das höchste Gehalt zu erreichen, welches bisher mit 21 Jahren erreicht wurde. Auch hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, daß dem Zug- und Lokomotivpersonal das Stundengeld für geleisteten Dienststunden vom 1. Januar 1907 erhöht werden soll und zwar:

für Lokomotivführer, Zugführer und Packmeister von 10 auf 12 Pfg.
„ Lokomotivheizer und Wagenwärter . . . . . 8 „ 9 „
„ Schaffner . . . . . 6 „ 7 „

Diese Bestimmung ist im Direktionsbezirk Essen schon lange bekannt, doch scheint die Direktion Elberfeld auch diese Vergünstigung ihren Beamten entziehen zu wollen, denn die betreffenden Beamten wissen bis jetzt noch nichts. Dieses ist ein Verfahren, welches eine allgemeine Unzufriedenheit unter dem Zug- und Lokomotivpersonal hervorrufen muß.

Lebensmittelpreise.

Ein Pfund	In Amerika Mark	In Deutschld. Mark	Also teurer in Deutschland um Mark
Rindfleisch			
Suppenfleisch . . .	0,14—0,19	0,50	0,31—0,36
Schmorbraten . . .	0,23—0,42	0,60—0,65	0,23—0,37
Roastbeef	0,47—0,56	0,65—0,70	0,14—0,18
Schweinefleisch			
Rippe	0,37—0,47	0,65—0,70	0,23—0,28
Schinken (roh) . . .	0,28—0,56	1,20—1,30	0,74—0,92
Kalbfleisch	0,47—0,65	0,60—0,70	0,05—0,13
Hammelfleisch . . .	0,47—0,65	0,60—0,70	0,05—0,13
Hahn	0,33—0,51	0,80—1,00	0,47—0,49
1 **Hase**	1,47	2,50—3,00	1,03—1,53
2 **Pfund Weizenbrot** . . .	0,22	0,30—0,35	0,07—0,12

Nach dem Buch des deutschen Regierungsrats Kolb „Als Arbeiter in Amerika“. (Seit Veröffentlichung des Buches hat sich durch Inkrafttreten der neuen Handelsverträge das Verhältnis weiter zu Ungunsten Deutschlands verschlechtert; so kostet beispielsweise hier Schweinefleisch jetzt 90 Pfg., Schinken 1,60, gekocht 2 Mk.)

Lebensmittelverteuerung und Reichstagswahl!

Der **„Kölnischen Zeitung“**, der **„Nordd. Allg. Zeitung“** und anderen „staatserhaltenden“ Blättern, die sich entrüstet haben, daß die Reichstagswahlen im Zeichen des Hungers stehen, dedizieren wir folgende kleine Ausgrabung:

„In der Tat sind die **Lebensmittelpreise so stark gestiegen, daß die Löhne dieser Steigerung nicht folgen konnten. Das ganze Lohnmehr wird absorbiert** (verbraucht) **durch die Teuerung**, und der jährliche Tribut, den unsere Industrie der Landwirtschaft zahlt, beträgt jährlich 40 bis 50 Millionen. Daß hierdurch Unzufriedenheit entsteht, ist begreiflich und der Regierung, welche der Industrie diese Last aufgebürdet hat, werden unsere Bevölkerungskreise wenig Dank wissen, dabei ist noch keine Aussicht vorhanden, daß die Aera „Pod“ sobald ihrem Ende entgegensieht. Wäre die Lohnerhöhung den Arbeitern wirklich zugute gekommen, im Ruhrgebiete schwirrten keine Streikgerüchte. So dagegen kommt der Arbeiter trotz der guten Konjunktur nicht weiter, **ja noch nicht so weit wie früher** . . . . und aus diesem Grunde mag die Forderung der Arbeiter als nicht unverständlich erscheinen“.

So schrieb am 10. Oktober die

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“!

Und ähnlich äußerte sich damals auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, dieselbe, die jetzt, da es der Wahlkampf erfordert, mit dreister Stirn das Gegenteil behauptet.

Ein Steuermerkblatt. Zölle und Steuern verteuern

das Kilo	Getreide	um 5 bezw.	5½	Pfg.
„ „	Mehl	„	7	„
„ „	Brot	„	7	„
„ „	Salz	„	12	„
„ „	Zucker	„	14	„
„ „	Kaffee	„	40	„
„ „	Reis	„	6	„
„ Liter	Bier	„	1—2	„
„ „	Branntwein	„	28	„
1 „	Hering	„	½—1	„

Aus diesen Pfennigen, die jede kaufende Frau im Augenblick des Kaufs zahlt, um die also die notwendigen Lebens- und Genußmittel verteuert werden, sammelt die Reichskasse

aus Zöllen überhaupt	580	Millionen Mark
(davon aus Getreide u. Hülsenfrüchten) ca.	200	„ „
Salzsteuer	54	„ „
Zuckersteuer	186	„ „
Branntweinsteuer	117	„ „
Biersteuer	52	„ „

Der Zoll auf Petroleum, das Beleuchtungsmaterial des armen Mannes, bringt über 75 Millionen, ungefähr ebenso viel der Zoll auf Kaffee.

Bergarbeiter, gebt am Stichwahltage auf diese Verteuerung der Lebensmittel und sonstige Verbrauchsartikel die richtige Antwort!

Wie man Minister zu schieben sucht!

Sie betreffen zunächst die Hauptversammlung des Vereins der **deutschen Maschinenfabrikanten vom 7. Februar 1906.** Die Herren besprachen die von den Gewerkschaften verlangte Verkürzung der Arbeitszeit. Sehr ungehalten waren die Herren über die Einführung der Neunstundenschicht in einigen Staatswerkstätten. Dadurch würde schließlich die Privatindustrie genötigt, auch die Neunstundenschicht einzuführen, dagegen müsse lebhaft protestiert werden, dafür könne man mit den „Arbeiterausschüssen“ in Verhandlung treten. Hieraus geht hervor, daß die Herren die „Arbeiterausschüsse“ zur Beiseiteschiebung der Arbeiterorganisation benutzen wollten!

Der preußische Eisenbahnminister hatte das in den Augen der Unternehmer sehr große Verbrechen begangen, den Neunstundentag für die Eisenbahnwerkstätten allgemein einführen zu wollen. Die Maschinenfabrikanten protestierten dagegen, sie beabsichtigten auch öffentlich dagegen vorzugehen. Da nahm der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete und Unternehmersekretär Dr. Beumer das Wort zu folgender interessanten Rede:

„Meine Herren, wegen des öffentlichen Vorgehens, das von einem der Herren Redner befürwortet wurde, möchte ich mir als Gast doch den Hinweis gestatten, daß, wenn Sie den Erfolg erzielen wollen, den Herr Bergrat Körner mit Recht von einem Vorgehen beim Herrn Minister erwartet, es taktisch richtig ist, von diesem Vorgehen vorläufig nichts in die Presse hineinzubringen. Sie erschweren, glaube ich, dem Herrn Minister den Rückzug, den er aus den hier vorgebrachten Erwägungen heraus sonst antreten kann. (Sehr richtig). So, wie ich den Herrn Minister v. Budde zu kennen glaube, wird er sehr dankbar sein, wenn er auf Grund dieser vorliegenden Statistik zu Frage 2 darüber aufklärt wird, wie viele Maschinenfabriken den zehnstündigen Arbeitstag noch haben. Es sind ja 55 Prozent. 140 von den angefragten haben geantwortet. — Wenn Sie aber jetzt etwas in die Zeitungen hineinbringen — es wird sich auch um die Festlegung des Protokolls handeln, ob Sie da alles, was hier gesprochen wird, veröffentlichen wollen —, dann werden Sie einen großen Sturm in der Oeffentlichkeit heraufbeschwören, der nachher dem Minister die Verhandlung mit Ihnen und auch die Erfüllung Ihrer Wünsche außerordentlich schwierig macht. (Herr Bergrat Zörcher: Sehr richtig.) Sie erreichen mit einer Veröffentlichung dieser Dinge, glaube ich, eher das Gegenteil dessen, was Sie wünschen, und deshalb möchte ich Ihnen meinerseits zu erwägen geben, ob Sie nicht aus praktischen Rücksichten diese Sache im Protokoll möglichst vorübergehend behandeln, nur den Beschluß veröffentlichen, daß Sie mit dem Minister verhandeln wollen und vor allen Dingen nichts darüber in die Tagespresse bringen.“ (Zustimmung).

Ein Frühstück — aber nicht für Arbeiter. Das Frühstück des deutschen Kronprinzen in Weseli (Böhmen) beschäftigt noch immer die öffentliche Meinung. Eine Berlinerin, die neugierig war, was der Kronprinz bei dem historischen Frühstück für 160 Kronen (128 Mark) vorgesetzt erhielt, wandte sich an den Bahnhofsrestaurateur Johann Graf in Weseli mit der Bitte, ihr das Menü mitzuteilen. Herr Graf erwiderte ihr, wie der „Roland von Berlin“ meldet, folgendes:

„Euer Hochwohlgeboren! Auf Ihr sehr geehrtes Schreiben vom 19. Dezember teile ich Ihnen mit: Das Frühstück für den deutschen Kronprinzen bestand aus: 1 Fasan, 1 franz. Hummer, Sauce, Majonaise, Lachs, Prager und Westph. Schinken, Engl. Roastbeef, Rindzunge, Lungenbraten, Kalbsfricandeau, Astr. Caviar, Gansleberpastete, Trüffelpastete, Franz. und Walliser Salat, diverse Fische in Gelee, Sardinen, Kaviar, Gebäck, weichgekochte Eier, Kugelhupf, Mineralwasser. Das Frühstück auf einem neuen Silberservice speziell für den deutschen Kronprinzen, welches ich vorher beschaffen mußte, serviert.

Hochachtungsvoll
Johann Graf.“

Majonaise, Gelee usw. es sind Namen, die mancher Bergmann noch nicht gehört hat, vielmehr daß sein Gaumen jemals mit solchen Leckerbissen in Berührung käme. Doch sehnt er sich auch nicht danach, aber die Zeit muß und wird kommen, daß jede Arbeiterfamilie sich wenigstens ein Stück Fleisch gönnen, sich sattessen kann. Je stärker unsere Organisation, desto größer unsere Macht. Deshalb werbt Mitglieder, Kameraden!

Wohin geht der „natürliche Reichtum“ von Südwestafrika? Die zum Export kommende Produktion von Südwestafrika ist außerordentlich gering. Sie besteht im wesentlichen aus Rindvieh, Schafen, Guano, Straußenfedern, Erzen, Hörnern und Häuten. Im ganzen führte dieses seinem Flächeninhalt nach größere Gebiet als Deutschland (835 000 gegen 540 000 Quadratkilometer) im Jahre 1900 für 908 000 Mk., 1901 für 1 242 000 Mk., 1902 für 2 213 000 Mk. und 1903 für 3 444 000 Mk. Waren aus. Von den letzteren gingen aber allein nach dem englischen Kapland für 2 502 000 Mk., nach England selbst für 434 000 Mk., nach anderen nichtdeutschen Ländern für 127 000 Mk. und nach Deutschland nur für 380 000 Mk. meist Schafwolle und Straußenfedern. Insgesamt führten unsere Kolonien in das deutsche Mutterland im Jahre 1905 für 18 113 000 Mk. Waren aus. Dagegen belief sich der Wert unserer Gesamteinfuhr an Naturprodukten: Rohstoffe, Nahrungs- und Genußmitteln, in diesem Jahre auf 5 800 000 000 Mk. Wenn wir also auf die Zufuhr aus unseren Kolonien angewiesen wären, so könnten die meisten unserer Handelsfirmen, Fabriken usw. ruhig die Bude zumachen.

Aufrüttelnde Statistik. Die Zahl der Erwerbstätigen in Preußen und ihrer Angehörigen, die ein Jahreseinkommen von weniger als 900 Mark hatten, beträgt etwa 65 Prozent. Von je hundert Personen in Preußen besitzen also 65 ein Einkommen von weniger als 900 Mark. Nehmen wir jedoch diejenigen Erwerbstätigen und ihre Angehörigen hinzu, welche ein Einkommen von 900 bis 1500 Mark pro Jahr besaßen, so ergibt sich, daß 88½ Prozent, von je 100 also mehr als 88 ein Einkommen besaßen, das 1500 Mark nicht überstieg! Sieben Achtel der Gesamtbevölkerung gehören also dem Proletariat an! — Demgegenüber gab es in Preußen nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1905 85 596 Zensiten, die pro Kopf ein Jahreseinkommen von etwa 7500 Mk. besaßen. Ferner 70 943 Zensiten, die pro Kopf ein Jahreseinkommen von 15 500 Mk. besaßen. Weiter 14 374 Zensiten mit einem Jahreseinkommen von rund 50 000 Mk. pro Kopf. Endlich 2859 Zensiten mit einem Jahreseinkommen von rund 250 000 Mk. pro Kopf! Die 88 000 reichsten Leute in Preußen besaßen zusammen 2500 Millionen Mark Jahreseinkommen, während das Gesamt-Jahreseinkommen der 2 134 000 Zensiten mit 900 bis 1200 Mark nur 2200 Millionen Mark betrug! Die Zahl der mehrfachen Millionäre, also derer, die mehr als 100 000 Mark Jahreseinkommen besaßen, betrug 1892 1659 1905 2859. Die Zahl der Multimillionäre mit einem Jahreseinkommen von mehr als einer Million wuchs in Preußen von 31 im Jahre 1892 auf 57 im Jahre 1905! Auf Seite der Drohnen Millionen und ein herrliches Leben, auf derjenigen der Arbeitsbienen Not und Elend! Soll dies immer so bleiben?

Veränderungen der Löhne und der Lebensmittelpreise in den Vereinigten Staaten im Jahre 1905. Das Arbeitsamt zu Washington berichtet seit mehreren Jahren über die Veränderungen der Arbeitslöhne in der Industrie; die Beobachtungen erstrecken sich auf mehrere tausend repräsentative Betriebe, von welchen die Mehrheit für die Periode 1890 bis 1905 Angaben lieferten. Die Zahl der Arbeiter dieser Betriebe war im letztgenannten Jahr 314 000. Die Veränderungen der tatsächlichen Löhne in jedem der 340 Berufe darzustellen, auf die sich die Gesamtzahl der Arbeiter verteilt, würde zuviel Raum beanspruchen, weshalb nur das Gesamtergebnis angeführt werden soll. Im Jahre 1905 war der Durchschnittslohn aller Arbeiter höher und die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden geringer als im Durchschnitt des Dezenniums 1890—1899 und in jedem der Jahre von 1900 bis 1904, und zwar:

	der Wochenlohn höher	die Zahl der Arbeitsstunden pro Woche geringer
gegen 1890—1899	um 14,0 Proz.	um 4,1 Proz.
„ 1900	„ 9,5 „	„ 2,8 „
„ 1901	„ 7,6 „	„ 2,2 „
„ 1902	„ 4,4 „	„ 1,4 „
„ 1903	„ 1,5 „	„ 0,7 „
„ 1904	„ 1,6 „	„ 0,0 „

Die allgemeine Steigerung der Löhne seit 1900 beträgt also kaum 10 Proz., die Reduktion der Arbeitszeit nicht ganz 8 Proz. In den einzelnen Berufen gestalten sich die Schwankungen selbstverständlich sehr verschieden. — Von 42 Industrien wiesen 37 im Jahre 1905, im Vergleich mit dem vorhergegangenen Jahre, eine Steigerung der Durchschnittslöhne und fünf einen Rückgang auf. Bei einigen Industrien war die eingetretene Lohnsteigerung aber ganz unbedeutend. Die Kleinhandelspreise der für den Haushalt der Arbeiter wichtigen Nahrungsmittel sind seit 1890 fast ununterbrochen gestiegen; wird jede Ware entsprechend ihrer Wichtigkeit in Rechnung gestellt und so der Gesamtbedarf einer Familie abgeschätzt, so resultiert im Jahre 1905 eine Preissteigerung der Nahrungsmittel gegen den Durchschnitt von 1890 bis 1899 um 12,4 Prozent, gegen 1900 um 11,2 Prozent, gegen 1901 um 6,8 Proz., gegen 1902 um 1,4 Proz., gegen 1903 um 1,0 Proz. und gegen 1904 um 0,6 Proz. Die Verteuerung der Nahrungsmittel wiegt also die Lohnerhöhung wieder zum großen Teil auf. Die Kaufkraft des Lohnes eines Durchschnittsarbeiters war 1905 um bloß 1,4 Proz. größer als im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1899; im Vergleich mit 1900, 1901 und 1903 war sie im Jahre 1905 sogar geringer, gegenüber 1904 um 1 Proz., gegenüber 1902 um 2,9 Proz. höher. Die Unterschiede sind so unbedeutend, daß bei Berücksichtigung auf die Fehlermöglichkeit infolge der angewendeten Berechnungsmethode von einer allgemeinen Besserung der Lebenshaltung nicht die Rede sein kann, obwohl eine solche in mehreren gut organisierten Gewerben eintrat. Von 1904 auf 1905 stiegen 83 der für den Arbeitshaushalt wichtigsten Nahrungsmittel im Preise und nur bei 7 ergab sich ein Preisrückgang.

Deutschland in der Welt voran! Die bürgerlichen Klopffechter renommieren während der Wahlen mit den Segnungen der Arbeiterversicherung herum. Auf sozialpolitischem Gebiete sei Deutschland in der Welt voran. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? In den Jahren von 1885 bis einschließlich 1905, in zwei Jahrzehnten also wurden in sämtlichen deutschen Versicherungszweigen, aus der Unfallversicherung, der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung, an Renten und Unterstützungen zusammen 4555 Millionen Mark gezahlt. Davon brachten die Arbeiter selbst 2723 Millionen auf, so daß sich die Unternehmerbeiträge und der Reichszuschuß auf zusammen 1832 Millionen Mark belaufen. Dagegen betrugen während dieser zwanzig Jahre die Ausgaben für Kriegsheer und Flotte 16 000 Millionen Mark, wozu noch die Kolonialausgaben bis Ende 1905 mit mehr als 1300 Millionen Mark kommen! Für Krankheit, Invalidität und Unfall der Proletarier brachte also das Reich, und das Bauernkaiserreich ganze 1800 Millionen auf. Für Heer und Flotte wurden, und zwar zum weitaus größten Teile aus den Taschen der nichtbesitzenden Klasse, die so den Löwenanteil der indirekten Steuern zu tragen hat, mehr als 17 000 Millionen, also fast das Zehnfache aufgebracht! Das ist die gefüllte Kompottschüssel des deutschen Arbeiters!

Soziale Betrachtungen über den preußischen Richterstand. In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ wirft ein Amtsgerichtsrat Fischer-Charlottenburg einige Streiflichter auf die soziale Lage der Richter in Preußen, deren Gehaltsverhältnisse ebensowenig mit ihren Familienbedürfnissen, als mit ihrer gesellschaftlichen Stellung in Einklang zu bringen seien. Besonders die Verhältnisse der Hauptmasse der Unterrichter, die, im Alter von 31 Jahren angestellt, ein Anfangsgehalt von 3000 Mk. jährlich (ohne Wohnungszuschuß) beziehen und bis auf 6600 Mk. steigen, sei besserungsbedürftig, zumal das Aufrücken in höhere Gehaltsklassen nicht von der Zahl der Dienstjahre abhänge, sondern von dem Abgange der Vordermänner durch Tod, Pensionierung oder Beförderung. Ein bedrückter Mensch könne kein guter Richter sein. Wegen dieser unerfreulichen Verhältnisse gingen dem Richterstande viele gute Köpfe verloren und wendeten sich besser bezahlten Berufen zu. „Das Richteramt wird so immer mehr eine Domäne der wohlhabenden Klassen. Das ist aber zu bedauern, denn gerade der Richterstand bedarf der Zuführung frischer Kräfte von unten herauf. Nur aus den unteren Volksschichten kann solche Verjüngung kommen. Wenn die Richter nur aus den wohlhabenderen Schichten kommen, so bildet sich eine gewisse Einseitigkeit der Anschauungen heraus, ein Unvermögen, die Verhältnisse der breiten Massen des Volkes zu verstehen. Damit hängen wohl teilweise die jetzt so häufigen Klagen über die Rechtsprechung zusammen, die dieser „Weltfremdheit“ zum Vorwurf machen. Je mehr sich der Richterstand aus allen Volkskreisen zusammensetzt, desto besser wird seine Rechtsprechung, desto größer wird das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege sein.“ Das ist eine Selbstkritik des preußischen Richterstandes, der wir rückhaltslos zustimmen, wenn wir auch ein wenig verwundert waren, sie in der „D. Jur.-Ztg.“ zu finden. Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung. Vielleicht führt dieser Weg manchen Richter zu der Erkenntnis, daß das Ringen der Arbeiterklasse nach höherer Entlohnung ihrer Arbeitskraft und nach größerem Anteil an den Segnungen der Kultur eine ganz andere Beurteilung verdient, als man dies bisher von preußischen Richtern gewöhnt war. Ehe freilich der Richterstand so sozial denken lernt, muß noch mancher Strauß mit der Justiz ausgefochten werden.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Ein Gewerkschaftsstatut vom Reichsgericht für ungültig erklärt. Eine für Gewerkschaften und Unterstützungsvereine prinzipiell wichtige Entscheidung hat kürzlich der 1. Zivilsenat gegen den Senefelder-Bund gefällt. Es dreht sich dabei um folgendes: Der 1873 gegründete Senefelder-Bund verfolgte zwar anfangs gewerkschaftliche Zwecke, begrenzte sich aber dann nur auf Unterstützungen bei Krankheit und Invalidität der Mitglieder und auf Sterbe- und Witwenunterstützung. Durch die spätere Einführung auch der Reise- und Arbeitslosenunterstützung gab es gar bald Differenzen mit dem Gewerkschaftsverband der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen. Beseitigt wurden diese Differenzen durch Beschlüsse beider Verbände, denen ja dieselben Berufe angehörten, durch eine Gebietsabgrenzung, wodurch die Gewerkschaft allein nur noch die Reise- und Arbeitslosenunterstützungen führen durfte. Die nach dieser Zeit einsetzende intensive Agitation ergab folgendes Resultat: Die Verschmelzung mit der Gewerkschaft wurde vom Senefelderbund auf seiner Generalversammlung 1904 in Kassel mit großer Majorität beschlossen. Die unmittelbar darauffolgende gemeinsame Generalversammlung beider Verbände beschloß die Auflösung der Gewerkschaft der Steindrucker und die Uebernahme ihrer gewerkschaftlichen Zwecke durch den neuen Senefelderbund. Gegen diese Beschlüsse reichten nun 31 alte Bundesmitglieder eine Klage ein, die die Ungültigkeitserklärung des neuen Statuts forderte, soweit es sich um die sozialpolitischen Zwecke — nämlich um Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen handelte. Der Oeffentlichkeit ist ja auch noch bekannt, daß dieselben 31 Kläger mitten im Streik und der darauffolgenden Aussperrung, die die Lithographen und Steindrucker auszukämpfen hatten, eine einstweilige Verfügung des Gerichts erwirkten, wonach die Gewerkschaftskasse für Streiks- und Aussperrungszwecke gesperrt wurde. Allerdings gaben diese 31 Kläger später die Gewerkschaftskasse wieder frei. Der Vertreter der 31 Kläger begründete die Klage damit, daß die Gewerkschaft die ganze Verschmelzungsaktion nur zu dem Zwecke geführt habe, um das Vermögen des Vereins, das die alten Leute, die mit ihren Chefs in Freundschaft leben, gesammelt, für Streiks — für den geplanten großen Generalstreik — zu bekommen. Auf diesem Wege, und weil man Tausende neuer Mitglieder in den „Bund“ hineindirigiert habe, seien die berechtigten Ansprüche der alten Mitglieder zu

kurz gekommen, ihre Vermögensrechte müßten sichergestellt werden. Der Vertreter des neuen Sennefelderbundes, der gegen die Erkenntnisse des Land- und Oberlandesgerichtes in Frankfurt Berufung eingelegt hatte, führte dagegen aus: Es sei allerdings festgestellt, daß 4000 neue Mitglieder dem alten Bunde zugeströmt waren. Wenn z. B. ein Verein 100 Mitglieder zähle, dem plötzlich 4000 neue vollberechtigte Mitglieder, die dann einen Majoritätsbeschluß fassen, zustimmen, dann könnten doch die 100 alten Herren, die doch an den Majoritätsbeschluß des Vereins gebunden waren und es doch auch dann noch sind, nicht Reservatrechte für sich in Anspruch nehmen. Das Reichsgericht gab den 31 Klägern recht, und verwarf die Revision der Gewerkschaft. Durch dieses Urteil sind bestimmte Paragraphen des Gewerkschaftsstatuts für ungültig erklärt und der Verband ist gezwungen, ein neues Statut zu schaffen. Es ist deshalb eine außerordentliche Generalversammlung seitens des Senefelder-Bundes einberufen.

Zulässigkeit des Boykotts. In Anknüpfung an das von uns bereits veröffentlichte Urteil des Reichsgerichts vom 12. Juli 1906 über die Zulässigkeit des Boykotts gegen Kieler Bäckermeister äußert sich Professor Dr. Planck (Göttingen), der einen erheblichen Einfluß auf die Gestaltung des Bürgerlichen Gesetzbuches hatte, über die Zulässigkeit des Boykotts in Nr. 1 der „Deutschen Juristen-Zeitung" folgendermaßen: „Es handelt sich um folgenden Fall: Die organisierten Bäckergesellen eines Bezirkes hatten von den Bäckern günstigere Arbeitsbedingungen in verschiedenen Beziehungen verlangt. Die Bäcker hatten die Bewilligung dieser Forderungen verweigert. Die Bäckergesellen traten hierauf in einen Streik ein, und der Streikleiter suchte in öffentlichen Blättern die Berechtigung der Forderungen der Bäckergesellen darzutun und bat die Bevölkerung, Backwaren nur von denjenigen Meistern und Brotfabriken zu kaufen, welche die Forderungen der Bäckergesellen bewilligt hätten. Das Gewerkschaftskartell des betreffenden Bezirks beschloß, die Forderungen der Bäckergesellen zu unterstützen, sprach den Boykott über die widerstrebenden Meister aus, machte dies öffentlich bekannt und drohte, die organisierten Arbeiter, welche Waren von den boykottierten Bäckereien entnähmen, zur Rechenschaft zu ziehen. Der Obermeister der Bäckerinnung und eine Brotfabrik klagten auf Unterlassung der öffentlichen Bekanntmachung des Boykotts und auf Ersatz des dadurch bereits ihnen zugefügten Schadens. Die Klage wurde einerseits auf § 153 der Gewerbeordnung, andererseits auf §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestützt. Das Reichsgericht hält in Uebereinstimmung mit den Vorinstanzen die Klage für unbegründet und nimmt insbesondere — was hier allein interessiert — an, daß der Boykott nach den Umständen des Falles hier nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Wäre diese Frage zu bejahen, so würde sich schon aus diesem Grunde die Entscheidung des Reichsgerichts rechtfertigen; denn die Unterlassung des Ankaufs von Gewerbserzeugnissen bei bestimmten Gewerbetreibenden kann, selbst wenn sie in der Absicht erfolgt, dem Gewerbetreibenden Schaden zuzufügen, nicht als ein Verstoß gegen die guten Sitten angesehen werden. Diese Frage dürfte aber zu verneinen sein. Vom sittlichen Standpunkt aus besteht ein Unterschied zwischen der bloßen Unterlassung von Handlungen und der positiven Aufforderung zu einer solchen Unterlassung. Die letztere kann, auch wenn die Unterlassung nicht gegen die guten Sitten verstößt, doch einen solchen Verstoß enthalten. Es wird dies dann anzunehmen sein, wenn die Aufforderung aus Motiven und zu Zwecken erfolgt, die sittlich verwerflich sind. Erfolgt also z. B. die Aufforderung aus Haß gegen die fraglichen Gewerbetreibenden oder, um Rache an ihnen zu nehmen, und verfolgt sie nur den Zweck, ihnen aus diesen Gründen Schaden zuzufügen, so wird hier ein Verstoß gegen die guten zu finden sein. Nicht immer aber liegt ein solcher Verstoß in einer Aufforderung der fraglichen Art. Diese kann vielmehr unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie des Zweckes, zu welchem sie erfolgt, als sittlich zulässig betrachtet werden müssen. In dem hier in Frage stehenden Falle wird dies von dem Reichsgericht mit Recht angenommen. Die Entwickelung unserer Industrie hat zu einem Klassenkampfe zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmenden geführt. Dieser Kampf bezweckt, eine den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Billigkeit entsprechende Feststellung des Lohnes der Arbeitnehmer und der sonstigen Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Erreichung dieses Zweckes liegt im öffentlichen Interesse. Den Beteiligten können daher auch vom sittlichen Standpunkt aus die Mittel nicht versagt werden, die erforderlich sind, um diesen Kampf zu führen. Allgemein anerkannt wird aus diesem Gesichtspunkte die sittliche Zulässigkeit der Streiks auf seiten der Arbeitgeber. Anerkannt wird auch die Zulässigkeit der öffentlichen Aufforderung zu diesen Maßregeln; sie wird um ihres Zweckes willen anerkannt, obwohl die Absicht bei diesen Maßregeln direkt auf Zufügung eines Schadens der Arbeitgeber bezw. der Arbeitnehmer gerichtet ist. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Entscheidung des Reichsgerichts liegt darin, daß durch sie auch die Zulässigkeit des Boykotts als Kampfmittel in dem Lohnkampf anerkannt wird. Dies dürfte dem sittlichen Bewußtsein sowohl der beteiligten Klassen als auch der unbeteiligten entsprechen. Selbstverständlich ist der Boykott nur insoweit zulässig, als er sich auf die Aufforderung, den Ankauf von Waren zu unterlassen, beschränkt und nicht durch unberechtigte Androhung von Nachteilen die Widerstrebenden zu bestimmen versucht. Mit Recht hat übrigens wohl das Reichsgericht angenommen, daß eine solche unberechtigte Drohung nicht darin liege, daß in der Aufforderung des Gewerkschaftskartells den organisierten Arbeitern in Aussicht gestellt sei, daß sie bei Nichtbefolgung der Aufforderung zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Es handelt sich hierbei lediglich um eine innere Vereinsangelegenheit der organisierten Arbeiter, und die Drohung, die durch die Mitgliedschaft begründeten Rechte des Vereins gegen die Mitglieder geltend machen zu wollen, kann nicht als eine unberechtigte angesehen werden. Nur eine Bemerkung in der Entscheidung des Reichsgerichts erregt Bedenken. Es wird darin mitgeteilt, daß der Boykott auch noch nach Beilegung des Streiks fortgesetzt sei. Hieraus scheint zu folgen, daß es sich bei der Fortsetzung des Boykotts nicht mehr um den Zweck gehandelt habe, die widerstrebenden Arbeitgeber zu der Bewilligung der Forderung zu bestimmen. Es erhellt nicht, welcher andere Zweck mit der Fortsetzung des Boykotts verfolgt wird. Bestände dieser nur darin, an den Arbeitgebern wegen ihres früheren Widerstrebens Rache zu nehmen, so dürfte dies als sittlich nicht betrachtet werden können. Auf diese Frage kann indessen hier, da der Tatbestand aus der Mitteilung des Urteils nicht genügend erhellt, nicht weiter eingegangen werden." Die Einschränkung, die Planck in den Schlußsätzen macht, trifft den Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel der Arbeiter nach keiner Richtung: die Arbeiter kämpfen nicht, um Rache auszuüben, sondern um einen wirtschaftlichen Zweck zu erreichen. Die Bemerkung Plancks trifft aber auf eine Reihe frivoler Aussperrungen von Arbeitgebern zu: in diesen Fällen dürften die Arbeitgeber ebenso wie bei Anwendung schwarzer Listen in vollem Umfang schadenersatzpflichtig sein.

Aus den Berggewerbegerichten.

Oelsnitz. Bergschiedsgericht vom 21. Januar. Zur Verhandlung standen 3 Berufungen gegen die Berufsgenossenschaft Sektion VII. Der Hauer Gwoschopp in Zschoken, dessen seitherige Rente von 33⅓ auf 20 Prozent herabgesetzt werden sollte, hatte am 22. August 1902 eine Fußverletzung erlitten, wofür er durch Vergleich vom 11. Mai 1904 eine Zuschlagsrente auf sechs Monate in Höhe von 50 Prozent erhielt. Da G. in letzter Zeit auch die knappschaftliche Pension bezieht, so soll er von der allgemeinen Knappschaftspensionskasse den Beweis erbringen, ob seine beiden Rentenbezüge den gesetzlichen Höchstbetrag übersteigen oder nicht. Die Verhandlung wurde bis dahin vertagt. Die Berufung des Hauers Winkler in Bernsdorf wurde nach Belehrung durch den Vorsitzenden zurückgezogen. W. hatte einen Schlüsselbeinbruch erlitten, seine seitherige Rente von 33⅓ Prozent sollte nach dem Anstaltsgutachten in Aue auf 20 Prozent herabgesetzt werden. Nach diesem Gutachten sind die Kreuzschmerzen, über welche W. klagt und gegenwärtig krank feiert, rheumatischer Natur, vom Unfall unabhängig. — Der vormalige Bergarbeiter Mehlhorn in Hohnstein hatte am 26. März 1900 durch einen Sprengschuß Kopfverletzungen erlitten, welche heute noch eleptische Anfälle im Gefolge haben. Seine Rente betrug anfänglich 40, später 20, dann wieder, auf häufigere Anfälle gestützt, 40 Prozent. Auf Antrag der Berufsgenossenschaft sollte diese zuletzt gewährte Rente auf 20 Prozent herabgesetzt werden, wogegen sich die Berufung richtete. Nach Vernehmung von vier Zeugen in Hohnstein und zwei in Chemnitz im Sommer 1906, nach welchen dargetan wurde, daß Mehlhorn bei seinem Hausierhandel mit Grünwaren epileptische Anfälle gehabt hatte und nach Einholung eines Gutachtens durch Professor Wendscheid in Leipzig welches die Rentenherabsetzung nach den Zeugenaussagen als nicht gerechtfertigt bezeichnete, fanden längere Vergleichsverhandlungen statt, welche jedoch an dem Widerstand des Vertreters der Berufsgenossenschaft, Herrn Direktor Mauersberger, scheiterten. Die Berufsgenossenschaft wurde schließlich zur Weiterzahlung der 40proz nti en Rente verurteilt. — Vorsitzender Dr. Weigel aus Freiberg. Bergdirektor Krug aus Hohndorf. Kassendirektor Hurtzig aus Gersdorf. Hauer Kümmel aus Oelsnitz. Hauer Strienitz aus Gersdorf.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Was sie „verdienen".

Nämlich die Herren Aufsichtsräte, die bestenfalls im Jahr ein halbes Dutzend „Sitzungen" abhalten. Was die Herren für diese „anstrengende Arbeit" neben ihren Dividenden einstecken, ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Gesellschaft	Aufsichtsräte	Summe der Tantieme Mk.	Tantieme pro Aufsichtsrat Mk.
Gelsenkirchener Bergwerk	25	254 210	10 170
Harpener Bergwerk	10	322 958	32 295
Hibernia	14	330 770	23 626
Alkaliwerke Wetterregeln	6	277 904	49 317
Vereinigte Königs- u. Laurahütte	11	340 296	30 936

Derartige Extrasummen steckt der „Aufsichtsrat" nebenbei ein. Da es „Aufsichtsräte" gibt, die in 3 rentenden Gesellschaften den Aufsichtsrat spielen, kann man sich einen Begriff von den fürstlichen Nebeneinnahmen dieser Herren machen. Und was bekommt der Arbeiter?

Rheinisch-westfälisches Kohlensyndikat.

Die gewaltige Bedeutung dieser kapitalistischen Organisation kommt schon darin zum Ausdruck, daß die ihm angehörenden Zechen 1906 weit über 70 Prozent der ganzen Kohlenproduktion Deutschlands geliefert haben. Nach dem Bericht des Syndikats hat sich ein Geschäft wie folgt entwickelt: (bedeutet Zunahme, — Abnahme)

	die Förderung insgesamt To.	die Förderung arbeitstäglich To.	der rechnungsmäßige Absatz insgesamt To.	der rechnungsmäßige Absatz arbeitstäglich To.	das Verhältnis des rechnungsmäßigen Absatzes zur Beteiligung %	das Verhältnis des rechnungsmäßigen Absatzes zur Förderung %
im Jahre 1906	76 681 431	255,488	64 969 543	216 565	85,18	84,78
dageg. im Jahre 1905	65 382 522	218 488	55 638 943	185 928	73,50	85,10
mithin im Jahre 1906	+ 11 248 909	+ 36 950	+ 9 330 600	+ 30 637		
		= 16,91%		= 16,48%		

Wird aber der Vergleich, da die Monate Januar und Februar, wegen des Ausstandes der Bergarbeiter im Jahre 1905, keine vergleichsfähigen Zahlen bieten, auf die Monate März bis Dezember beschränkt, so ergibt sich folgende arbeitstägliche Leistung:

		Förderung	rechnungsmäßiger Absatz
März bis Dezember	1906	254 894 To.	215 042 To.
	1905	236 548 To.	199 477 To.

Mithin März bis Dezember 1906 + 17 851 To. = 7,5% + 15 565 To. = 7,8%

Die von den Zechen im Monatsdurchschnitt erzielte stärkste arbeitstägliche Förderung wurde mit 263 447 To. im Februar, die schwächste mit 249 624 To. im April geleistet, so daß sich eine Schwankung von 13 823 = 5,5% ergibt. Im Vierteljahrsdurchschnitt bezifferte sich die Tagesleistung im ersten Viertel des Jahres 1906 auf 260 128 To., im zweiten Viertel auf 252 711 To., im dritten Viertel auf 251 621 To., im vierten Viertel auf 257 846 To.

Der Gesamtversand der Syndikatszechen betrug

	an Kohlen im ganzen Jahre To.	an Kohlen arbeitstäglich To.	an Koks im ganzen Jahre To.	an Koks arbeitstäglich To.	an Briketts im ganzen Jahre To.	an Briketts arbeitstäglich To.
1906	52 634 052	175 447	14 294 692	47 649	2 532 207	8441
1905	46 303 393	154 731	11 462 410	38 304	2 143 821	7164
mithin 1906	+ 6 330 659	+ 20 716	+ 2 832 282	+ 9 345	+ 388 386	+ 1277

Der Versand für Rechnung des Syndikats bezifferte sich

	an Kohlen insgesamt To.	an Kohlen arbeitstäglich To.	Prozent der Förderung To.
im Jahre 1906	44 504 678	148 349	58 08
im Jahre 1905	38 705 936	129 343	59,20
mithin 1906	5 798 742 +	19 006	
		= 14,69%	

	an Koks insgesamt To.	an Koks arbeitstäglich To.	an Briketts insgesamt To.	an Briketts arbeitstäglich To.
im Jahre 1906	11 955 816	39 853	2 486 788	8 289
im Jahre 1905	9 155 302	30 594	2 046 787	6 840
mithin 1906	+ 2 800 514	+ 9 259	+ 440 001	+ 1 449
		= 30,26 %		= 21,18 %

Bei Ausscheidung der Monate Januar und Februar ergibt sich folgender Absatz:

März bis Dezember	an Kohlen insgesamt To.	an Kohlen arbeitstäglich To.	an Koks insgesamt To.	an Koks arbeitstäglich To.	an Briketts insgesamt To.	an Briketts arbeitstägl. To.
1906	36 987 372	146 994	10 042 554	39 911	2 081 798	8273
1905	35 375 689	141 080	7 855 286	31 327	1 876 279	7483
mithin 1906	+ 1 611 683	+ 5 914	+ 2 187 268	+ 8 584	+ 205 519	+ 790
		= 4,19 %		= 27,40 %		= 10,56 %

Die Höchstmenge der arbeitstäglich für Rechnung des Syndikats in den einzelnen Monaten versandten Kohlen wurde im Februar mit 159 259 To. erreicht, während die niedrigste im Oktober 140 412 To. betrug, was eine Spannung von 18 847 To. = 13,4% ausmacht. Im Vierteljahresdurchschnitt stellt sich die förderungspflichtige Versandziffer für Kohlen im 1. Vierteljahr 1906 auf 155 377 To. im 2. Vierteljahr auf 147 043 To., im 3. Vierteljahr auf 148 491 To., im 4. Vierteljahr auf 142 337 To. Der schwächste Versand fällt in das vierte Jahresviertel, in dem er sich arbeitstäglich um 13 040 To. niedriger als im ersten Vierteljahr stellte, während die Förderung nur eine Abnahme von 2782 To. erfahren hat.

Der verhältnismäßig stärkere Rückgang der Kohlenlieferungen der Zechen ist in erster Reihe dadurch verursacht worden, daß die Förderung in immer größerem Umfange zur Kokserzeugung in Anspruch genommen wurde, und daß ferner durch die Steigerung des Selbstverbrauches der Hüttenzechen für die eigenen Hüttenwerke dem Syndikat größere Kohlenmengen entzogen worden. Der Gesamtverband an Koks hat im verflossenen Jahre gegen den des Vorjahres um arbeitstäglich 9345 To. zugenommen, zu deren Erzeugung 11 980 To. Kohlen erforderlich waren, was einer Kohlenmenge von 3 594 000 To. im Jahre entspricht. Der Gesamtversand an Koks erfuhr eine Erhöhung um 24,71 % der von Briketts eine solche um 18,12 %, der Versand für Rechnung des Syndikats aber bei Koks eine Erhöhung um 30,59 %, bei Briketts um 21,50%.

Der Absatz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats. Es betrug:

	der auf die Beteiligung in Anrechnung kommende Absatz 1905	1906	in Prozenten der Beteiligung 1905	1906
Januar	2 700 501 To.	5 597 298 To.	42,41 Proz.	87,37 Proz.
Februar	2 919 707 „	5 262 184 „	49,87 „	89,32 „
März	5 090 489 „	5 932 361 „	77,06 „	86,58 „
April	4 571 609 „	4 911 516 „	78,71 „	84,14 „
Mai	5 418 103 „	5 608 767 „	79,35 „	84,91 „
Juni	4 605 345 „	5 059 241 „	81,38 „	85,10 „
Juli	5 082 647 „	5 603 797 „	77,30 „	84,81 „
August	5 198 908 „	5 806 553 „	76,14 „	84,62 „
September	5 140 848 „	5 384 258 „	78,21 „	83,89 „
Oktober	4 955 459 „	5 621 808 „	75,09 „	81,84 „
November	5 054 154 „	5 267 249 „	82,42 „	85,64 „
Dezember	4 901 173 „	4 964 525 „	83,35 „	84,19 „
Zusammen	55 638 943 To.	64 969 543 To.	73,50 Proz.	85,20 Proz.

Hiernach stellte sich also der auf die Beteiligung in Anrechnung kommende Absatz im verflossenen Jahr insgesamt auf 64 969 543 To. gegen 55 638 943 To. im Vorjahr; es bedeutet das ein Mehr von 9 330 600 To. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die beiden ersten Monate des Jahres 1905 als Streikmonate nicht mit zum Vergleich herangezogen werden können. Läßt man sie außer Ansatz, so ergibt sich für die übrigen zehn Monate ein Mehrabsatz im Jahre 1906 von 4 091 326 To. Von der Beteiligung betrug der rechnungsmäßige Absatz im verflossenen Jahr im Durchschnitt 85,20 Proz. gegen 73,50 Proz. im Vorjahr; letztere Ziffer erhöht sich jedoch auf 78,90 Proz., wenn man die Monate Januar und Februar 1905 nicht mit berücksichtigt. Immerhin ergibt sich für das Jahr 1906 eine nicht unerhebliche Steigerung des rechnungsmäßigen Absatzes und zugleich auch eine wesentliche Erhöhung des Absatzes im Verhältnis zur Beteiligung. Bei der überaus starken Nachfrage, die andauernd auf dem Kohlenmarkte herrschte, würde der rechnungsmäßige Absatz der Beteiligungsziffer noch näher gekommen sein, wenn dem nicht die bekannten Ursachen (starker Selbstverbrauch der Hüttenzechen, Mangel an Arbeitern, unzureichende Gestellung von Eisenbahnwagen usw.) hindernd im Wege gestanden hätten. So blieb denn der Absatz noch stark hinter der Nachfrage zurück, wie dies am deutlichsten daraus erhellt, daß vom Syndikat im ersten Vierteljahr 100 Proz., im zweiten 85 Proz. und im dritten sowie im letzten Vierteljahr 95 Proz. der Beteiligung in Anspruch genommen wurden, während der rechnungsmäßige Absatz im Jahresdurchschnitt nur 85,20 Prozent der Beteiligung ausmachte. — Die Herren machen gute Geschäfte, die Arbeiter haben allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß sie auch ihren Teil erhalten bei der Goldernte.

Die rheinischen Brikettfabrikanten machen gute Geschäfte. Der Braunkohlenbriketts-Verkaufsverein in Köln berichtet darüber. Die Herstellung an Braunkohlenbriketts betrug im Dezember 1906 185 507 To. (November 205 192 To.), dagegen im Dezember 1905 201 687 To. (November 187 279 To.). Abgesetzt wurden im Dezember 1905 239 996 To. (November 241 950 To.) und im Dezember 1905 221 061 To. (November 245 710 To.). Im ganzen Jahre 1906 stellten sich demnach die Herstellung auf 2 404 838 To. (i. V. 1 991 211 To.) und der Absatz auf 2 841 806 To. (i. V. 2 131 415 To.). Hunderttausende von Tonnen werden mehr verkauft, die Leistung des Braunkohlenbergmanns steigt, die Dividenden der Aktionäre ebenso, nur das Gedinge des Braunkohlengräbers bleibt bestehen, niemand denkt daran, dies aufzubessern. Aufgewacht ihr Brüder auf den Braunkohlenwerken, organisiert euch, auf daß auch ihr von der guten Zeit etwas abbekommt.

Ueber die Bergwerks- und Hüttenindustrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1906 teilt ein amerikanisches Fachblatt vorläufig mit: Es wurden gefördert bezw. erzeugt:

Weichkohlen (To.)	335 738 059	+ 25 453 044
Hartkohlen (To.)	71 018 483	— 7 718 090
Graphit (Krist.) (engl. Pfd.)	4 079 333	— 181 328
Eisenerz (To.)	40 670 000	+ 5 091 544
Petroleum (Barr.)	131 061 505	— 8 667 334
Koks (To.)	32 568 926	+ 4 164 814
Graphit (künstl.) (engl. Pfd.)	4 868 000	+ 272 500
Zinkoxyd (To.)	68 549	+ 3 146
Aluminium (engl. Pfd.)	14 350 000	+ 3 000 000
Kupfer (engl. Pfd.)	915 000 000	+ 48 365 755
Gold (Unz. f.)	4 702 285	+ 436 483
Roheisen (To.)	25 521 911	+ 2 819 514
Blei (To.)	364 886	+ 44 592
Quecksilber (Flasch.)	27 76	— 8 874
Silber (Unz. f.)	57 858 267	+ 1 256 607
Zink (To.)	225 95	+ 23 647

Die Goldproduktion hat zugenommen: in Alaska um 6 826 000, in Nevada um 4 000 000 Doll. und in Arizona um 582 000 Dollar. Colorado und Californien haben um 2 900 000 Doll. bezw. 564 000 Doll. weniger Gold produziert. Was Silber anbetrifft, so hat Montana 2 000 000 und Utah 1 217 000 Unzen gewonnen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Buchdrucker und Reichstagswahl.

Infolge verschiedener Beurteilung des neuen Buchdruckertarifs waren bekanntlich sowohl innerhalb des Buchdruckerverbandes wie auch zwischen seinem Organ, dem „Korrespondent" und einigen sozialdemokratischen Parteiblättern Differenzen entstanden, die in sehr heftiger Weise ausgefochten wurden. Wir haben damals erklärt, es sei Sache der organisierten Buchdrucker selbst, über den Wert ihres Tarifs zu urteilen. Allgemein sagten wir, der Bergarbeiterverband wenigstens sei heilfroh, wenn er schon einen Tarif errungen hätte, wie die Buchdrucker ihn jetzt besitzen. Der starke Zuwachs des Buchdruckerverbandes in letzter Zeit beweist übrigens am besten, wie die Nächstbeteiligten über die Tariforganisation denken.

Die bedauerlichen Streitigkeiten sind während der Reichstagswahl von dem Reichslügenverband benutzt werden, um die Dinge so zu „wenden", als ob die organisierten Buchdrucker Gegner der sozialdemokratischen Partei seien. In dieser Sache hat am 21. Januar eine von über 1 500 Buchdruckern in Leipzig besuchte Versammlung eine Kundgebung von hoher gewerkschaftspolitischer Bedeutung veranstaltet. Unter dem Vorsitz des Gauleiters, Kollegen Engelbrecht, tagte die Versammlung und beschloß einstimmig folgende Resolution:

„Die am 21. Januar tagende allgemeine Buchdruckerversammlung erblickt in dem Bestreben der hiesigen bürgerlichen Parteien bei der jetzigen Reichstagswahl, die Buchdruckergehülfen gegen die übrige Arbeiterschaft auszuspielen, ein plumpes Wahlmanöver. Die Versammlung erkennt nur die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei als die Männer an, die die Interessen der Arbeiter, besonders auf gewerkschaftlichem Gebiete, mit Nachdruck zu vertreten imstande sind. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb, mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten."

Daß diese Versammlung in Leipzig, dem Orte, wo sich die meisten Streitigkeiten zwischen Verbandsvertretern und Parteiführern abspielten, eine solche Resolution beschloß, ist doppelt bedeutsam. Hoffentlich bildet diese Kundgebung den entscheidenden Schritt zur vollständigen Beilegung aller Differenzen. Den Kritikern der freien Gewerkschaften, die sich so gerne auf die Buchdrucker als Zeugen für die angebliche „Gewerkschaftsfeindschaft" der sozialdemokratischen Partei berufen, haben die Leipziger Buchdrucker gründlich das Konzept verdorben. Gerade die Buchdrucker, als Pioniere der Gewerkschaftsbewegung, wissen am besten, bei welcher Partei trotz aller gelegentlichen Reibereien die gewerkschaftlichen Interessen am besten aufgehoben sind.

Gewerkschaften und Wahlkampf!

Die Baugewerkschaft, Organ des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker, hält sich darüber auf, daß die Blätter der freien Gewerkschaften im gegenwärtigen Wahlkampfe Partei ergreifen für die Sozialdemokratie. Das Blatt meint: „Es ist wertvoll, diese Tatsachen zu registrieren, umsomehr, da man nach den Wahlen dieses gewöhnlich von seiten der Genossen in der Agitation frech bestreitet. Nicht nur, daß man diese famose „Arbeiterpartei" kräftig redet und schreibt, nein, man greift auch tüchtig in die Gewerkschaftskassen, in die doch auch die Gelder der nichtsozialdemokratischen Mitglieder fließen, und opfert sie dem roten Moloch." Das Blatt bringt auch eine Aeußerung des Korrespondenzblattes der Generalkommission und ein Verzeichnis von Gewerkschaftsbeiträgen für den sozialdemokratischen Wahlfonds und bemerkt dazu: „Unsere Kollegen werden gut tun, sich diese Materialien zu sammeln, sie bieten ein unschätzbares Material bei der Agitation im Frühjahr und Sommer!" In derselben Nummer der Baugewerkschaft findet sich nun ein Artikel, worin hingewiesen wird auf die Wichtigkeit der Reichstagswahl für die Gewerkschaften. Darin heißt es: „Seid auf der Hut, christliche Gewerkschaftler, betrachtet euch die nominierten Reichstagskandidaten ganz genau, ob sie uns eine Gewähr bieten für den endlichen Weiterbau der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung, ob sie ernsthaft gewillt sind, uns endlich im Deutschen Reiche zu gleichberechtigten Staatsbürgern zu verhelfen, ob sie willens sind, den schon jubilierenden Scharfmachern einen ganz gehörigen Tritt zu geben, und ob sie endlich den Mut haben, der Regierung ganz energisch klar zu machen, daß nationale Politik treiben heißt, dem deutschen Arbeiter das Gefühl des Sichwohlfühlens in unserem Vaterlande beizubringen!" Ganz recht! Und genau in diesem Sinne haben die Organe der freien Gewerkschaften gehandelt, indem sie zugleich die Arbeiter darüber belehrten, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die den Arbeitern die Sicherung ihrer Rechte und die Förderung ihres Wohles verbürgt. Und wenn in bezug auf die Reichstagswahl das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften deren Mitglieder auffordert, daß sie sich außerhalb der Gewerkschaften „in den bürgerlichen Parteien, denen sie zugehören, energisch betätigen," soll dann nicht das Korrespondenzblatt der freien Gewerkschaften das Recht haben, die Mitglieder aufzufordern, daß sie sich im Interesse der nicht bürgerlichen, d. h. der sozialdemokratischen Partei energisch betätigen?

Deutsche Unternehmerbrutalität!

Einen klassischen Beitrag zu diesem Kapitel bringen sächsische Zeitungen aus Kirchberg. Hier hat die Textilarbeiterorganisation seit Jahresfrist gute Fortschritte gemacht worüber das Unternehmertum sehr aufgebracht ist. Der Aufschwung der Organisation war namentlich dem Genossen Weller zu verdanken, der, wegen seines Eintretens für die Organisation verschiedentlich gemaßregelt, schließlich in einer Fabrik in Sa[illegible]rsdorf bei Kirchberg Unterkunft gefunden hatte. In der letzten

Ein deutsches Courrières!

Furchtbares Grubenunglück in Saarabien!

Telegramme bringen die Schreckensbotschaft, daß am 28. Januar, früh 7½ Uhr, durch eine furchtbare Schlagwetterexplosion auf der **fiskalischen Grube Reden bei Saarbrücken** auf der fünften Sohle sämtliche Strecken zusammenbrachen.

Wie die letzten Nachrichten besagen, sind von den **600** angefahrenen Mannschaften bis zum Redaktionsschluß **164** Tote, **40** Schwerverwundete zu Tage gefördert. **Ueber das Schicksal der übrigen Eingefahrenen konnten wir näheres noch nicht erfahren.** Jedenfalls haben wir es mit einem der gräßlichsten Massenunglücke in Preußen zu tun. Noch wollen wir nicht richten. Aber das Riesenunglück mit seinem ganzen Jammer, mit seinen Tränen, **zeigt uns den Stand des Bergarbeiterschutzes in Deutschland!** Wie lange sollen noch Witwen und Waisen klagen, wie lange soll der schuftende Bergmann jenes Schutzes harren, der ihm aus reinen Menschlichkeitsrücksichten zusteht. **Wie lange noch? Her mit dem Bergarbeiterschutz!**

Zeit wurden vielfach Fabrikbesprechungen abgehalten, die auf eine Lohnbewegung abzielten. Doch da war es wiederum um Weller geschehen, er wurde Knall und Fall entlassen. Damit war aber die Bewegung nicht erstickt. Als die Arbeiter jener Fabrik, die Weller gemaßregelt hatte, wieder zu einer Fabrikbesprechung eingeladen wurden, prangte jedoch am Tore der Fabrik dieses geschriebene Plakat: „Heute abend Tanzstunde im Tivoli. Valetmeister Paul Weller, erblicher Zuchthäusler. Das Erscheinen aller Schöpse wird erwünscht." Wer diesen Lumpenstreich begangen hatte, ist nicht aufgeklärt. Interessant ist aber, welches Interesse an dem Plakat man im Kontor der Fabrik hatte. Als Kollege Brückner diesen Zettel vom Fabrikeingang entfernt hatte, wurde er ins Kontor gerufen, wo man ihm den Zettel abverlangte. Weil sich Brückner in dieser Weise des auf so nichtswürdige Weise angegriffenen Genossen Weller annahm, wurde ihm bei der Firma gekündigt. Die Firma gab diesen Zettel nicht, wie es Brückner verlangt hatte, bei der Polizei ab. Als Brückner deshalb vorstellig wurde und einem Buchhalter direkt ins Gesicht sagte, daß er sich durch die Verweigerung der Herausgabe des Zettels direkt zum Mitschuldigen an diesem Schurkenstreich mache, sprang der Mensch auf und drohte Brückner mit Ohrfeigen. Auf wiederholtes Drängen mußte sich die Firma endlich bequemen, den Zettel an die Polizei abzuliefern. Aber das Gemeinste kommt erst noch. Weller hatte in Wiedau Arbeit bekommen. Um seine Interessen in dieser Affäre wahrzunehmen, war er auf einen Tag nach Kirchberg gekommen. Als er am andern Tage seine Arbeit wieder antreten wollte, erklärte ihm sein Arbeitgeber: „Ich habe soeben von Kirchberg Bericht erhalten, daß Sie ein sozialdemokratischer Rädelsführer sind. Wenn Sie Ihre Kette fertig haben, sind Sie entlassen." Also weil der auf das schwerste Beschimpfte sein Recht wahrnehmen wollte, wurde er wiederum brotlos gemacht!

Eine Konferenz der im Holzarbeiterverbande organisierten Stuhlmacher fand am 28. und 29. Dezember 1906 in Dresden statt. Aus 25 Orten waren 35 Delegierte erschienen, die 3300 organisierte Stuhlmacher vertraten. Beschäftigt sind in diesen Orten rund 6000 Stuhlmacher. Zur Verhandlung stand u. a. die Frage, ob ein Einheitstarif für die Branche möglich sei. Das Resultat der Beratungen über diesen Punkt bildete folgende Resolution: „In Erwägung, daß die Entlohnungen der in der Stuhlindustrie beschäftigten Kollegen in allen Orten Deutschlands sehr rückständige und vollständig ungerechte sind, beschließt die am 28. und 29. Dezember in Dresden tagende Stuhlbauerkonferenz: überall da, wo gleichmäßige Produktionsverhältnisse vorhanden sind, sind dementsprechende Grundtarifationstabellen einzuführen." Ferner wurde eine Zentralkommission für die Branche eingesetzt, die Material in Fragen der Agitation und der Lohnverhältnisse sammeln soll. Als Sitz der Kommission wurde Rabenau bestimmt.

Der Lederarbeiterverband hatte am Schlusse des 3. Quartals 1906 nach der Abrechnung eine Mitgliederzahl von 7614 gegen 7325 am Schlusse des vorhergehenden Quartals. Die verausgabte Streik- und Gemaßregeltenunterstützung belief sich auf 42011,24 Mark, gegen 41545,58 Mark im vorhergehenden Quartal.

Der Metallarbeiterverband veröffentlicht in ausführlicher Weise das Resultat der diesjährigen Formerbewegung. Die Bewegung erstreckte sich auf 117 Orte und 414 Betriebe, in welchen 58 787 Arbeiter beschäftigt waren. Von diesen waren am Streik beziehungsweise der Aussperrung beteiligt 36 195. Dem Deutschen Metallarbeiterverband gehörten von den Beteiligten 25 053 Mann an, während 8391 anderweitig organisiert waren. Als Erfolg des Kampfes wird konstatiert: Ein Tarif in 33 Fällen für 3534 Beteiligte, Regelung der Akkordarbeit in 65 Fällen für 11 859 Beteiligte, Beseitigung von Mißständen in 44 Fällen für 5843 Beteiligte, Zuschläge für Ueberstunden in 87 Fällen für 17 679 Beteiligte, Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit in 42 Fällen für 7144 Beteiligte, festgesetzte Minimallöhne in 63 Fällen für 6365 Beteiligte und sonstige Vorteile in 66 Fällen für 12 840 Beteiligte. Erfolglos war die Bewegung in 4 Fällen mit insgesamt 337 Beteiligten. Die Kosten der Bewegung betrugen mehr als 1¾ Millionen Mark, und zwar wurden 1 517 909 Mark von der Hauptkasse des Metallarbeiterverbandes und 250 932 Mark von den Lokalkassen [illegible]

In Hamburg haben die Schornsteinfegergesellen einen zweitägigen Streik mit vollem Erfolg beendet. Während seit altersher die Haupteinnahme der Gesellen aus Trinkgeldern und Weihnachtsgeschenken der Kundschaft bestand, betrugen von nun an die Löhne 21 Mk., in kleineren Geschäften 18 Mk. pro Woche. Die Meister brauchen trotzdem nicht am Hungertuch zu nagen, da ihre Bezirke so abgegrenzt sind, daß sie ein reines Jahreseinkommen bis zu 20 000 Mk. beziehen.

Eine Zentralisation der Gelben. Der Vorwärts veröffentlicht in seiner Nr. 9 folgendes Schreiben, das ihm der bekannte günstige Wind auf den Tisch geweht hat:

„Kiel, den 15. Dezember 1906.

An den Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.
Berlin, Potsdamerstraße 134 A.

Unter Bezugnahme auf den von mir in der letzten Ausschußsitzung des Gesamtverbandes gestellten Antrag zur Gründung einer über das ganze Deutsche Reich sich erstreckenden Zuschußkrankenkasse für nicht gewerkschaftlich oder sozialistisch organisierte Arbeiter gestatte ich mir heute noch einige Vorschläge zu machen, die nach meiner Meinung mit der genannten Kasse insofern in Zusammenhang stehen, als für diese ein und dieselbe Zentralverwaltung in Betracht käme.

Zunächst würde es sich darum handeln, auch eine Arbeitslosenversicherung, vielleicht nach dem Muster derjenigen, wie sie die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten bereits besitzt, ins Leben zu rufen und hiermit gleichzeitig einen Zentralarbeitsnachweis zu verbinden. Da es sich, wie gesagt, nur um nicht gewerkschaftlich oder sozialistisch organisierte Arbeiter handelt, wird jede Firma beziehungsweise jeder Bezirksvorstand danach trachten, sich diese Leute zu erhalten und sie, wenn irgend möglich, zu beschäftigen oder aber nach dem Muster der Berliner Vereinigung zu entschädigen, vorausgesetzt, daß die Zahl der Arbeitslosen in mäßigen Grenzen bleibt. Wird diese Grenze aber überschritten und ist die Nachfrage nach Arbeitern nur gering, so sorgt der Zentralarbeitsnachweis für den nötigen Ausgleich durch Ueberweisung Arbeitsloser an solche Nachweise, welche Arbeitermangel haben und durch gleichzeitige Uebernahme der Reisekosten oder Zahlung von Kilometergeldern.

Bei der Organisation der sogenannten gelben Verbände besteht zurzeit noch der große Nachteil, daß die Freizügigkeit der Mitglieder sehr stark beeinträchtigt wird, ein Grund, der sehr viele, hauptsächlich jüngere und kräftigere Arbeiter, die sich noch in der Welt umsehen wollen, abhält, sich diesen Verbänden anzuschließen. Soll hierin wirklich Wandel geschaffen werden, so müssen auch die gelben Verbände, gerade so wie der Metallarbeiter-Verband, zentralisiert und wenn irgend möglich der gleichen Verwaltung angegliedert werden, der auch die Zuschußkrankenkasse und die Arbeitslosenversicherung unterstehen. Sollen einzelne Firmen oder ganze Bezirksverbände ihren gelben Verbänden für langjährige ununterbrochene Tätigkeit an der gleichen Arbeitsstelle besondere Zuwendungen aus Stiftungen pp. zuteil werden lassen, so muß es diesen selbstverständlich freistehen, die von der Zentralverwaltung bezahlten Pensions- oder Invalidenbeiträge durch Zuschüsse aus der eigenen beziehungsweise der Bezirksverbandskasse zu erhöhen.

Sie würden zu Danke verpflichten, wenn diese Vorschläge bereits gelegentlich der nächsten Ausschußsitzung am 21. Dezember zur Kenntnis der Versammlung gebracht werden könnten, damit sie eventuell bei den Reichstagswahlvorbereitungen schon benützt werden könnten.

Hochachtungsvoll

Laves, Hauptmann a. D.
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitgeber-Verbandes der Eisen- und Metallindustrie Kiels."

Ein Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphenbund ist seit dem 1. Januar 1907 mit dem Sitze Dresden ins Leben getreten. Derselbe erblickt seine Aufgabe darin, unentgeltlichen Unterricht in seinem praktischen System unter der Arbeiterschaft zu erteilen. Weitere Anmeldungen sowie Anfragen von Arbeiter-Stenotachygraphen und -Vereinen sind in Systemschrift zu richten an den „Deutschen Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund Dresden-A" Volkshaus, Ritzenbergstraße.

Internationale Rundschau.

Oesterreich-Ungarn. Unser Bruderorgan in Oesterreich, der „Glück auf", bespricht den Streik der Bergarbeiter in Fünfkirchen und führt hierzu u. a. folgendes aus: „Die größte Ausbeutergesellschaft des Kontinents ist unstreitig die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, in deren Besitz sich die Kohlengruben im Fünfkirchener Revier in Ungarn befinden. Jede Bewegung der Bergarbeiter, die zur Verbesserung ihrer elenden Lage, die durch gemeine Brutalität und unverschämte Ausbeutung geradezu unerträglich ist, wurde einfach mit Gewalt und unverschämten Repressalien unterdrückt. Die Regierung kam den ungarischen Blutsaugern dadurch zu Hilfe, indem sie die Organisation der Bergarbeiter einfach unterdrückte. Vor einigen Wochen hat die Verwaltung der Kohlenschächte in Fünfkirchen gegen 40 Mann entlassen, weil sie sich erlaubten, Namens der Bergarbeiter einige bescheidene Forderungen der Verwaltung vorzulegen und zu vertreten. Die Empörung über diesen gemeinen, brutalen Akt war eine allgemeine und nach vergeblichen Versuchen der Arbeiterschaft, die Zurückziehung der Entlassungen zu erwirken, trat die Arbeiterschaft, gegen 1000 Mann, in den Streik. Die Grubenverwaltung erklärte die Entlassenen für Hetzer, die sie nicht haben will. Nachdem der Streik einige Zeit anhielt, schritt die Verwaltung zu einem weiteren brutalen Mittel. Sie kündigte an, wenn die Arbeit nicht aufgenommen wird, daß sämtliche Bergarbeiter, die in der Werkskolonie wohnen, aus den Werkswohnungen delogiert werden. Durch diesen brutalen unmenschlichen Akt wurden 700 Bergarbeiter mit zahlreichen Familien im strengen Winter obdachlos gemacht, weil es sonstige Wohnungen nicht gibt, vielmehr die Hausbesitzer keine Wohnungen an Bergarbeiter vermieten dürfen, da sie in der Macht der Werksverwaltung stehen. Der Streik war damit entschieden. Zirka 700 Bergarbeiter nahmen die Arbeit bedingungslos auf, während an die 300 nicht mehr in das alte Sklavenjoch zurückkehrten. Sie sind ausgewandert. Wie die Stimmung jetzt vorhanden ist, so werden im Frühjahr noch eine große Anzahl diese Sklavenburgen in Fünfkirchen verlassen. Es wird nicht lange dauern und die Blutsauger von Fünfkirchen werden ihre Agenten ins Ausland, vorwiegend nach den österreichischen Alpenländern senden, um neue Sklaven für ihre Schindergruben zu werben. Die Geschäfte dieser Grubenbetriebe gehen stets flott und werfen Riesengewinne ab, weil sie den Hauptteil ihres Gewinnes durch die miserable Entlohnung der Bergarbeiter erzielen. Die Aktien der ungarischen Kohlenwerke stehen in der Börsenwelt in gutem Ansehen, weil sie gute Gewinne abwerfen. Es ist nun eine Ehrenpflicht der Nachbarländer, jeden Zuzug nach Ungarn überhaupt fernzuhalten, um die Sklaverei in diesem Lande der Brutalität zu beseitigen. Besonnene Arbeiter gehe überhaupt nicht nach Ungarn im Bergbau und es sei hier die Tatsach konstatiert, daß die ungarischen Werksgesellschaften nur durch die verlockendsten Versprechungen von auswärts Arbeiter erhalten konnten, wi überhaupt ein kolossaler Arbeiterwechsel dort stattfindet. Der ungarisch Bergarbeiter schmachtet unter der Sklavenpeitsche der Ausbeuter und den Gewaltmitteln der Regierung. Er ist zur Sklaverei verurteilt, hat weder wirtschaftliche noch politische Rechte. Jede Organisationsbestrebung und Lohnbewegung wird gewaltsam unterdrückt und die Ausbeuter schalten und walten unumschränkt. Es ist eine Ehrenpflicht der Bergarbeiter aller Nachbarländer von Ungarn, durch strenge Vermeidung des Zuzugs nach Ungarn den ungarischen Grubensklaven zu Hilfe zu kommen. Sie sind gegenwärtig machtlos. Ihre Organisation wurde aufgelöst und ihre Vertrauensmänner werden gemaßregelt. Bergarbeiter aller Zungen! Meidet daher den Bergbau Ungarns! Wie es sonst in dem freien Ungarn aussieht, darüber belehren uns folgende Tatsachen: „In unaufhaltsamen Massen strömen die Landeskinder Ungarns den Häfen von Fiume, Genua, Hamburg, Bremen, Antwerpen, Rotterdam zu, um den Seeweg nach den Ländern der Verheißung anzutreten. Ein anderer Strom ergießt sich ungeschwächt in die Niederungen Rumäniens. Alle diese gehen für ewige Zeiten Ungarn verloren. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September v. J. wurden 197 510 Pässe für die Auslandsreise ausgestellt, deren überwiegendster Teil die Devise „Auf Nimmerwiedersehen" trägt. In dem gleichen Jahresabschnitt weist der Durchschnitt der in den Jahren 1901 bis 1905 ausgefolgten gleichartigen Legitimationen 138 244 aus. Warum flieht das Volk vom heimischen Boden?

Die Union der Bergarbeiter Oesterreichs zählte nach der Abrechnung der Ortsgruppen für Monat November (die Abrechnung für Dezember steht noch aus) 26 511 (+ gegen 1905 : 8762 Mitglieder). In die Zählung sind nur jene Mitglieder aufgenommen, die bis Ende November die Beiträge vollständig bezahlt haben. Vom 1. Januar 1905 bis 30. November 1906 hat die Union 20 302 Neuaufnahmen gemacht. Dieser Zunahme steht ein Abgang von 11 540 Mitgliedern gegenüber. Ein großer Teil hiervon entfällt auf das Revier Kladno. Dieser Umstand findet aber im wesentlichen darin seine Erklärung, daß die Prager Eisenindustriegesellschaft die neu entstandenen Organisationen dadurch schwächte, weil sie viele Vertrauensmänner entließ. Am Schluß des Jahres hat die Union 143 (+ gegen 1905 : 48) Ortsgruppen und 64 (— gegen 1905 : 8) Zahlstellen. In den einzelnen Revieren bestehen sechs Sekretariate mit selbständigen Sekretären, Vertrauensmänner werden in drei Revieren subventioniert. Im Berichtsjahre hat die Union auch zur Bergwerksinspektion Stellung genommen. Die Regierung hatte die Absicht, die von den Werken abhängigen und in jeder Hinsicht gesetzlich ungeschützten Genossenschaftsdelegierten zur Bergwerksinspektion heranzuziehen, Bemerkenswert ist, daß den Bergwerksbesitzern die von der Regierung beabsichtigte Einführung der Bergwerksinspektion noch zu weit ging. Diese haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Raketten losgelassen, um das Wesen der Bergwerksinspektion zu diskreditieren. Konflikte mit den Unternehmern, die aus dem Arbeits- und Lohnverhältnis der Arbeiter entstanden, gab es auf allen Revieren auszufechten, die in den meisten Fällen mit teilweisem und ganzem Erfolg beendet wurden. Zur Unterstützung der Streikenden hat die Organisation zirka 60 000 Kronen verwendet. Die ungeheuerliche Verteuerung der Lebensmittel einerseits und der Rückgang der Löhne anderseits haben die Lebenshaltung der Bergarbeiter schwer beeinträchtigt. Diese Tatsachen haben allenthalben eine unvermerkbare Unzufriedenheit ausgelöst. Hierzu kam noch der Umstand, daß die Kohlenpreise merklich stiegen; die Unternehmer verrieten nichts, daß sie den Arbeitern von den höheren Gewinnlisten etwas ablassen wollen. Es kam daher in allen größeren Bergrevieren zu einer Lohnbewegung, die überall ziemlich gleichmäßig einsetzte. In Würdigung des Umstandes, daß die Geschäftslage eine sehr gute war, die Kohlen gingen reißend ab, konnte man mit einer gewissen Berechtigung schließen, daß die Lohnbewegung sehr günstig für die Bergarbeiter abschließen wird. Indessen wurde diese Lohnbewegung durch etwas Unerwartetes geschädigt. Die sogenannten Anarchisten stellten plötzlich in Nordwestböhmen die Arbeit ein; Forderungen haben diese Leute den Werksleitungen nicht vorgelegt. Wie sich später herausgestellt hat, haben die Anarchisten diesen Streik deshalb so jäh gemacht, um die einheitliche Aktion der Zentralorganisation zu unterbinden. Aber selbst diese Quertreiberei hätte noch ausgeglichen werden können, wenn die Anarchisten den bekannten Ueberfall auf die Vertrauensmänner in Dux nicht durchgeführt hätten. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch die sogenannten freien Sozialisten in Falkenau ihren redlichen Teil beigetragen haben, die Lohnbewegung zu schädigen. Dieses verächtliche Treiben, das da stattfand, kam den Werksbesitzern sehr gelegen, nicht nur in Nordwestböhmen, sondern in ganz Oesterreich. Sie richteten sich bei der Gewährung der Zugeständnisse darauf ein. Die Bergarbeiter in Nordwestböhmen und Westböhmen errangen ganz geringfügige Lohnerhöhungen; ferner haben sich hier die Werksbesitzer herbeigelassen, den invalid gewordenen Arbeitern zu der Jahresprovision 100 Kronen Zuschuß auf eigene Kosten zu gewähren. Im Mürschaner Revier bestanden die Zugeständnisse bloß in einer Zulage auf Oel und Gezähe. In den Alpenländern betrug die Lohnerhöhung für einzelne Kategorien bis zehn Prozent. Am günstigsten hat die Lohnbewegung in Mährisch-Ostrau abgeschlossen.

Die österreichischen Gewerkschaften haben im verflossenen Jahre über **100 000** Mitglieder zugenommen und nähern sich damit stark der

ersten halben Million. Der Bericht der österreichischen Generalkommission der Gewerkschaften sagt über das abgelaufene Jahr: „Besonders für die Gesamtbewegung in Oesterreich sehr bedeutende Errungenschaften sind nach zwei Richtungen hin zu verzeichnen. Die erste markante Errungenschaft ist die, daß die von Deutschland importierte und von einigen größeren Unternehmerverbänden angewandte „neue Taktik", siegreiche Lohnbewegungen der Arbeiterschaft durch Aussperrungen unmöglich zu machen, in ihrer Wirkung gegen die Arbeiterschaft mit einigen Ausnahmen kläglich scheitern mußte. Selbst in den wenigen Industrieorten, wo die Aussperrungen zugunsten der Unternehmer ausfielen und die organisierte Arbeiterschaft aus dem Kampfe geschwächt hervorging, kann dies nicht als ein wirklicher Erfolg der modernen Scharfmacherei angesehen werden, sondern vielmehr als eine Folge der ungenügenden Schulung und Vorbereitung der örtlichen Organisationen, die im jugendlichen Kraftbewußtsein den Gegner allzusehr unterschätzt hatten und deshalb sehr viel dazu beitrugen, daß die Unternehmer vorübergehend auf einen „Erfolg", dessen sie sich nicht besonders erfreuen können, hinweisen dürfen. Der böse Wille der führenden Scharfmacher in Oesterreich hatte eine von ihnen nicht gewollte, noch weniger geahnte Wirkung nach sich gezogen, die wie ein Wettersturz über sie hereinbrach. Aus dem Aussperrungskoller der diversen Zentralverbände der Unternehmer ging mit elementarer Gewalt das Bestreben der Masse der organisierten Unternehmer hervor, mit den noch vor sehr kurzer Zeit so verhaßten Gewerkschaften Kollektivverträge abzuschließen. Die mehr als hundert Kollektivverträge, die für mehrere tausend Arbeiter für die Dauer von einem Jahre bis zu höchstens drei Jahren vereinbart und abgeschlossen wurden, beweisen den gewaltigen Umschwung in der Gesinnung, zwar nicht der führenden Faktoren der Unternehmer, so doch der zur Aussperrung gedrängten Masse der Unternehmer." Nichtsdestoweniger macht der Bericht darauf aufmerksam, daß bei etwa 60 Prozent der Gewerkschaften in Anbetracht der heutigen Verhältnisse die Streikfonds zu gering dotiert sind, zumal man sich auf weitere Ungeschicklichkeiten der Unternehmerführer keineswegs verlassen dürfe. Der Bericht teilt ferner noch ein „Streik- und Aussperrungsreglement" eines Unternehmerverbandes mit, das an Brutalität nichts zu wünschen übrig läßt.

Rückgang in der Zahl der Arbeitskonflikte in England. Es ist interessant, zu beobachten, wie in England unter dem Einfluß der wachsenden Macht der Gewerkschaften und dem der von ihnen mit den Unternehmerverbänden geschlossenen langfristigen Tarifverträge Arbeitsstreitigkeiten, die bis zum letzten Mittel auf beiden Seiten — Streik oder Aussperrung — führen, in der Abnahme begriffen sind. Das englische Arbeitsamt veröffentlicht in der „Labor Gazette" die Zahl der im Jahre 1905 mit Arbeitseinstellungen verbundenen Streitigkeiten und stellt daneben die aus den beiden letzten Jahrfünften gewonnenen Durchschnittsziffern. Es ergibt sich dabei folgendes Bild:

	1905	Durchschnitt 1900-1904	Durchschnitt 1895-1899
Streiks und Aussperrungen	358	495	793
Betroffene Arbeiter . . .	0 303 503	166 000	2 [illegible]5 000
Verlorene Arbeitstage . .	2 500 000	2 013 000	7 524 000

Die Zahl der Streiks und Aussperrungen ist also im Jahre 1905 gegen den Durchschnitt der Jahre 1895—1899 um 54 Prozent, die der betroffenen Arbeiter um 59 Prozent und die der verlorenen Arbeitstage sogar um 67 Prozent heruntergegangen und das bei einer nicht unwesentlich gestiegenen Arbeiterzahl. Daß dieser wachsende „soziale Frieden" unter Umständen eine gewisse Gefahr, die Möglichkeit einer Abflauung der Kampfenergie birgt, darf nicht bestritten werden. Andererseits ist zu bedenken, daß in jeder errungenen Position auch wieder ein antreibendes Moment zur Erkämpfung noch besserer Bedingungen liegt. Vor allem aber muß uns die allmählich vor sich gehende Durchtränkung der englischen Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste eine Garantie dafür bieten, daß keinerlei Gegenwartserfolge die Arbeiterschaft von ihren letzten weitgesteckten Zielen abzulenken vermögen. Einen nicht unwesentlichen Anteil an der friedlichen oder doch rascheren Erledigung von Arbeitsstreitigkeiten in England hat auch die Tätigkeit der Schiedsgerichte und Einigungsämter. Von 358 mit Arbeitseinstellung verbundenen Konflikten wurden 30 mit 10 546 beteiligten Arbeitern (gleich 15,6 Proz. aller Beteiligten) durch Schiedsspruch zum Abschluß gebracht. Weit größer aber war die Zahl der auf diesem Wege friedlich beigelegten Fälle. Insgesamt hatten sich nämlich 66 permanente Einigungsämter und Schiedsgerichte mit 1726 Streitfällen zu befassen. Von diesen wurden 834 zurückgezogen oder ohne Einschreiten des Schiedsgerichts erledigt; 58 waren am Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen. Von den übrigen 839 Fällen wurden 614 durch die Aemter oder Komitees, die übrigen durch von diesen ernannte Schiedsrichter beigelegt. Die große Mehrzahl, nämlich beinahe vier Fünftel aller behandelten und erledigten Fälle betrafen den Bergbau, in dem auch die bei weitem bedeutendsten Konflikte vorkamen. So beschäftigte sich das Einigungsamt für die vereinigten Kohlendistrikte von England und Wales mit einem Falle, an dem 230 000 Arbeiter beteiligt waren, während das Einigungsamt für den Northumberländer Kohlenbergbau die Löhne von 35 000 Arbeitern in einem Falle reduzierte. Von dem letzten Fünftel der vorliegenden Fälle entfiel etwa die Hälfte auf die Metallindustrie (78) und die Bekleidungsindustrie (60), die übrigen verteilten sich auf das Baugewerbe (22), Transportgewerbe (15) und andere Industrien.

Frankreich. Für den wöchentlichen Ruhetag, der immer noch nicht voll durchgeführt ist, fanden am Sonntag in Paris wieder Kundgebungen statt. Die Regierung hatte ihre „Vorbereitungen" getroffen. Die Garde republicaine und Infanterie in großer Stärke waren in der Kaserne an der Rue du Chateau d'Eau konsigniert. Die Arbeitsbörse in deren Räumen vormittags verschiedene Syndikate Versammlungen abgehalten hatten, war auf behördliche Anordnungen gegen Mittag geräumt und geschlossen worden. Ueber die Demonstrationen selbst meldet ein Telegramm: Beim Einschreiten gegen einen Haufen von Manifestanten, die einen Laden in der Nähe der Place de la Republique plündern wollten, wurden drei Schutzleute verwundet, einer davon schwer. Auf dem Platz selbst wurden von der Menge einige Leute niedergetreten. 1500 Personen, darunter mehrere Ausländer, die eine Kundgebung auf dem Quay de Valmy veranstalteten, wurden von den Dragonern auseinandergetrieben; dabei wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. In einem Cafee in der Nähe der Arbeitsbörse kam es zu einem regelrechten Kampf mit der Polizei, die mit Stühlen, Gläsern und anderen Gegenständen beworfen wurde, wobei verschiedene Polizisten verwundet wurden. Auch noch einige andere Scharmützel zwischen Manifestanten und der Polizei haben in der Nähe der Place de la Republique stattgefunden. Im übrigen ist die Stadt völlig ruhig geblieben. Das schöne Wetter hatte zahlreiche Spaziergänger und Neugierige auf die Boulevards gelockt, auf denen Patrouillen jede Menschenansammlung verhinderten. Bewacht waren auch das Elysee, die Ministerien und die Hauptdenkmäler. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde auf Veranlassung des Polizeipräfekten die Bereitschaft der Truppen aufgehoben; weitere Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Die Zahl der während der Kundgebungen vorgenommenen Verhaftungen beträgt 149, wovon 9 aufrecht erhalten wurden. Ein Polizist ist schwer, 6 andere sind leicht verletzt.

Italien. Am 22. Januar hat das Strafgericht nach achttägiger Verhandlung das Urteil gegen die Schutzmannschaftseleven gefällt, die im August des vergangenen Jahres den Dienst verlassen hatten, um gegen einen Soldabzug zu protestieren. Wie erinnerlich, hatten damals einige 80 Eleven die Annahme des Soldes verweigert und sich protestierend zum Rathaus begeben, vor dem sie eine Versammlung abhielten. Die städtischen Behörden hatten die Streikenden in Uniform von Polizei und Militär umzingelt, in ein städtisches Lokal führen und dort entwaffnen lassen. Alle wurden dann sofort des Dienstes enthoben und wegen Rebellion mit bewaffneter Hand und Bildung einer verbrecherischen Vereinigung unter Anklage gestellt. Natürlich hielt diese ganz unhaltbare Anklage der ruhigen Prüfung nicht stand. Schon der Staatsanwalt mußte sie fallen lassen und sich begnügen, für einige die Verurteilung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, für andere wegen Dienstverweigerung zu fordern und für die die Anklage ganz zurückzuziehen. Das Gericht sprach denn auch 13 Angeklagte ganz frei, verurteilte drei wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei und drei Monaten Gefängnis und verhängte über die übrigen je 416 Lire Geldstrafe und die Absprechung der Bürgerrechte für die Dauer von drei Monaten. Für alle Verurteilten wurde beschlossen, die bedingte Verurteilung anzuwenden und von der Eintragung des Urteils in die Personalakten der Verurteilten Abstand zu nehmen.

Italien. Der Generalstreik der italienischen Seeleute dauert fort. Bis jetzt haben sich die Reeder noch nicht herbeigelassen, mit den Streikenden überhaupt zu verhandeln. Aber ihr Verhalten stößt auf die gleiche zähe Entschlossenheit bei den Ausständigen. Diese führen den Streik im Gegensatz zu den Meldungen bürgerlicher Depeschenbureaus mit bewundernswerter Solidarität. Wo immer ein italienisches Schiff in einen Hafen einläuft, verlassen es die Mannschaften und werden von den Behörden in ihre Heimatsorte abgeschoben. Der ganze Konflikt geht in so ruhiger Form vor sich, daß man sich seiner Bedeutung kaum bewußt wird, da die Streikenden — und dies entspricht der Taktik des Streikkomitees — sich nicht in den Hafenstädten anhäufen. Sicher ist, daß es sich um einen der bedeutendsten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit handelt, den Italien in den letzten Jahren gesehen hat. Möge dieser Streik für die italienischen Seeleute, deren Beruf ebenso gefahrvoll ist, als der des Bergmanns, nutzbringend sein.

Schweden. Die Zentralorganisation des schwedischen Unternehmertums hat in ihrer Zusammenkunft am Mittwoch den 16. Januar beschlossen, den Gewerkschaften ein Ultimatum zu stellen, daß, falls die kleinen Werkstättenstreiks in Südschweden nicht eingestellt werden, eine allgemeine Aussperrung der organisierten Arbeiter am 28. Januar im ganzen Lande erfolgen wird. In Betracht kommen 60—70 000 Arbeiter, während die Differenzen in den betreffenden Werkstätten heute nur etwa 30 Mann betreffen!

Rußland. Die gewerkschaftliche Bewegung in Sibirien. Der Beginn einer umfassenden gewerkschaftlichen Bewegung in Sibirien datiert vom Monat November oder Dezember des Jahres 1905. In Tomsk z. B. haben sich seit dieser Zeit fast in allen Berufszweigen Verbände gebildet. Zwar auch vor der genannten Zeit hat daselbst ein Verein der Buchdrucker bestanden; aber auch er hat sich später in einen Verband der Druckereiarbeiter verwandelt. Die Satzungen sämtlicher Verbände weisen denselben Charakter auf und sind nach einem und demselben Typus geschaffen. Alle Verbände sind parteilos und stellen sich zur Aufgabe den Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wobei in den Satzungen jedes Verbandes ein Punkt enthalten ist, demzufolge 50 Prozent aller einlaufenden Beträge dem Streikfonds zu überweisen sind. Die Mitgliederzahl der neuerstandenen Verbände stieg progressiv bis Ende Dezember, begann aber dann infolge der politischen Reaktion und der Repressalien zu sinken. Die angeführten Ziffern zeigen die Zahl der Mitglieder jedes Verbandes gegen Schluß des Jahres 1905. So z. B. hatte der Verband der Druckereiarbeiter 300 Mitglieder, der Schlosser 150, der Arbeiter im Depot der Station Tomsk 60, der Tischler 50, der Barbiere 30, der Modistinnen und Putzmacherinnen 70, der Pharmazeuten 15, der niederen Krankenhausangestellten 30. Nicht angeführt sind die Mitgliederzahlen der Verbände der Angestellten in der Direktion der Sibirischen Eisenbahn, der Handlungsgehilfen und der Kontoristen. Die Angestellten in der Direktion, deren es in Tomsk etwa 2000 gibt, sind nach den einzelnen Dienstzweigen organisiert; die Zahl derjenigen, die Verbänden beigetreten sind, betrug etwa ein Drittel aller Angestellten. — Was die Handlungsgehilfen und Kontoristen anbetrifft, so haben sie sich endgültig erst im Sommer 1905 organisiert; der Verband der Handlungsgehilfen zählt 150 Mitglieder, der Verband der Kontoristen 30.

An unsere Verbandsmitglieder!

In Gemäßheit des Beschlusses unserer letzten General-Versammlung und den Bestimmungen des § 47 unseres Statuts, beruft der unterzeichnete Vorstand hiermit die

17. General-Versammlung

auf **Sonntag, den 5. Mai 1907** und folgende Tage nach **Bochum** ein. (Das Lokal, sowie die Stunde des Beginns wird später bekannt gegeben.)

Vorläufige Tages-Ordnung:

1. Konstituirung und Festsetzung der Geschäftsordnung und endgültige Festsetzung der Tages-Ordnung.
2. Bericht des Vorstandes über beide Geschäftsjahre 1905/06.
   Referent: H. Sachse.
3. Bericht der Kasse.
   Referent: P. Horn.
4. Bericht des Kontroll-Ausschusses.
   Referent: H. Munsbeck-Oespel.
5. Unsere Presse.
   Referent: G. Wißmann.
6. Abänderung des Streik-Reglements und eventuell des Statuts.
   Referent: Fr. Waldhecker.
7. Stand der Gesetzgebung, welche die Bergarbeiter direkt berühren.
   Referent: Aufderstraße.
8. Sicherheit und Inspektion der Gruben.
   Referent: O. Hue.
9. Die internationale Arbeiter-Bewegung.
   Referent: L. Schröder.
10. Sonstige Anträge.
11. a) Neuwahl des Vorstandes und Kontroll-Ausschusses.
12. b) Bestimmung des nächsten General-Versammlungsortes.

Das Wahlreglement werden wir in einer der nächsten Nummern unseres Verbandsorgans veröffentlichen.

Laut § 48 unseres Verbandsstatuts entfällt auf je 1000 Mitglieder durchschnittlich ein Delegierter und haben die Einteilung der Wahlbezirke die Bezirksleiter unter Hinzuziehung der Vertrauensleute vorzunehmen.

Wir fordern deshalb unsere Bezirksleiter auf, sofort das hiernach Notwendige zu veranlassen und uns bis zum 1. März d. J. die Wahlkreiseinteilung zugehen zu lassen. Als Grundlage für die Wahlbezirkseinteilung kommt die Mitgliederzahl, welche am 31. Dezember 1906 vorhanden war, in Betracht.

Anträge zur General-Versammlung können laut § 47, Absatz 5, unseres Statuts nur durch den Vorstand und Mitglieder-Versammlungen resp. Konferenzen gestellt werden. Etwaige Anträge zur General-Versammlung müssen bis spätestens **20. März 1907** bei uns eingegangen sein. Wir werden die eingelaufenen Anträge dann veröffentlichen und den Delegierten zur General-Versammlung in der Vorlage zugehen lassen. Wir weisen aber nochmals darauf hin, daß Anträge, welche nach dem 20. März einlaufen, nicht mehr veröffentlicht werden können.

Der Vorstand. J. A.: H. Sachse.

Mißstände auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Zeche Caroline. Liefert mehr Kohlen, dann verdient Ihr auch mehr. So kann man öfters hören, wenn man um Aufbesserung des Gedinges ersucht. Am „schönsten" wird es aber erst, wenn die Kameraden beteuern, daß es nicht möglich sei, noch mehr herauszuschuften. Es gibt ja noch Probehauer, die sich geehrt fühlen, einige Tage wie die Wilden drauflos zu wirtschaften — lange brauchen sie es nicht auszuhalten —, um zu beweisen, daß vor der Arbeit noch ein schönes Stück Geld herauszuschuften ist. Kommt nun solch ein Probehauer vor die Arbeit, so raubt und schrappt er zusammen, was nur irgend möglich ist, an's Verbauen wird gewöhnlich nicht gedacht, denn wollte dies ein solcher Zechenknecht tun, so könnte er eben nicht mehr leisten, als auch die anderen Arbeiter. Die Hauptsache ist eben, daß der Steiger seinen Willen bekommt und sagen kann, es gebe noch fleißige Leute, die so und so viel Wagen mehr liefern, als diejenigen, welche eine Gedingeerhöhung haben wollen. Man bringt es durch solche Machinationen fertig, daß Arbeiter, die bei der Arbeit nicht schlumpern, sondern auf gutes Verbauen sehen, so quasi als Faulenzer hingestellt werden. Besonders Herr Steiger Ortmanns soll gegen eine Gedingeerhöhung oft sehr viel einzuwenden haben. So habe eine Kameradschaft bei dem Herrn Betriebsführer um Gedingeerhöhung vorgesprochen und habe dieser auch 10 Pfg. Zulage für den Wagen versprochen. Als genannter Steiger dies erfahren habe, sei er ganz energisch dagegen aufgetreten, und richtig, aus der Gedingeerhöhung wurde nichts. So wären noch mehr Fälle anzuführen, wo der Herr Betriebsführer geneigt war, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, der Steiger aber verhinderte, daß dies geschah. Man sollte doch glauben, daß auch Beamte wie Steiger usw. den nimmersatten Kapitalismus kennen gelernt haben und es nicht für nötig befinden würden, dem Geldsacke dieser Herren zu immer größerer Fülle zu verhelfen. Ist es doch schon genug, wenn sie von oben manchmal Befehle erhalten und ausführen müssen, die dem Arbeiter zum Schaden gereichen, desto schlimmer aber ist es, wenn ein unterer Beamter seine Pflichterfüllung noch weiter ausdehnt als selbst sein Vorgesetzter. Hoffentlich sieht auch dieser Herr bald ein, daß allzu scharf schartig macht und läßt den bei ihm beschäftigten Arbeitern auch etwas zukommen, selbst wenn er glauben sollte, daß er besser arbeiten und mehr herausschuften könnte.

Zeche Eiberg. Das Ueberschichtenunwesen steht hier in schönster Blüte. Passierte es doch in einer Woche zweimal, daß 1½ Schichten von der Belegschaft verfahren werden sollten. Um der Kohlenförderung aber keinen Einhalt zu tun, wurde die Seilfahrt am Mittwoch, den 16. Januar so eingerichtet, daß die Kameraden, die um 10½ Uhr des abends ausfuhren, nur mit einem Korbe, dessen untere Etage mit leeren Wagen besetzt war, ans Tageslicht kamen. Die Verwaltung sollte aber wissen, daß dies gegen die bergpolizeilichen Verordnugen verstößt und dafür Sorge tragen, daß in Zukunft dies vermieden wird.

Zeche Ewald Fortsetzung. Das goldene Kalb muß noch besser gemästet werden. Nicht genug damit, daß jeden Dienstag und Freitag anderthalb Schichten verfahren werden, sollten unlängst die Kameraden des Samstags nachts auch noch anfahren, so wurde die Morgenschicht für eine Nebenschicht auf Samstag abend bestellt. Als am Samstag mittag die Morgenschicht in der Kaue am Waschen war, kam der Herr Betriebsführer Kalthof und hielt eine Ansprache, daß diejenigen, welche versprochen hätten, am Abend wiederzukommen, auch ihr Wort halten müßten. Die Seilfahrt sei auf ½11 Uhr angesetzt, die Ausfahrt des Sonntag morgens um 5 Uhr, dafür gebe es dreiviertel Schicht. Die Gesichter der Belegschaft wurden bei dieser Rede immer länge; die Nachtschicht fährt sonst um ½11 Uhr an und ½6 Uhr aus, erhält dafür natürlich für eine Schicht bezahlt, während auf einmal bei einer Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde eine Viertelschicht weniger bezahlt werden soll. War es sonst schon nur ein Teil der Belegschaft, welcher die Ueberschicht mitmachte, so war es diesmal ein winziger Teil, welcher die Ueberschicht mitmachte. Einige Kameraden, die im Rechnen nicht so fix waren, wurden jedenfalls daheim von ihren Frauen belehrt und holten sich auch ihr Grubenzeug heim, hatten also keine Lust, die lange Dreiviertelschicht mitzumachen. Doch stießen sie noch auf Hindernisse bei dem Abholen ihrer Kleidung. Steiger Köhne wollte aber den Leuten das Betreten der Schachtanlage verbieten. Als sie demselben erklärten, sie wollten ihr Grubenzeug holen, bestand er immer noch darauf, daß sie den Platz verließen, zu einem Kameraden meinte er sogar, es wäre am besten, wenn er im nächsten Monat Schluß mache. Auch Herr Kalthof ist fix dabei, den Leuten zu kündigen. Verläuft sich ein Kamerad einmal mit einem Flugblatt zu einem der Herren Beamten, so kann er gewärtig sein, daß er sich bald bei Herrn Kalthof melden muß und seine Kündigung erhält. Doch es gibt hier noch Kameraden, welche nach dieser Kündigung keinen Deut fragen, auch wenn sie gekündigt sind, noch lange nicht die hiesige Gegend verlassen, sondern zur Freude des Herrn Betriebsführers noch lange hier zu bleiben gedenken. Wir werden alles daran wenden, auf daß unser Verband hier immer stärker wird, um dem Kapitalismus ein Bollwerk entgegenstellen zu können.

Zeche General Blumenthal III und IV. Vor dem Wetterkanal steht bei der Leuteförderung die unterste Etage des Förderkorbes wenn die oberste auf der Hängebank steht. Es ist da kein Wunder, wenn die Kameraden, die auf der untersten Etage ausfahren, sich erkälten und andern Tags krank sind. Auch drückt sich naturgemäß ein jeder so gut er kann, vor der Fahrt in der „Wetterlage". Es muß doch auch da Abhilfe zu schaffen sein, mache man die unterste Etage dicht, oder sollte dies der Gesellschaft zu viele Kosten machen, lasse man sie leer gehen. Auch existiert eine Vorschrift, daß niemand früher den Korb verlassen oder besteigen darf, bis der Korb mit der Sohle oder der Hängebank gleich steht. Auf Blumenthal kann man nicht sagen, daß die Vorschrift immer befolgt wird. Es kommt hier häufig vor, daß das Seil nicht genau paßt und der Korb dann ein bis zwei Fuß zu hoch oder zu niedrig steht. Um nun Zeit für die Kohlenförderung zu gewinnen, läßt der Anschläger auf- und absteigen, ohne den Korb auf Maß ziehen zu lassen. Daß hierbei öfters kleine Hautabschürfungen bei den Kameraden vorkommen, scheint ja weiter keine Rolle zu spielen. Ueber die Abortkübel wird auch ständig geklagt. Eine besondere Art hat der Herr Betriebsführer im Gedingemachen. Wenn die Verhältnisse schlechter, die Kohle fester werden und die Kameraden bestellen den Herrn, daß er sich von der Veränderung der Arbeit überzeuge, so kommt wohl der Herr, das muß man ihm lassen, doch ist das Sprüchlein, das er zum Troste hersagt, bald immer auf dieselbe Melodie gestimmt: „Gewiß, die Kohle ist wohl fester, die Arbeit ist aber sonst gut imstande (soll wohl heißen gut verbaut) wenn ihr dann nicht viel Kohlen bekommt, habt ihrs wenigstens gut." Uns ist aber mit dem „gut haben" nicht allein gedient, sondern wir brauchen einen Verdienst, der ausreicht, daß es auch unsere Familie etwas besser bekommt. Mögen die Kameraden jetzt in Zeiten der Hochkonjunktur für Stärkung der Organisation sorgen, auf daß, wenn eine Krise einsetzt, sich die Verhältnisse nicht noch mehr verschlechtern. Deshalb sei jeder Kamerad ein Agitator, bringe jeder einen Indifferenten mit, zu seinem Besten und zur Kräftigung unseres Verbandes.

Zeche Graf Bismarck (Schacht III und IV). **Hier scheinen die sieben fetten Jahre schon vorbei zu sein.** Erklärte doch schon einmal Steiger Baumbach I, als ihn die Kameraden fragen, warum ihnen 20 Pfennig pro Schicht weniger ausbezahlt wurde: „Ach was, der Lohn stimmt so, ihr habt zuviel Nebenarbeit gerechnet, ihr braucht nicht immer 7 Mk. zu verdienen." Dabei war von einem 7 Mark-Verdienst keine Rede. Neue Vorschriften gibt es für die Zimmerung, aber mit Holz sieht es öfters nicht zum besten aus. Herr Obersteiger Sauerbrey scheint auch der Meinung zu sein, daß die Leute zuviel verdienen. Als er unlängst um Gedingeregelung angehalten wurde, legte er 5 Pfg. pro Wagen zu, mehr gebe es nicht, so solle und müsse es gehen. Als nun die Kameradschaft der anderen Schicht sich nicht damit zufrieden gab, sagte der Herr Obersteiger: „Ich habe das Gedinge gesetzt und kann es nicht mehr ändern und wenn ihr drei Mark verdient, es gibt nichts dabei. Mit der Lohnauszahlung dürfte es auch rascher gehen, passierte es doch schon, daß von der Morgenschicht Leute bis ½5 Uhr stehen mußten, ehe sie ihre paar sauer verdienten Groschen nach Hause bringen konnten. Möge die Verwaltung hier Wandel schaffen, auf daß die Kameraden nicht zu lange auf ihren Lohn zu warten brauchen. Den noch Unorganisierten aber rufen wir zu: Hinein in den Verband, kräftigt die Organisation, damit, wenn die mageren Jahre kommen, ihr euch nicht der Unternehmerwillkür zu beugen braucht.

Zeche Hannover I und II. Die Einsender, des Artikels, das Gespräch des Betriebsführers mit Escher betr., halten ihre Ausführungen, trotz der gegenteiligen Aeußerung des Kameraden Rüther aufrecht, da derselbe nicht dabei war, als dieser Ausdruck fiel, (also etwas vorsichtiger sein sollte in Verteidigung des E. Anm. d. R.) Hoffentlich haben diese gegenseitigen Erklärungen jetzt ein Ende.

Zeche Unser Fritz. Zwei Ueberschichten in einer Woche, anders geht es schon bald nicht mehr hier. Man kann auch öfters von Leuten die Klage hören, daß, wenn sie sich weigern Ueberschichten zu machen, es verschiedene Herren nicht unterlassen können zu sagen, nun, nächstens braucht ihr gar nicht mehr anzufahren. Die schwarze Tafel muß bald angestückelt werden, um die Strafzettel alle fassen zu können. Soll es doch schon vorgekommen sein, daß Kameraden in einem Tage zweimal bestraft wurden. Am 27. Januar wurden in der Nachmittagsschicht sämtliche Leute vom Herrn Steiger Bruckskotten beauftragt, ihre Strecken vom alten Holz zu befreien. Er hatte, um ein gutes Beispiel zu geben, gleich mit dem „Aufräumen" begonnen. Doch wären ihm Kameraden dankbar gewesen, wenn er es unterlassen hätte. Denn alte Stempel, die sich die Kameraden beim Verbauen auf die Seite stellten, um sie später fortzuschaffen, lagen nach dem „Aufräumen" in der Strecke umher. Festgedrückte, aufrechtstehende Stempel waren herausgeschlagen und zugleich mehrere Wagen Steine heruntergeschmissen. Als ihm die Kameraden auf dies Vorgehen aufmerksam machten, er hätte dies doch unterlassen sollen, wer ihnen jetzt die durch sein „Aufräumen" verursachte Arbeit bezahle, kam die prompte Antwort: „Watt betolen!" Er ließ auch, jedenfalls um die Leute zum weiteren Aufräumen aufzumuntern, nicht lange auf sich warten, sondern bestrafte am folgenden Arbeitstage, den 14. Januar, die Kameraden mit 1 Mark, wo doch die meisten Lehrhauer von der Streckenreinigung nichts wußten. Herr Bruckskotten hätte doch bedenken sollen, daß 100 bis 150 Meter nicht in einer Schicht rein zu machen sind, jetzt bei der herrschenden Kohlenjagd erst recht nicht. Das Gedinge wurde auch im westlichen, wie südlichen Revier vor dem 16. reduziert. Ob der neue Herr Direktor dies angeordnet hat? Ferner könnte die Kaue vergrößert werden, es herrscht ein solches Gedränge beim Anziehen, daß sich die Leute gegen-

seitig beschmutzen und Zank und Streit entsteht. Vielleicht könnte auch das Lampenausgeben schneller vor sich gehen, es scheinen in der Lampenbude nicht genügend Leute zu sein, da öfters 20 bis 30 Kameraden vor dem Gitter stehen und auf ihre Lampen lauern, wobei es manchmal vorkommt, daß sie den Korb verpassen. Auch läßt die Reinigung der Lampen manches zu wünschen übrig. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Verwaltung Remedur schafft. Unsere Kameraden mögen aber dafür sorgen, daß kein Bergmann mehr der Organisation fern steht. Wenn wir alle einig zusammen stehen, ist es uns auch möglich, Verbesserung unserer Lage zu schaffen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Brühl. Vor einigen Wochen schon machten wir die hiesige Grubenverwaltung auf verschiedene Mißstände in ihrem Betriebe aufmerksam, jedoch ohne Erfolg. Wir fordern daher die Bergbehörde auf, sich die Mißstände dieser Grube ein wenig genauer anzusehen und für Remedur zu sorgen. So klagen die Arbeiter im Tagebau über schlechtes, unzureichendes Licht; es komme bereits jeden Abend vor, daß die Bogenlampen versagten und oft eine Viertelstunde lang nicht brennen, sodaß es kein Wunder wäre, wenn sich dabei der eine oder andere Hauer infolge der Dunkelheit in die Knochen hacke. Auch stehen die Lampen in der Grube zu weit von einander ab. Es muß verlangt werden, daß baldmöglichst für genügend Bogenlampen gesorgt wird und dann möge auch für hinreichend elektrischen Strom Sorge getragen werden. Des weiteren klagen die Förderleute, daß bei ungenügend gefüllten Wagen einfach die Nummern fort geworfen, somit also diese Wagen den Leuten gar nicht bezahlt und diese obendrein auch noch bestraft würden. Erst in jüngster Zeit seien dieserhalb 25 Mann an einem einzigen Lohntage bestraft worden. Auch klagen die Arbeiter, daß sie selten eine Schicht verfahren, ohne daß ihnen nicht eine Anzahl geförderte Wagen verloren gingen. Das komme daher, daß man die Nummer nicht rechtzeitig von dem Wagen nehme und dieselben dann in die Fabrik und von da auf die Rippe kommen und somit verloren gehen. Hierin muß Remedur geschaffen werden. Auch können die Leute nicht verantwortlich gemacht werden, wenn die Wagen durch Zusammenstöße usw., bis sie zum Nummernabnehmer kommen, nicht mehr genügend voll sind. Das mögen die Herren Beamten gefälligst berücksichtigen. Auch möge man für genügend leere Wagen Sorge tragen. Die Arbeiter sind nicht gesonnen, die Hände in die Tasche zu stecken während der regelmäßigen Schichtzeit, um dann Samstags stets bis Mitternacht zu schuften. Auch mit dem Herrn Ingenieur dieser Grube müssen wir ein Wörtchen reden. Wir möchten ihm nahe legen, die nicht besonders gebildete Umgangsweise mit den Arbeitern, das Anschnauzen und die Antreiberei sein zu lassen und Sorge zu tragen, daß die im Tagelohn stehenden Arbeiter gerechter entlohnt werden. Es sollte nicht vorkommen, daß man einen bevorzugt, indem man ihm 3,50 Mk. auszahlt und dem andern nur 3,40 Mk. den Tag, sondern für gleiche Arbeit gehört auch gleicher Lohn. Hoffentlich nimmt sich diesmal die Bergbehörde der oben erwähnten Mißstände an und sorgt für schleunige Abhilfe. Den Arbeitern dieser Grube aber rufen wir zu: Macht euch endlich los von euren Sklavenfesseln! Schließt euch Mann für Mann dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands an! Laßt euch die vier Groschen Wochenbeitrag nicht reuen; denn ihr werdet den Nutzen davon hundertfach wieder ernten. Darum hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Zeche Rheinpreußen. Schacht III. **Im Revier IV des Steigers Wieghardt sieht es böse aus.** Oefters fehlt es an Holz und Schienen und muß man die Zeit mit Suchen vergeuden. Im Flöz III im langen Berg verdienten die Leute im vorigen Monat schlecht, aber Herr Wieghardt bringt es fertig, das Gedinge noch um 15 Pfennig pro Wagen zu reduzieren. Wenn der Herr selbst noch die Kohlenhacke ziehen müßte, würde er sicher an einer solchen Handlungsweise keinen Gefallen finden. Wacht doch endlich auf Kameraden, sorgt dafür, daß die Organisation so mächtig wird, daß das Unternehmertum unsere gerechten Forderungen um bessere Löhne erfüllen muß.

Königreich Sachsen.

Zeche Vereinsglück. Wer sich nicht fügt, der fliegt. Unsere Verwaltung räumt auf mit den Kameraden, welche die „Frechheit" besitzen, ihre eigenen und die Interessen ihrer Kameraden zu vertreten. So wurde am 5. Januar unser Kamerad Beetz zu dem geistreichen Herrn Direktor Kliever gerufen. Hier wurde ihm die Entlassung zuteil. Der Grund der Entlassung solle sein, daß unwahre Berichte in der Zeitung gestanden hätten, auch gab der Herr noch bekannt, daß er mit der Gesellschaft in Bochum nichts anfangen könne und deshalb Beetz, der Leiter des Verbandes am Orte entlassen werde. Wenn Herr Kliever glaubt, durch die Entlassung des Kameraden Beetz der Veröffentlichung von Mißständen Einhalt getan zu haben, irrt er sich schwer. Das Werk steht ja seit 1. Oktober unter der Oberleitung „Deutschland." Dadurch kam auch ein Beamtenwechsel. Doch scheint auch hier das Sprichwort: „Besseres kommt nicht nach", sich bewahrheiten zu wollen. Reviersteiger Kröhne, stellvertretender Obersteiger, hat es besonders auf die Verbändler abgesehen, er möchte sie anscheinend zu gerne mit Haut und Haar vertilgen. Wollen die Arbeiter Urlaub, so heißt es: „Sie haben gar nichts zu verlangen. Jedenfalls sollen wir noch unter bitte bitte, die Hand küssen; doch da kann der Herr noch lange warten. Auch scheint der Mann das „fortjagen" gar zu gerne zu benutzen. Er kann diese seine Drohungen ja einmal in die Tat umsetzen und dann sehen, wie ihm allein die Arbeit schmeckt. Ferner könnte Steiger Schubert sein Stimmorgan etwas in der Grube schonen, er scheint der Meinung zu sein, Rekruten vor sich zu haben, möge er seine Stimme zum Verlesen der Uebertage sparen, da kann er seine „gewaltigen" Stimmittel sehr gut gebrauchen. Man hat hier auch anscheinend vergessen, daß es eine gesetzliche Arbeitszeit gibt, für die Leute, welche vor Arten mit über 28 Grad Celsius arbeiten. Zum Schichtmachen kommen noch Steiger oder deren Antreiber und verlangen noch so und so viel Hunde. Daß die Schichtzeit vorüber, macht diesen Leuten keine Kopfschmerzen. Im Ankleideraum ist es bei dieser Jahreszeit so kalt, daß einen der Frost beim Anziehen nur so hermschüttelt. Auch klagen die Mannschaften, welche zuletzt ausfahren, daß sie sich öfters mit kaltem Wasser waschen müssen. Man braucht sich nicht zu wundern, daß auf Vereinsglück die Krankenziffer eine solch' hohe ist. Wenn auch unser Kamerad Beetz hier nicht mehr arbeitet, wir können der Verwaltung doch sagen, daß die Mißstände weiter kritisiert werden und zwar so lange, bis sie abgeschafft sind. Für die Maßregelung unseres Kameraden Beetz versprechen wir aber der Verwaltung, und wir werden Wort halten, den Verband immer mehr zu stärken, fort und fort neue Mitglieder zu gewinnen. Uns zum Schutz, dem Gegner zum Trutz.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Georgschacht. (Zabrze Ob.-Schl.) Am 22. Januar vormittags kurz nach 11 Uhr durcheilte die Kunde von einem Grubenunglück auf dem Georgschachte Zabrze. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Unglücksbotschaft, die sich leider als richtig erwies. Im „Heinitzflötz" der genannten Grube hatte ein Durchbruch von Brandgasen stattgefunden. 4 Bergleute sind schwer, 4 andere leicht verletzt.

Eine weitere Meldung berichtet noch folgendes:

8 Bergleute verunglückt.

Zabrze, 22. Januar. Heute vormittag gegen 11 Uhr verunglückten auf dem Georgschacht der Königin Luisengrube 8 Bergleute. Auf dem bekannten Brandfelde im Heinitzflötz (250 Meter-Sohle), Bremsberg 14, durchbrach das Feuer die aufgeführten Dämme. Die in der Nähe arbeitenden 4 Hauer, 2 Zimmerhauer und 2 Füller wurden durch die plötzlich hervorbrechenden Flammen und verbrennenden Gase schwer verletzt. 4 von den Verunglückten werden kaum mit dem Leben davonkommen, während bei den anderen die Verbrennungen weniger gefährlich sind. Alle 8 Verunglückten fanden Aufnahme im Knappschaftslazarett Zabrze.

Bergrat Salzbrunn, Berginspektor Bawerda, Obersteiger Babin und Abteilungssteiger Bugel fuhren sofort ein und leiteten die Rettungsarbeiten. An den Abdämmungsarbeiten des Brandfeldes wird eifrig gearbeitet.

Ueber die Ursachen des Unglücks

wird noch gemeldet:

Das Schmerzenskind der Verwaltung der Königin Luisengrube, das Heinitzflötz (250 Meter-Sohle), steht bekanntlich zum großen Teil seit längerer Zeit in „Brand". Dieser Teil des Grubenfeldes mußte deshalb vollständig durch Dämme abgesperrt werden, um ein Weitergreifen des Brandes zu verhindern, und vor allen Dingen die Sicherheit der in der Nähe arbeitenden Bergleute zu gewährleisten. Der vor einigen Wochen erfolgte Durchbruch von Brandgasen war soweit bewältigt, daß man sich wieder in die Nähe des „Brandfeldes" begeben konnte. Seit Montag glaubte man aber wieder die Beobachtung machen, daß die Dichtigkeit der aufgeführten Dämme nachgelassen habe und ging deshalb mit Vorsicht an die Arbeit. Da plötzlich erfolgte gestern vormittag nach 10 Uhr ein Durchbruch der Brandgase, daß man schleunigst die in der Nähe arbeitenden Bergleute zurückziehen mußte. Die Brandgase erreichten aber noch acht in der Nähe arbeitende Bergknappen, ehe sich diese in Sicherheit bringen konnten. Vier Hauer, zwei Zimmerhauer und zwei Schlepper erlitten Brandwunden, so daß diese schleunigst zu Tage gebracht und dem Knappschaftslazarett Zabrze zugeführt werden mußten. Die Berginspektion wurde von dem erneuten Durchbruch des Brandes sofort benachrichtigt. Herr Bergrat Salzbrunn, Berginspektor Bawerda und Obersteiger Babin fuhren sofort ein und leiteten die Abdämmungsarbeiten. Da auch ein Teil der Hauptstrecke in Brand geraten ist, stoßen die Arbeiten auf große Schwierigkeiten und muß mit größter Vorsicht vorgegangen werden. Noch heute arbeitet man mit größter Anstrengung an der Ausführung neuer starker Dämme. Den Verunglückten geht es, wie wir von der Leitung des Knappschaftslazaretts erfahren, besser, als man im Anfange hoffte. Zu ernsten Besorgnissen gibt nur der Zustand des Schleppers Vinias Anlaß, die Verbrennungen der anderen erweisen sich glücklicherweise als nicht lebensgefährlich. — Die Kunde von dem Brandunglück wurde gegen mittag bekannt und ließen nach umgehenden Gerüchten das Schlimmste befürchten, die sich aber glücklicherweise nicht im vollen Umfange bestätigten. Der Kapitalismus verlangt immer mehr Opfer.

Süddeutschland und Reichslande.

Grube St. Paul. Hier klagten die Kameraden schon längere Zeit, daß ihre Wagen nicht das richtige Gewicht hätten und verlangten einen Wiegekontrolleur, den sie selbst wählen und bezahlen wollten. Verwalter Kloos, bei dem sie sich beschwerten, kontrollierte nun selbst die Wagen nach. Abends nach der Schicht wurden dann die Hauer, deren Wagen Herr Kloos kontrollieren wollte, zum Wiegehäuschen gerufen und in Gegenwart des Verwalters Kloos sowie des Betriebsführers Spies wurden die Wagen abgewogen. Jetzt wogen die Wagen noch weniger wie vorher, so daß der Verwalter sagte: Seht ihr, wir haben euch noch zu viel Gewicht gegeben. Die Kameraden konnten sich das Mindergewicht nicht enträtseln. Früher hatte ein großer Wagen 2500 Kilo Gewicht und ein kleiner 16—1700 Kilo, während jetzt ein großer 1700—1800 Kilo und ein kleiner Wagen nur noch 1100—1800 Kilo wiegen soll. Also ein großer Unterschied. Die Kameraden wurden von einem Tag zum andern mißtrauischer, aber keiner hatte den Mut, die Wage zu kontrollieren, ob diese auch funktioniere. Endlich nahm sich ein Hauer von Grube Moyenvre den Mut, trat für sein Recht ein. Derselbe wurde Abends nach der Schicht gerufen, seine unten am Wiegehäuschen stehenden geförderten Erzwagen mit abzuwiegen. Der Betriebsführer Spies wollte nun auch gleich einen Wagen des betreffenden Kameraden auf die Wage fahren lassen. Der Kamerad, der aber auch die Elementarschule besucht hatte und rechnen konnte, meinte zum Herrn Betriebsführer Spies, daß es doch besser sei, erst einmal die Wage zu kontrollieren, ob diese auch funktioniere. Der Hauer hatte nun seinen Schlepper mitgebracht, der 75—80 Kilo wog. Dieser Schlepper mußte sich auf die Wage stellen und wog bloß knapp 55 Kilo, nun stellte sich der Herr Betriebsführer Spies darauf, der auch nicht mager ist und er wog bloß 60 Kilo. Nun sah auch Herr Spies ein, daß da was dahinter stecken müsse, denn er wollte und sollte doch mehr wiegen wie 60 Kilo. Man stellte einen leeren großen Wagen darauf und dann einen kleinen leeren und wirklich, der große leere Wagen wog weniger als der kleine. Nun meinte der Herr Wiegemeister: „Ja, der kleine hat auch dicke Räder". Als man die geladenen Wagen abwog, kam noch ein kleineres Gewicht heraus, wie den Tag vorher. Und mit einer solchen Wage wurde bisher gewirtschaftet und nach dem Gewicht bezahlt. Am andern Tag hieß es, die Wage ist kaput, es war auch höchste Zeit, denn die Kameraden waren ein solches Wiegesystem leid und wollten sich an die Bergbehörde wenden. Jetzt ist die Wage wieder in Ordnung und die großen Wagen packen jetzt wieder 2300—2400 Kilo und die kleinen 1600—1700 Kilo. Dadurch, daß die Wage längere Zeit nicht funktionierte, sind die Kameraden diese Zeit an ihrem Lohn geschädigt worden. Hier fehlt ein von der Belegschaft gewählter und besoldeter Wiegekontrolleur. Der Herr Verwalter Kloos wird wohl jetzt nicht mehr sagen: „Wir haben euch zu viel Gewicht bezahlt". Wir aber wollen auf Durchführung unserer Forderung dringen und für Abschaffung der Mißstände sorgen, indem wir uns samt und sonders dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anschließen.

Egyptische Plagen.

Bochum. Von der Zeche Gewerkschaft ver. Constantin der Große geht uns folgende Berichtigung zu: In der „Bergarbeiter-Zeitung" Nr. 51 vom 22. Dezember 1906 befindet sich auf Seite 4 eine Notiz unter dem Kennworte „Zeche Constantin Schacht VII", welche wir unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes wie folgt zu berichtigen ersuchen:

Es ist nicht richtig, daß es in der Waschkaue der Zeche Constantin-Schacht VI/VII zu kalt ist. Richtig ist, daß die Temperatur in der Kaue 24 Grad Celsius beträgt. Es ist ferner unwahr, daß der Baderaum nicht sauber gehalten wird und daß die Grubenlampen in unsauberem Zustande verabfolgt werden. Wahr ist allerdings, daß die frisch geweißten Wände im Baderaum sofort wieder beschmiert worden sind und daß nicht jeder Arbeiter so mit seiner Lampe umgeht, wie er wohl sollte; insofern mag ein Unterschied in dem Aussehen der Lampen bestehen. Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei der Seilfahrt sind bisher noch keinem Beamten vorgebracht worden. Die Ueberschichten werden durchaus freiwillig verfahren. Es ist nicht richtig, daß solche Wagen wegen Mindermaß ausgesetzt werden, welche beim Transport in der Seilbahn vom Inhalt verloren haben. Richtig ist, daß nur solche Wagen, welche unmöglich beim Transport vom Inhalt verloren haben können, beanstandet werden. Die Beanstandung der schlecht beladenen Wagen geschieht nur mit Rücksicht auf die Belegschaft, da hierdurch diejenigen Leute, welche die Wagen in ungenügender Weise beladen, gewarnt und vor Bestrafung geschützt werden sollen.

Ergebenst:

Gewerkschaft ver. Constantin der Große: Pieper.

Unser Gewährsmann schreibt dazu: „Ich halte aufrecht, daß es in der Kaue zu kalt ist. Das beweist auch folgendes: Wenn der Kauenwärter abends die Hütte gesäubert hat, ist sie des morgens noch so naß, daß die Leute beim Umkleiden auf die Bänke steigen müssen, um keine nassen Füße zu bekommen. Der Grund dafür ist der, daß die Heizung nicht direkt im Umkleideraum angebracht ist, sondern da wo die Leute vollständig angekleidet herumlaufen. Die Wände könnten, wie bei allen neueren Zechen, mit Steintafeln bekleidet sein, dann könnte man sie abwaschen, wenn sie beschmutzt sind. Betreffs der Lampen ist es Tatsache, daß einem Kameraden seine Lampe ausgehändigt wurde und dieselbe nicht nur mit dem Schmutz des vorigen Tages behaftet, sondern auch nicht verschlossen war. Das Fudeln bei der Seilfahrt ist bereits beseitigt. Im übrigen wissen wir ja schon längst und bedarf es dazu keiner Berichtigung, daß auf den Zechen immer alles „tadellos im Schuß" ist, oder auch nicht.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Annen. Am Montag den 14. Januar verunglückte auf Zeche Wiendahlsbank, der Kamerad H. Wollenweber tötlich. Derselbe war Mitglied unserer Zahlstelle und wollten wir ihm deshalb die letzte Ehre erweisen. Aber der Kumpel denkt, der Pastor lenkt. Er bestellte die Beerdigung um 3 Uhr und um diese Zeit ist die Morgenschicht eben mit waschen fertig und ist den „bösen Verbändlern" dadurch die Gelegenheit genommen an der Beerdigung ihres Kameraden teilzunehmen. Vielleicht wird in Zukunft darauf gesehen daß der Herr Pastor Beerdigungen auf etwas später ansetzt, oder die Zechenverwaltung erlaubt uns, daß wir früher ausfahren. Den Herren sollte es doch lieb sein, wenn Kameradschaftlichkeit und Nächstenliebe unter den Bergarbeitern herrscht und sollten sie dafür sorgen, daß man einem verunglückten Kameraden ungehindert das letzte Geleite geben kann.

Annen. Mord und Verurteilung zum Tode. Anlaß: Einhaltung von sechs Schichten. Am 21. Januar wurde der Kesselwärter Adam Kurschuß von den Geschworenen des Dortmunder Schwurgerichts zum Tode verurteilt. Sehen wir einmal zu, wie sich diese Tragödie entwickelte. Der Angeklagte, ein geborener Ostpreuße, war als Maschinist an der Rangiermaschine auf Zeche „Glückauf Tiefbau" beschäftigt. Als die Maschine am 11. August 1906 defekt und in Reparatur gegeben wurde, mußte K. mit einem Pferdegespann weiter rangieren. Er quetschte sich dabei den Finger in einer Gespannkette und hielt dadurch einen Augenblick in seiner Arbeit inne. Der Rottenführer der dies bemerkte rief ihm nun zu: „Angefaßt, wenn Sie nicht arbeiten wollen, gehen Sie zum Teufel." K. betrachtete diese „liebenswürdige" Aufforderung als seine Entlassung und forderte von dem Betriebsführer, da ihn der Rottenführer zum Teufel gejagt habe, seine Abkehr und seinen Lohn. Der Betriebsführer Hahne, dessen Umgang mit Arbeitern, wir hier nicht schildern wollen, aus Pietät für den nun Toten, erklärte ihm, daß wenn er gehe, ihm sechs Schichten einbehalten würden. K. sucht sich andere Arbeit, schreibt um sein Geld, erhält es auch, bis auf den Betrag der sechs Schichten. Er klagt am Berggewerbegericht wird aber abgewiesen. Dies erbittert ihn immer mehr, er kann nicht begreifen, daß, man ihm das Geld für sechs Tage, wo er doch gearbeitet hat, wo er doch auch sein Logis bezahlen mußte, nichts erhalten soll. Er richtet nochmals ein Schreiben an den Betriebsführer, erhält aber die Antwort, daß er die sechs Schichten nicht erhalte. Es läßt ihm keine Ruhe auf seiner neuen Arbeitsstelle. Er mußte die sechs Tage, wo er gearbeitet, doch auch sein Essen bezahlen, erhält aber nichts für seine Arbeit. Jemehr er darüber nachdenkt, steigert sich seine Erbitterung. Er fährt nach Barop und geht Abends auf die Zeche um nochmals mit dem Betriebsführer zu sprechen und vielleicht doch seine sechs Schichten zu erhalten. Vielleicht mag er auch früher schon einmal gehört haben, daß es Betriebsführer geben soll, die unliebsame Besucher mit dem Gummischlauch empfangen. Er steckt deshalb einen Revolver, den er mehrere Tage vorher gekauft, zu sich. Auf der Zeche angekommen, traf er den Betriebsführer Hahne allein im Kontor. Wie der angeklagte angibt, habe Hahne ihm alsbald gesagt, er solle machen, daß er hinauskomme, was übrigens durchaus wahrscheinlich ist. Wenige Augenblicke später war Hahne von einer tötlichen Kugel getroffen. Nach einer Viertelstunde war er eine Leiche. — Kurschuß gibt an, daß er zum Revolver gegriffen, als Hahne mit aufgehobenem Stuhle auf ihn zugekommen sei. Auch sei der erste Schuß ohne seinen Willen losgegangen. Wie dem auch sein möge: Nach all dem, was man über Hahnes Auftreten gegenüber Arbeitern hörte, war sein Verhalten gegen den „eindringenden" Angeklagten kein besänftigendes gewesen, ist wohl äußerst naheliegend. Man vergegenwärtige sich all' das und dann frage man sich, ob der Angeklagte wirklich noch mit Ueberlegung gehandelt, wenn man schon annehmen will, daß der Schuß nicht ohne Absicht abgegangen. Die Geschworenen haben den Angeklagten, — den der vorsitzende Richter irrtümlich für einen Polen ansah, die ihnen hier „so viel zu schaffen machten" — im vollen Umfange der Anklage für schuldig befunden. Wie immer man aber über die Schuldfrage im juristischen Sinne des Wortes denken möge: Wir sind der Meinung, daß der zum Tode Verurteilte, ob „schuldig" oder „nichtschuldig", ein Opfer des sozialen Unrechts, ein Opfer des geschriebenen Rechts (der von den Zechenbesitzern ausoktroyierten Arbeitsordnung), ein Opfer seines Rechtsbewußtseins geworden ist! Vielleicht, daß manche Herren, die gar zu schnelle mit der Einhaltung von sechs Schichten bei der Hand sind, in Zukunft erst überlegen, ob es nicht besser ist, dem Arbeiter seinen sauer verdienten Lohn auszuzahlen.

Essen. Der Unglücksfall des Schleppers Semi Cohn vor Gericht. Am 14. September 1904 verunglückte auf Zeche Herkules der jugendliche Schlepper Semi Cohn durch niedergehende Gesteinsmassen tötlich. Aus Angst vor Maßregelung schwiegen damals diejenigen Bergarbeiter, die den Sachverhalt aus eigener Anschauung näher kannten. Erst während des Streiks wurde der Fall in den Versammlungen zur Sprache gebracht und der „Allgem. Beobachter" brachte hierüber einen Bericht. Sofort war die Verwaltung der Zeche „Herkules" mit einer Berichtigung auf Grund des Preßgesetzes bei der Hand, wonach die den Unglücksfall untersuchende Bergbehörde festgestellt habe, daß an dem Tode des Semi Cohn niemanden eine Schuld beizumessen sei. Dieser Berichtigung trat Wagner in einem längeren Artikel im „Allgemeinen Beobachter" entgegen, worin er nachwies, daß Semi Cohn lediglich ein Opfer der Profitwut der Zeche geworden sei. Schon lange Zeit vor dem Unfall habe sich die fragliche Strecke in einem lebensgefährlichen Zustande befunden und der Steiger sei auch wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, habe aber solche Warnungen einfach in den Wind geschlagen und erklärt: „Ach was, es ist ja doch bald alle, es gehen noch höchstens ein ge hundert Wagen Steine herein und so lange wird wohl noch halten!" An Tage zuvor habe der Steiger noch einem alten Hauer den Befehl gegeben, an der fraglichen Stelle Steine zu kippen. Dieser habe sich aber dessen gewegert mit dem Hinweis, daß es viel zu gefährlich sei. Der Steiger habe dann auch selbst die Gefahr anerkannt, nichtsdestoweniger seien am anderen Morgen zwei Schlepper, Gottlieb Rassey und Semi Cohn, die sich beide der großen Gefahr wegen ihrer Unerfahrenheit nicht bewußt waren, mit Steinekippen an der fraglichen Stelle beauftragt worden, ohne daß die Gefahr vorher beseitigt war. Schon beim dritten Wagen, den sie kippten, gab die faule, morsche Zimmerung dem gewaltigen Druck der darüber hängenden Gesteinsmassen nach und der 17jährige Semi Cohn, der von Holland herübergekommen erst seit acht Tagen mit Grubenarbeit beschäftigt war, lag als gräßlich verstümmelte Leiche unter den ungeheuren Gesteinsmassen, während der Schlepper Rassey mit einer Verletzung am Fuße davon kam. Ein junges blühendes Menschenleben, die einzige Stütze seiner armen hochbetagten Eltern war vernichtet, ihre Hoffnungen zerstört. Die Zeche hatte zwar die Kosten, die eine neue Zimmerung verursacht hatte, gespart, aber ein junges blühendes Menschenleben war zerstört. Auf die gewaltige, öffentliche Anklage des Aeltesten Wagner schwieg sich die Zechenverwaltung merkwürdige weise gänzlich aus, die Redselige, die vorher mit einer Berichtigung so schnell bei der Hand war, hatte jetzt anscheinend die Sprache verloren. Statt dessen erhielt Wagner vom Bergrat Balz ein Schreiben mit dem Ersuchen, die Zeugen über diesen Fall anzugeben. Wagner lehnte dieses ab mit der Motivierung, nicht er persönlich, sondern die Bergarbeiterschaft überhaupt hätten ein großes Interesse daran, daß dieser Fall vor Gericht klar gestellt würde; man möge ihn also verklagen, dann würde der Beweis schon erbracht werden. Von dieser Zeit ab hörte Wagner von der ganzen Sache nichts mehr, nur durch Zufall erfuhr er, daß Bergrat Balz einen der Zeugen in dessen Wohnung aufgesucht und vernommen hatte. Im übrigen hüllte sich die Bergbehörde sowohl wie auch die Zechenverwaltung der Oeffentlichkeit gegenüber in tiefstes Schweigen. Selbstverständlich gab sich Wagner und die hinter ihm stehenden Bergarbeiter damit nicht zufrieden, sie waren vielmehr mit gutem Recht der Meinung, daß die Bergbehörde verpflichtet sei, nun der Fall einmal in der Oeffentlichkeit aufgerollt sei, auch öffentlich Aufklärung zu geben. Als aber solches nicht geschah, als nicht nur die Bergbehörde, sondern auch die so äußerst berichtigungseifrige Zechenverwaltung von Herkules, trotz der weiteren öffentlichen Erörterung des Falles beharrlich schwiegen, konnten sie nur zu der Annahme kommen, der Wagner denn auch in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung bei Post in Essen-West am 12. August 1906 Ausdruck gegeben und die dann zur Erhebung der Anklage gegen Wagner durch die Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher Beleidigung des Bergrats Balz führten. Am 15. Januar 1906 hatte sich nun Wagner vor der zweiten Strafkammer wegen Beleidigung des Bergrats Balz zu verantworten, doch bevor wir auf diese interessante Verhandlung, die zur Vertagung führte, näher eingehen, möchten wir einige Fragen aufwerfen, die von allgemeinem Interesse sein dürften. Wagner hat wiederholt öffentlich, in Versammlungen sowohl wie in der Presse und auch in seinem Antwortschreiben an Herrn Bergrat Balz betont, daß er diese Angelegenheit so lange öffentlich erörtern werde, bis öffentlich Aufklärung geschaffen sei. Wagner hat Wort gehalten, nicht nur in zahlreichen Versammlungen und in der Presse, sondern auch auf dem Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen in Berlin hat er den Fall zur Sprache gebracht. Bergbehörde und Zechenverwaltung aber schwiegen sich aus. Im Deutschen Reichstage wurde der Fall vom Abgeordneten Otto Hue zur Sprache gebracht. Bergbehörde und die sonst so berichtigungseifrige Zechenverwaltung aber hüllten sich in Schweigen. Ist es da ein Wunder, daß die Erregung bei den Bergarbeitern und besonders auch bei Wagner sich außerordentlich steigerte und diesen dann schließlich zu den inkriminierten Aeußerungen gegen Bergrat Balz in der Versammlung in Essen-West veranlaßte? War dieses nicht vielmehr als notwendige Folge des Verhaltens der Bergbehörde und der Verwaltung von Herkules vorauszusehen? Wäre es nicht vielmehr Pflicht der Bergbehörde gewesen zu öffentlicher Klarstellung das Wort zu ergreifen, um dadurch die erregten Gemüter zu beruhigen und das unter solchen Umständen gewiß berechtigte Mißtrauen zu beseitigen? Aber die Bergbehörde schwieg und dieses Schweigen hat Wagner auf die Anklagebank gebracht. Gewiß war nach dem Buchstaben des Gesetzes die Bergbehörde nicht verpflichtet, öffentlich Aufklärung zu geben; aber neben dem geschriebenen Gesetz gibt es noch ein ungeschriebenes, welches tief im Volksempfinden wurzelt, aber von keinem Staatsanwalt geschützt wird. Dieses Gesetz aber ist dem Volksempfinden ebenso heilig wie das in ungezählten Paragraphen zum Ausdruck gebrachte. Dieses Gesetz, welches in der Hauptsache von Takt und Gefühl diktiert, vielleicht gar nicht in vertrocknete Paragraphen hineingezwängt werden kann, hätte es der Bergbehörde zur Pflicht gemacht, nachdem der Fall der art die Gemüter erregt, auch öffentlich Aufklärung zu geben. Statt dessen hüllt man sich in gebieterisches Schweigen und bringt dadurch einen bisher völlig unbescholtenen Menschen auf die Anklagebank. In der Verhandlung am Dienstag den 15. Januar vor der zweiten Strafkammer

des hiesigen Landgerichts waren als Zeugen geladen Herr Bergrat Balz, Bergassessor Makroff und Kriminalbeamter Kiefernagel, der überwachende Beamte der Versammlung in Essen-West. Nach Feststellung des Sachverhalts wurde zunächst Herr Kiefernagel vernommen, welcher bekundet: In der Versammlung am 12. August 1906 in Essen-West bei Post habe der Reichstags-abgeordnete Hue einen Vortrag über den Voruffin-Prozeß gehalten. In der Diskussion habe Wagner unter anderem auch den Fall Semil Cohn besprochen und am Schlusse seiner Ausführungen erklärt: Aus alle dem ergibt sich, daß dieser Fall nicht klargestellt ist, daß die Bergbehörde nichts getan hat, um Aufklärung zu schaffen und ich erhebe darum gegen Bergrat Balz die Anklage, daß er diese Sache vertuscht und dadurch der Zeche Handlangerdienste geleistet hat. Auf Befragen gibt Zeuge zu, daß der Angeklagte Wagner seine Ausführungen in großer Erregung gemacht habe. Wagner gibt zu, sich in ähnlicher Weise geäußert zu haben. Als nächster Zeuge wird Bergassessor Makroff vernommen, der seinerzeit die Untersuchung des Falles auf der Zeche als Beauftragter des Herrn Bergrat Balz geleitet. Vorsitzender: In welcher Weise haben Sie damals die Untersuchung geleitet? Zeuge: Durch Besichtigung der Unfallstelle und Vernehmung der Zeugen. Vors.: Wie haben Sie die Zeugen festgestellt oder wer hat Sie Ihnen genannt? Zeuge: Die Zechenverwaltung. Vors.: Wer, die Zechenverwaltung, wer ist das? Zeuge: Der Betriebsführer. Vors.: Haben Sie keine anderen Zeugen vernommen, bloß diejenigen, die Ihnen der Betriebsführer genannt? Zeuge: Nein, andere nicht. (!) . . . . Vors.: Was haben Sie denn an der Unfallstelle festgestellt, was fiel Ihnen besonders auf? Zeuge weiß sich so recht nicht mehr zu erinnern, es sei schon zu lange her. Vors. (dem Zeugen eine Mappe mit Akten überreichend): Erinnern Sie sich doch mal, hier ist ja das von Ihnen verfaßte Protokoll, sehen Sie sich das doch nochmal an. Zeuge (das Schriftstück flüchtig prüfend): Ja, ja. Vors.: Es wird behauptet, die Zimmerung sei alt und morsch gewesen, haben Sie bei der Untersuchung Teile des gebrochenen Holzes gesehen? Zeuge: Nein. Vors.: Auch nicht die heruntergefallene Kappe? Zeuge: Nein, das war nicht möglich, weil ja alles zu Bruch lag. Vors.: Was haben Sie denn als Ursache des Unfalls festgestellt? Zeuge: Das Rollloch hätte sich festgesetzt und die Arbeiter wollten es wieder los machen. Hierbei fiel ein schwerer Stein herunter und schlug den Dammstempel, der das Holz am Hangenden stützte durch, wodurch dann alles zusammenbrach. Vors.: Wie haben Sie das festgestellt? Zeuge: Das haben die Zeugen bekundet. Vors.: Sie selbst haben nicht gesehen? Zeuge: Nein, das war nicht möglich. Vors.: Halten Sie es für möglich, daß ein heruntergefallener Stein auch ein gesundes, starkes Holz durchschlägt? Zeuge: Ja. Das sind im wesentlichen die Aussagen des Herrn Bergassessor Makroff, denen noch zugefügt sei, daß dieser Herr auch betonte: Die Zeugen hätten ihm auch weiter gesagt, daß der Schlepper Semil Cohn an der Unfallstelle gar nichts zu tun gehabt habe. Angeklagter Wagner erklärt, er sei erstaunt über die Aussagen des Herrn Bergassessors, dessen ganze Darstellung des Sachverhalts falsch sei, d. h. den Tatsachen in keiner Weise entspreche und sei er in der Lage, dieses durch Zeugen nachweisen zu können. Der Verteidiger des Angeklagten stellt und begründet kurz den Antrag auf Beweiserhebung. Der Staatsanwalt wendet sich gegen diesen Antrag. Die Beweisaufnahme habe ja schon ergeben, daß von einer Vertuschung durch die Bergbehörde gar keine Rede sein könne. Es könne sich bei weiterer Beweiserhebung nur darum handeln, festzustellen, ob der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, den guten Glauben aber wolle er dem Angeklagten schon gern zubilligen und wäre darum eine weitere Beweiserhebung überflüssig. Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen um die von Wagner genannten Zeugen zu laden, weiter zum neuen Termin einen Sachverständigen aus dem Oberbergamtsbezirk Dortmund zuzuziehen.

Meiderich. Unlängst wurde im „Haagschen Courant" (holländische Zeitung) davor gewarnt, sich von Werbern zur Auswanderung ins Rheinland verleiten zu lassen. Es versuchte nämlich die Zeche Westende, dort Leute anzuwerben. Nun hat Herr Jos. Schöttler ein Eingesandt an den „Haagschen Courant" gesandt, das, im kurzen Auszug wiedergegeben, folgenden Wortlaut hat: „Im rheinischen Industriegebiet sind noch 80 000 Arbeiter nötig. Wenn auch einige hundert Holländer hier zuziehen, so kann der Lohn nicht dadurch gedrückt werden. Was den versprochenen Lohn anbelangt, so wird derselbe ausgezahlt. In Deutschland ist es unmöglich, einen versprochenen Lohn nicht auszuzahlen, da der deutsche Bergarbeiter zu seiner Hülfe gleich das Berggewerbegericht anrufen kann und er unbedingt zu seinem Recht kommt. (Wie naiv! D. Red.) Wenn ich nun hier den Arbeitern einen Anfangslohn von 3,80 Mk. versprochen habe und ihnen dieser Lohn nicht ausgezahlt würde, so könnten sie durch eine Anklage erzwingen, daß ich als Beamter der Zeche Westende mit meinem Lohne für das versprochene haftbar bin. Was einen Streik anbetrifft, so würde, wenn ein solcher ausbräche, zwei Drittel der Bergarbeiter nicht mitstreiken. (Na, na, Herr Schöttler!) J. Schöttler, Bergingenieur." Herr Schöttler hat vergessen, dabei zu bemerken, daß sich schon öfters Zechen nicht an die Abmachungen ihrer Werber gehalten haben und so manche ausländische Arbeiter schlimme Erfahrungen in Deutschland machten, noch dazu, wenn sie keine Ahnung vom Bergbau haben. Wir ersuchen die Kameraden von Westende, die holländischen Kameraden, welche sich verleiten ließen, nach Meiderich zu kommen, sofort der Organisation zuzuführen. Den „Haagschen Courant" werden wir uns aber gut verwahren, vielleicht, daß er unseren Kameraden eines Tages vor dem Berggewerbegericht gute Dienste leisten kann.

Süddeutschland und Reichslande.

Hausham. Lebhafte Klagen werden seit längerer Zeit wieder laut über die Musterbude Hausham. Der Oberbayerischen Aktiengesellschaft. Von einem Abkommen der jetzigen Verwaltung vom System Kladrubsky ist es eitel Essig, im Gegenteil, das Regiment Janotas und sein Adlatus Assistent Jodl sind treu den Fußtapfen des berühmten Landsmannes gefolgt. Allerdings etwas diplomatischer wirds gemacht, mit Händereiben und Versprechungen, die öfters nur gesagt, aber nicht gehalten werden. In den meisten Fällen wird Bruder Bergmann wieder hinauskomplimentiert. Nehmen wir gleich die Hauptsache. Es wird hier allgemein behauptet, daß eine fabelhafte Fixigkeit im Gedingeherunterreißen im Schwunge ist, deren Hauptanteil wieder dem Herrn Jodl zuzuschreiben sei. Ohne jegliche Flözveränderung wird von noch einigen Beamten und von Jodl das Gedinge gekürzt, trotzdem es im Zechenhause angeschlagen, und man behauptet allgemein, daß diese Praktiken von Jodl recht oft gemacht werden. Will vielleicht sich dieser Herr der Richtung wieder hinaufarbeiten, nachdem er sich schon einmal ziemlich weit herunter verirrt hat? Auch das Strafwesen birgt eine derartige Willkür und es hat hier den Anschein, daß gerade die kleinsten Chargen am meisten strafen. Auch hier kommt eine Brutalität zum Vorschein, die gewiß oben nicht gewünscht wird, da gerade dieses Ventil einmal sehr gespannt, zum Platzen kommen kann. Das rührt aber diese Herren nicht. Sie wollen oder können es nicht begreifen, daß, je niedriger das Gedinge, die Würgerei und Antreiberei es dem Bergmann nicht ermöglicht, reine Kohle zu liefern. Wird dann so ein Unglücksmensch erwischt, bekommt er durchschnittlich eine Geldstrafe von 2 Mark aufgerannt, obwohl der Oberbayerischen immer noch dreiviertel vom Kohlenhunde frei in den Schoß fällt. Strafen sind im Gange, daß man meint, es sei soeben die Prügelstrafe abgeschafft worden. Auch in die Sortierung werden wir in nächster Zeit hineinleuchten, da sich auch dort recht merkwürdige Dinge angesetzt haben. Was im Laufe der letzten Zeit für Löhne gezahlt worden, ist im Vergleich zur jetzigen Teuerung geradezu ein Pappenstiel. Die Erfahrung lehrt es, daß allgemein die Bergarbeiter von der Hand in den Mund leben. Und wie werden die Leute verhöhnt? 4,50 Mk. heißt es, sei ein schöner Lohn für Hauer, durchschnittlich das achtfache muß er für die schwerreichen Aktieninhaber erschuften. Was die Schlepper teilweise verdienen, ist kaum so viel, um leben zu können. Kräftige Burschen, oft über 20 Jahre alt, verdienen kaum 60 bis 70 Mk., und dann sollen sie noch eine Stütze für die Eltern oder Hinterbliebenen sein, wenn der Ernährer allzufrüh sich in der Grube den Tod holte. Das Arbeitersekretariat in Frankfurt wurde vor kurzem gefragt, was ein lediger Bursche brauche, die Frage wurde vom Gerichte gestellt. Es wurde nur das notwendigste zusammengestellt und ergab sich ein Betrag von monatlich 112 Mk. 80 Pfg. Ja, wenn das die Hauer verdienten! Noch nicht einmal öfters verheiratete Männer, viel weniger junge Burschen! Wie weit es hier in Oberbayern fehlt, wissen wir, daß aber auch vielfach die Arbeiter selbst schuld sind, muß leider zugestanden werden. Jeder Blödsinn wird unterstützt, für Schundromane und feindliche Zeitungen und Bestrebungen hat man Geld, zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist es so hart, ein kleines Opfer zu bringen. Wie sich solche Zustände rächen, ersieht man in den durchaus ungenügenden Verhältnissen in Oberbayern. Dutzende ergreifen jetzt im Winter die Flucht vor den schauerlichen Verhältnissen. Kameraden, laßt euch nicht länger das Fell über die Ohren ziehen. Vereint euch im Verbande, ihr seid auf euch selbst angewiesen, erst dann kommen wir zum Ziele.

Letzte Nachrichten.

Ein Kamerad schickt uns noch folgendes Telegramm:

Schlagwetterexplosion auf Grube Reden 200 bis 300 Tote. Die übrigen sind durch Zusammenbruch der Strecken abgeschlossen. Ausführlicher Bericht folgt.

Briefkasten.

F. Sch. 1. Beim Kommis wird nichts gestattet, sondern anbefohlen, doch auf alle Fälle keine freien Nachmittage, brauchst Dir also keinen Gehrock mitzunehmen. 2. Das Wort Jduistisch kennen wir nicht, auch ist es unserem „Sprachgelehrten" und sogar unserem „Professor" unbekannt. Es muß jedenfalls anders geschrieben werden. — **H. W. T. R.** Es muß zur bestimmten Zeit kommen, oder vorher erklären, daß es zu einer anderen Stunde erscheint. — **Hillebrandtschacht. R.** Deine Angabe, daß bei Euch immer noch Wagen gemullt werden, ist von solch weittragender Bedeutung, daß Du, wenn wir Dein Eingesandt aufnehmen sollen, für sichere Zeugen sorgen mußt, denn die Verwaltung wird sicher dann klagbar vorgehen und wir müssen Deine Behauptung auch beweisen können.

Berichtigungen.

In dem Bericht in Nr. 3 der „Bergarbeiter-Zeitung" über das Steinkohlenwerk Kaisergrube in Gersdorf hat irrtümlicher Weise eine Namensverwechselung stattgefunden. **Es darf nicht heißen Herr Bergrat Jobst, sondern Herr Bergdirektor Kneifel.**

Verbandsnachrichten.

Achtung, Ortsverwaltungen!

Die nächste Nummer (6) der „Bergarbeiter-Zeitung" wird des Stichwahltages wegen bereits am Montag den 4. Februar zum Versand gelangen. Inserate, Bekanntmachungen usw. müssen bis spätestens Freitag den 1. Februar abends in unseren Händen sein.

Achtung, Verbandsmitglieder des Ruhrreviers!

Am Stichwahltage, den 5. Februar, sind unser Verbandsbureau sowie die Rechtsschutzbureaus bezw. Arbeitersekretariate in Bochum, Dortmund, Kastrop, Recklinghausen, Gladbeck, Gelsenkirchen, Essen und Oberhausen geschlossen.

Der am 5. Februar fällige Rechtsschutztag in Marxloh findet erst am Mittwoch den 6. Februar statt. Wir bitten, dies beachten zu wollen.

Achtung! Bei telegraphischen Bestellungen oder Anfragen wollen unsere Verbandsfunktionäre unsere Telegramm-Adresse: **Altverband-Bochum** benutzen. Es ist dann nicht notwendig Straße und Hausnummer anzugeben, da obige Telegramm-Adresse bei dem Telegraphenamt in Bochum eingetragen ist.

Bereitet die Lohnstatistik vor!

Wir machen nochmals alle Mitglieder, namentlich die Vertrauensleute und Bezirksleiter, dringend darauf aufmerksam, die Lohnstatistik vorzubereiten und gut auszuführen. Trotz der dazwischen fallenden Reichstagswahl darf diese für uns so wichtige Lohnstatistik nicht vernachlässigt werden. Die falsche Berechnung der Bergarbeiterlöhne muß endlich einmal an das richtige Licht gestellt werden und die Rosstäuscherart der Grubenbarone entlarvt werden. Also auf, Kameraden, macht es möglich, daß auch diese Arbeit mit bewältigt wird.

Achtung! Lohnstatistik! Achtung!

Die Ortsverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die ausgefüllten Fragebogen an den zuständigen Bezirksleiter zu senden sind.

Zipsendorf. Den Kameraden nochmals zur Erinnerung, daß die Lohnstatistiken anz fertigen sind. Wir ersuchen deshalb alle Kameraden, auch die über Tage Beschäftigten (Kesselwärter, Brikettarbeiter usw.), ihre Lohnzettel an die bekanntgegebenen, mit dem Einsammeln der Lohnzettel beauftragten Kameraden abzugeben. Es braucht sich keiner zu schämen, wenn sein Lohn niedrig ist, trägt doch der Unternehmer die Schuld, der solche miserablen Löhne auszahlt. Die Lohnstatistik soll den Zweck haben, festzustellen, ob die ausgezahlten Löhne wirklich so hoch sind, wie die Gruben erwaltungen behaupten. Wir erwarten deshalb, daß alle Kameraden der Aufforderung nachkommen und ihre Lohnzettel abgeben.

An die Kameraden von Hausham und Oberbayern.

Laut Beschluß des Vorstandes haben auch wir in Südbayern uns mit der Aufstellung einer brauchbaren Lohnstatistik zu beschäftigen. Zu diesem Zwecke müssen alle Verbandskameraden ihre jetzt am Zahltage empfangenen Lohnbücher den Vertrauensmännern und dem Zeitungsboten abgeben, und werden dieselben in diskreter Weise zur Zusammenstellung verwendet. Auch das leidige Restantenwesen muß endlich aufhören; Kameraden, tut eure Pflicht, gar mancher steht sonst ohne Hilfe da, und bedauert samt der Familie seine Nachlässigkeit. Also sorgt für Abführung der Beiträge.

Aufforderung! Alle diejenigen Kameraden welche die Adresse des Kameraden **Wilhelm Urbanski** wissen, werden ersucht uns dieselbe mitzuteilen. Urbanski hat früher im Zeitz-Weißenfelser Revier gearbeitet. Später hat er sich kurze Zeit in Bruckhausen (Rheinland) aufgehalten. Urbanski war hauptsächlich als Drittelführer beschäftigt.

Von verschiedenen Polizeiverwaltungen, sowohl des Ruhrgebiets, wie auch der anderen Reviere, wird in letzter Zeit wieder der Versuch gemacht, unsere Ortsverwaltungen zu veranlassen, die Mitglieder-Verzeichnisse einzureichen. Wir weisen demgegenüber darauf hin, daß dieses Verlangen der Polizeibehörden unberechtigt ist und wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen, falls die örtlichen Polizeiverwaltungen mit solchem Verlangen an sie herantreten sollten, demselben keine Folge zu leisten. Man berufe sich gegebenenfalls auf das Urteil des Königlichen Kammergerichts zu Berlin vom 24. November 1902. In diesem Urteil heißt es inbezug auf das Anmelden der Mitglieder:

„Diese (die Zahlstellen) bezw. ihre Verwaltungen sind nur Unterbehörden, Zwischenglieder des Verbandsorganismus zwischen dem Vorstande und den Mitgliedern, keineswegs selbständige Vereine. Sie würden richtiger Filialen oder Zahlstellen genannt, **deshalb haben ihre Leiter weder ein Recht noch die Pflicht, Mitglieder der Polizeibehörde anzumelden, solange die Ortsvereine in den Grenzen ihrer Aufgabe, dienende Glieder des Verbandsorganismus zu sein, verbleiben** und nicht daneben ein selbständiges Vereinsleben entwickeln."

Hieraus geht unzweifelhaft hervor, daß die örtlichen Polizeibehörden kein Recht haben, von den einzelnen Ortsverwaltungen die Mitgliederlisten zu verlangen. Wir ersuchen, diese Notiz aufzubewahren, um sie vorkommenden Falls gebrauchen zu können.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Mitglieder, welche mindestens 52 Wochen Mitglied sind, und länger als 14 Tage krank feiern, sich unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines bei ihrem Vertrauensmann zu melden haben.

Wer sich nicht sofort meldet, verliert jeden Anspruch auf Unterstützung.

Diejenigen Mitglieder, welche arbeitslos werden und mindestens für 52 Wochen volle Beiträge entrichtet haben, müssen sich sofort bei ihrem Vertrauensmann melden; wer es unterläßt, hat ebenfalls keinen Anspruch auf Unterstützung.

Dann machen wir die Kameraden nochmals darauf aufmerksam, daß Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande bleiben, jedes Anrecht auf die im Statut vorgesehenen Unterstützungen verlieren. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Kameraden, daß er pünktlich seine Beiträge bezahlt, andernfalls schädigt er sich und seine Familie.

Von folgenden Zahlstellen sind die Ortsverwaltungen für 1907 noch nicht gemeldet: Aken a. E., Alslebe, Amsdorf, Aschersleben, Azendorf, Barby, Borna, Calbe a. S., Bönigk, Edderitz, Egeln, Frose, Göllingen, Güsten, Hain, Helbra, Herges-Vogtei, Honm, Leau, Leimbach, Lebendorf, Mansfeld, Oberröblingen, Oldisleben, Roßleben, Sollstedt, Staßfurt, Teutschental, Unseburg, Urbach, Wolkramshausen, sämtlich zu den Bezirken **Graf** und **Langhorst** gehörig. Ferner Pulsberg (Bezirk Weikart); von Niederschlesien Neu-Krautzendorf und Sophienau. Vom Königreich Bayern fehlten Marienstein und vom Königreich Sachsen Köffern. Außerdem sind die angemeldeten Ortsverwaltungen noch zum großen Teil sehr mangelhaft, insofern, als nur ein Vertrauensmann von vielen Zahlstellen gemeldet ist. Besonders trifft das zu für die Bezirke **Weikart, Königreich Sachsen,** und besonders auf das Saargebiet. Die Namen der fehlenden Ortsverwaltungen müssen baldigst eingesandt werden, damit das Adressen-Verzeichnis fertiggestellt werden kann.

Vom 1. Februar ab haben die bisher zum Zweigbureau Zwickau gehörigen Zahlstellen wie folgt abzurechnen: Das Zwickauer Revier mit Schneeberg und Johanngeorgenstadt in Zwickau, Adresse: Hermann Zimmermann, Richardstr. 15. — Das Oelsnitz-Lugauer Revier in Lugau, Adresse: Manilius Krauße. — Alle übrigen Zahlstellen in Bochum, Adresse: Paul Horn, Verbandskassierer, Bochum i. Westf., Wiemelhauserstr. 42.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Ueberweisungsscheine nach Amerika nur dann ausgestellt werden, wenn die Betreffenden mindestens ein Jahr Mitglieder unseres Verbandes sind. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß, wenn die Zusendung der Mitgliedsbücher und Ueberweisungsscheine direkt an die betreffenden Kameraden, welche auswandern wollen, gewünscht wird, 20 Pfg. für Rückporto beigefügt werden müssen. Geschieht das nicht, dann werden die Bücher und Ueberweisungsscheine erst mit dem nächsten Zeitungspaket an die Zahlstelle gesandt. Wir bitten dies zu beachten.

Der Vorstand.

An die Verbandsmitglieder des Bezirks Hannover!

Durch die plötzliche Verhaftung unseres Bezirksleiters Max Gärtner ist die anderweitige Besetzung des Bezirks notwendig geworden. Der Vorstand hat nun im Einverständnis mit der Bezirksleitung die Führung der Geschäfte dem Kameraden Wilhelm Wendt in Egestorf (Landkreis Linden), Friedrichstraße 218, übertragen und bitten wir alle Kameraden, besonders aber unsere Vertrauensleute im Bezirk Hannover, alle Anfragen betreffend Organisation und Agitation an obige Adresse zu richten.

Achtung! Bezirk Bernburg-Staßfurt.

Mit dem 1. Januar errichtete unser Verband in **Bernburg** (Sachsen-Anhalt) im Restaurant „Zum Reichskanzler", Ecke Gröbziger und Parkstraße ein Rechtsschutz- und Bezirksbureau. Die Leitung des Bureaus liegt in den Händen des Kameraden Fritz Langhorst. An diesen sind alle An- und Abmeldungen, Anfragen betreffend Agitation und Organisation sowie die Rechtsschutzangelegenheiten zu richten. Das Bureau ist für Rechtsschutzsuchende an jedem Montag und Dienstag geöffnet. Zu dem Bezirk gehören folgende Zahlstellen: Aken a. E., Atzendorf, Barby-Pömmelte, Bernburg, Calbe a. S., Borne, Cörmigk, Edderitz, Egeln, Güsten, Hecklingen, Leau, Lebendorf Staßfurt und Unseburg.

Hamm i. W. Rechtsschutz. Am 25. Januar ist das Sekretariat beschlossen.

Achtung! Bezirk Castrop.

Mit dem 1. Februar übernimmt der Kamerad Ph. Hermes die Leitung und damit auch die Erteilung von Rechtsschutz in der bisherigen Weise. Das Bureau befindet sich in Castrop, Karlstraße 158c, und ist nur an jedem Montag und Dienstag geöffnet. Die Sprechstunden sind von 9 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags angesetzt.

Achtung! Rechtsschutzbezirk Gladbeck-Bottrop. Achtung!

Ab 1. Februar 1907 ist das Rechtsschutzbureau in Gladbeck, Kolpingstraße 3 nur noch am Montag, Dienstag und Mittwoch von vormittags 9 bis 12 Uhr und nachmittags 4 bis 6 Uhr geöffnet.

Von jetzt an gehören die Zahlstellen Horstermark, Erle I und II, Buer, Resse und Beckhausen dem Arbeitersekretariat in Gelsenkirchen, Karlstraße 19 angeschlossen.

Die Zahlstelle Osterfeld gehört von jetzt an zum Bezirk des Arbeitersekretariats Oberhausen, Marktstraße 5.

Wir bitten unsere Mitglieder dies beachten zu wollen.

Bei Inanspruchnahme der Sekretariate muß stets das Mitgliedsbuch vorgezeigt werden.

Achtung! Herne und Umgegend.

Vom 1. Februar 1907 ab werden die Sprechstunden des Arbeitersekretärs Ph. Hermes am **Freitag** jeder Woche im Lokale des Herrn Bomm von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends abgehalten.

Achtung! Herten und Umgegend. Achtung!

Von jetzt an wird in Herten kein Rechtsschutz mehr erteilt. Die Rechtsschutzsuchenden müssen die Sprechstunden in Recklinghausen an den drei letzten Tagen jeder Woche benutzen.

Achtung! Lütgendortmund! Achtung!

Der Rechtsschutz wird ab 1. Februar 1907 vom Kameraden Ph. Hermes an jedem **Samstag** von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends im Lokale des Herrn Buschkamp erteilt.

Achtung! Rechtsschutzbezirk Recklinghausen! Achtung!

Das Rechtsschutzbureau in **Recklinghausen** ist ab 1. Februar 1907 **nur** an den **letzten drei** Tagen jeder Woche von 9 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr abends geöffnet. Die Rechtsschutzerteilung erfolgt von obigem Tage an durch den Arbeitersekretär **Janschek.**

Krankengeldauszahlung.

Dellwig. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Krankengeld nur jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat ausgezahlt wird und zwar morgens von 10—12 Uhr beim Vertrauensmann Josef Rettek, Brechtstr. 13a. Mitgliedsbuch und Krankenschein müssen vorgezeigt werden.

Stiepel. Die Krankenunterstützung wird von jetzt an jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags von 11—2 Uhr, ausgezahlt. Für die Mitglieder, welche im Knappschaftssprengel des Aeltesten Haake wohnen, beim Vertrauensmann Albert Sticht, Stiepel-Haar Nr. 141, und für diejenigen im Sprengel des Aeltesten Wevelsiep beim Kassierer Fritz Wevelsiep, Stiepel-Schrick Nr. 61.

Stoppenberg. Das Krankengeld wird in der Wohnung des Kassierers Weding ausgezahlt. Krankenschein und Mitgliedsbuch ist jedesmal vorzulegen.

Massenerheide. Die Auszahlung des Krankengeldes findet Sonntag morgens von 9 bis 10 Uhr beim Kassierer K. statt.

Rotthausen. Der Krankengeldzuschuß wird jeden Sonntag, vormittags von 9—10 Uhr in der Wohnung des Kassierers Neumann, Steinfurthstraße 10, ausgezahlt. Jedes krankfeiernde Mitglied hat sich am 14. Tage beim Vertrauensmann Schmitz, Kanalstraße 9, mit Krankenschein und Mitgliedsbuch zu melden.

Bücherrevision.

Zipsendorf. Sonntag den 3. Februar Bücherrevision. Halte jeder Kamerad sein Buch bereit. Die Restanten mögen ihren Pflichten nachkommen, wollen sie nicht ihre Rechte verlieren.

Makulaturpapier

zu haben in der Druckerei der „Bergarbeiter-Zeitung" in Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Schmiedebach. Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag.
Würzbach. Jeden ersten Sonnabend im Monat, im Lokale des Herrn Edwin Beuthner, Heiligenfeld.

Sonntag, den 3. Februar 1907:

Altenberg i. S. Nachmittags 2 Uhr, im Schützenhaus. — Zahlung der Beiträge. Wahl der Revisoren.
Dortmund. Vormittags 11 Uhr, im „Tierpark", Leibnitz- und Lessingstraßen-Ecke. — Nominierung der Kandidaten zur Aeltestenwahl im Sprengel Wienke. — Verbandsangelegenheiten.
Kayna. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Roß". Der Bezirksleiter Dölle hat sein Erscheinen zugesagt.
Obermarxloh. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Neuhaus, „Zum Grunewald", Halfmannstraße. — Bericht des Vertrauensmannes. Bericht der Revisoren.

Jeden ersten Sonntag im Monat:

Altenbochum. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Hillshoff.
Aschersleben. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilkes.
Beck. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn O. Steinkraus, „Eiskeller".
Bernburg. Abends 7 Uhr, im Gesellenverkehr Umtage.
Borna. Abends 7 Uhr, in der „Wilhelmshöhe".
Bredenscheid. Vormittags 10 Uhr: Besprechung beim Vertrauensmann.
Bruch. Vom 5. bis 10. werden die Beiträge eingesammelt.
Cörne. Nachmittags 2½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilhelm Groß, Dortmund, Kaiserstraße 29.
Dittersbach. Vormittags 11 Uhr, im Gerichtskretscham in Bärengrund.
Dölau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Langbrock.
Eichlinghofen. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Wagner.
Eickel. Nachm. 6 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg, Schulstr., Wanne.
Empelde. Im Lokale des Herrn Goslar (Zeit fehlt).
Erlbach. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Langheinrich.
Frintrop. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kleinsimminghaus.
Fulerum. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heistermann.
Gaumnitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Bliedtner.
Groitsch, Bez. Leipzig. Nachmittags 3 Uhr, im alten Schützenhaus.
Haarzopf. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Erbach.
Halle. Nachmittags 3½ Uhr, Merseburgerstraße 54.
Hammerthal. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn H. Kriegskotte.
Hausham. Jeden Sonntag nach dem Vorschußtage, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Jos. May zum „Biber".
Heißen b. Mülheim-Ruhr. Nachm. 5 Uhr, im Lokal des Herrn v. d. Burg.
Huckarde. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Beyer.
Jelkowitz. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Protzel in Stawiska bei Rybnik.
Kromlau. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn R. Dottke in Gablenz.
Lünern bei Unna. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meininghaus.
Mansfeld. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Probst, Talwand 192.
Marienstein. Sonntag nach dem 1. Zahltage, im Vereinslokale.
Mülheim-Ruhr II. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Steinbach.
Nietleben. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Cluß.
Oschersleben. Nachmittags 5 Uhr, im „Feldschlößchen".
Ottleben. Nachmittags 3 Uhr, beim Vertrauensmann.
Pannesheide (Wurmrevier). Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Sonnenschein in Bleyerheide.
Petschau. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gantsch.
Pömmelte-Barby. Im Lokale „Zum Kronprinzen".
Querenburg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Kötter.
Rauno. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Lehmann.
Ramsdorf. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Knöbber, Bergschlößchen.
Rositz-Gorma. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Oberzetzscha.
Roßberg. Vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Dombrowkastr. 8.
Rotthausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Schmitz.
Schonnebeck II. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Leop. Rolf.
Sommerberg. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Eisenberg.
Sommerschendorf. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schütte.
Staßfurt. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale der Frau Wießener.
Suderwich. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Anton Polle in Oer, Kleine Erkenschwickerstraße 10.
Theißen. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böttcher, „Blauer Stern".
Vehlen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinr. Leinert.
Welschhufe. Vormittags 10½ Uhr, im Restaurant „Windmühlenhöhe".
Wintersdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Paul Spranger.
Wolfenbüttel. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fricke, „Bl. Engel".
Wyhra-Frohburg. Nachmittags 3 Uhr, im Brauhof zu Frohburg.
Zipsendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Seifert.

Jeden Sonntag nach dem 1. des Monats:

Banteln. Im Lokale des Herrn Seegers in Lübrechsen. Bücherrevision.
Haiger. Im Lokale der Witwe Völkel.
Hirschfelde i. S. Im Kretscham zu Rosenthal: Zusammenkunft.
Hornhausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hermann Bote, Gasthof „Zur Eiche".
Laitzach (Oberbayern). Vormittags 11 Uhr, im „Bierhäusl".
Markranstädt. Nachmittags 4½ Uhr, im Lokale des Herrn Otto Köpping, „Zur Parkschenke".
Sauo. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Beuster.
Senftenberg I. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Seidensticker, „Toßigmühle".
Thräna. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer.
Thronitz-Markranstädt. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Gäßner in Gernitz, Gasthof zur „Wettiner Eiche".

Bochum. Die **Gewerkschafts-Bibliothek** ist jeden Sonntag, vormittags von 9½ bis 11½ Uhr u. jeden Mittwoch, abends von 7½ bis 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer (links), Ringstraße, geöffnet. Um zahlreiche Benutzung wird ersucht.

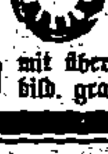
Achtung Kassenvertreter im Lugau-Oelsnitzer Revier.
Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Zur grünen Tanne" in Oelsnitz:
Fortsetzung der General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht der Revisoren.
3. Vorlegung der Jahresrechnung u. Richtigsprechung derselben.
4. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
5. Anträge.
6. Bericht über die stattgefundenen Knappschaftswahlen.
7. Verschiedenes.

Es wäre wünschenswert, daß die Versammlungen etwas besser besucht würden wie bisher. **Der Vorstand.**

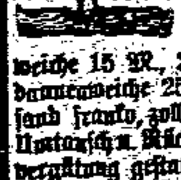
Gottesberg u. Umgegend.
Organisierte Kameraden decken ihren Einkauf an Lebensmitteln und Wirtschaftsbedürfnissen am besten im
Konsumverein für Gottesberg u. Umg., E. G. m. b. H.
Kameraden, werdet Mitglieder des Konsumvereins!
Eintrittsgeld nur 50 Pfg.

Bergschule. Gießereitechniker-Schule. Diese beiden Schulen umfassen in [illegible] methodischer unübertroffen ein[illegible] und klarer Weise dasjenige W[illegible]en, das in den entsprechenden [illegible]ulen gelehrt wird und dessen [illegible] nur zur Erlangung höherer Stellen bezw. Ablegung einer Prüfung bedarf. Jede Schule ersch. in Lfrgn. à 60 Pfg. Ansichtssendungen. Prospekt und Anerkennungsschr. gratis und franko. **Bonness & Hachfeld,** Potsdam G. I.
1374

Jonass & Co. Berlin SW. 258, Belle Alliancestraße 3. Gegr. 1889! Gegr. 1889!

liefern gegen kleine monatliche **Teilzahlungen** die besten Uhren u. Goldwaren.
Jährlicher Versand über 12,000 Uhren. Ueber 100,000 Kunden. Viele 1000 Anerkenn.

Katalog mit über 1000 Abbild. gratis u. frko.

Obermarxloh.
Bringe den werten Kameraden mein **Rasier- u. Frisiergeschäft** in empfehlende Erinnerung. Ferner **Zigarren und Zigaretten** in allen Preislagen in nur guten Qualitäten, sowie **Ansichts-, Geburtstags- und Gratulations-Karten** in reichhaltigster Auswahl. 4
Friedrich Lipski, Obermarxloh, Halfmannstr. 47a.


Billige böhmische Bettfedern 10 Pfund neue gute 8 M., bessere 10 M., — weiße, daunenweiche 15 M., 20 M., schneeweiße daunenweiche 25 M., 30 M. Versand franko, zollfrei p. Nachnahme. Umtausch u. Rücknahme geg. Portovergütung gestattet. Auf Wunsch sende Muster gratis und franko. Ben. Sachsel, Lobes 300, Post Pilsen, Böhmen. 1150

Oeffentliche Sprengel-Versammlungen.
Sonntag, den 3. Februar 1907:
Dortmund. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meier-Ebert, Bleichmärschstraße, für den Sprengel Nr. 71 (Aeltester Wienke). Knappschaftliches. Aufstellung der Kandidaten. — Referent: Knappschaftsältester Ernst Nobis, Marten.

Konsumverein für Bochum u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.
Netto-Bilanz vom 30. September 1906.

Aktiva.	Mark	Passiva.	Mark
An Kassa-Konto	1776,77	Per Mitgl.-Guthab.-Konto	10100,12
" Waren-Konto	17598,24	" Reservefonds-Konto	771,—
" Inventar-Konto	5400,—	" Lieferanten-Konto	3170,74
" Beteiligungs-Konto	324,30	" Dispositions-Konto	600,—
		" Dividenden-Konto	46,19
		" Darlehns-Konto	2507,12
		" Gew.-u. Verlust-Konto	7904,14
	25099,31		25099,31

Revidiert und für richtig befunden.
Bochum, den 11. November 1906.
H. Dammeier. W. Heilmich. M. Kaltschmidt.

Mitgliederbewegung.

Die Mitgliederzahl betrug am Anfange des Geschäftsjahres	884 Mitgl.
Im Laufe des Jahres traten bei	575 "
	1459 Mitgl.
Am 1. Oktober 1906 schieden aus durch Aufkündigung	109 "
Mitgliederbestand am 1. Oktober 1906	1350 Mitgl.
Die Haftsumme sämtlicher Mitglieder betrug am 1. Okt. 1905	26520,— Mk.
" " " " am 1. Okt. 1906	40500,— "
Dieselbe vermehrte sich gegen das Vorjahr um	13980,— Mk.
Geschäftsguthaben der Mitglieder am 1. Okt. 1906 l. Bilanz	10100,12 "
" " " am 1. Okt. 1905 l. Bilanz	5128,66 "
Demnach Vermehrung	4971,46 Mk.

Der Vorstand.
5 H. Lückel. Paul Horn. Franz Däusler

Rotthausen.

Unseren Mitgliedern, sowie den geehrten Bürgern und Arbeitern von Rotthausen und Umgegend wird hierdurch bekannt gegeben, daß wir in **Rotthausen, Schemannstraße 35,** unsere

18. Verkaufsstelle

eröffnet haben. — Mitglieder-Aufnahmen werden daselbst entgegengenommen. 1462

Der Vorstand
des
Bürger- u. Arbeiterkonsumvereins „Eintracht".

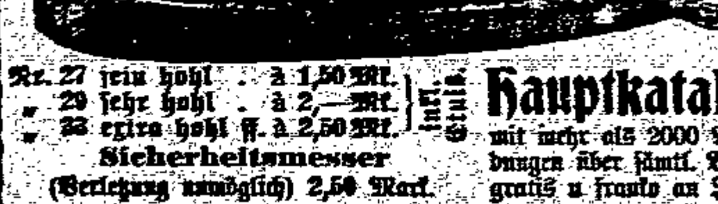
Sie brauchen kein Geld für Porto auszugeben, da ich trotz äußerst billiger Preise Versand- und Nachnahmekosten selbst trage. Aus meiner enormen Auswahl empfehle ich: 1445

Herrenstoffe.
Für Mk. 4.20: 3 Mtr. Zwirnbuckskin zum Anzug.
F. Mk. 4.50: 1,80 Mtr. Loden zur Joppe.
Für Mk. 5.25: 3 Mtr. Deutschen Cheviot z. Anz., bl. u. schwarz.
Für Mk. 7.—: 2 Mtr. Melange Tuch zum Sommerüberzieher.
Für Mk. 9.75: 3 Mtr. Triumph-Cheviot z. Anzug, glatt u. gem.
Für Mk. 11.25: 3 Mtr. schwarz Kammgarn zum Hochzeitsanzug.
Für Mk. 13.50: 3 Mtr. engl. Mode-Anzugstoffe, eleg. Muster.

Damenstoffe.
Für Mk. 2.25: 2,50 Meter schwarz-weiß kar. Blusen-Neuh.
Für Mk. 3.90: 6 Mtr. Mousseline oder Elsäßer Waschstoff.
Für Mk. 5.40: 6 Mtr. Zwirnbeige z. sehr praktischen Kleid.
Für Mk. 6.00: 6 Mtr. hochap. helle Batist.
Für Mk. 6.60: 6 Mtr. schwarz Jacquard Nouveautéz. Kleid.
Für Mk. 7.50: 6 Mtr. eleg. Stoffe z. einfachen Kostüm.
Für Mk. 8.40: 4 Mtr. Seide zur Bluse entzückende Muster.

Baumwollwaren.
Für Mk. 4.80: 1 Stück: 15 Mtr. Hemdentuch.
Für Mk. 5.40: 1 Stück: 15 Mtr. buntgestreiften Hemdenflanell.
Für Mk. 5.85: 1 Stück: 15 Meter Bettzeug, rotkar. (waschecht).
F. Mk. 10.20: 1 Stück: 15 Mtr. weiß, groß geblümt. Bettdam.
F. Mk. 10.80: 1 Stück: 15 Meter rot Bettbarchent, federdicht.
Gardinen, weiß und crême (Abbildung hiervon portofrei).

Große Vorteile bietet Ihnen d. direkte Bezug. Vergleichen Sie meine Offerte mit anderen Angeboten, dann kaufen Sie bestimmt bei mir.
Nichtgefallendes wird umgetauscht oder das bare Geld zurückbezahlt.
Muster portofrei an jedermann ohne Kaufverpflichtung.
Carl Sommer Junior, Leipziger Tuchversand, Leipzig 8

Eine ganze Rasier-Garnitur nur 2,50 Mark.
Diese enthält Ia. hohles Rasiermesser, Streichriemen, Napf, Pinsel, Seife, alles zusammen in Etuis. Dieselbe Garnitur mit poliertem Holzklappen, verstellbarem Spiegel, nur 3 Mark. — Porto 60 Pfg. — Tausende Anerkennungen. 30 Tage zur Probe! 5 Jahre Garantie!
Versende **Rasiermesser**

Nr. 27 fein hohl à 1,50 Mk.
" 29 sehr hohl à 2,— Mk.
" 33 extra hohl ff. à 2,50 Mk.
inkl. Etuis
Sicherheitsmesser (Verletzung unmöglich) 2,50 Mark.
Hauptkatalog mit mehr als 2000 Abbildungen über sämtl. Waren gratis u. franko an Jeden.
Emil Jansen, Wald b. Solingen 149, Stahlwarenfabrik und Versandhaus. 675

Buketts und Kränze in jeder Ausführung 1383
Blühende und Blattpflanzen in großer Auswahl u. jed. Preislage.
Böttcher's Blumen- und Samen-Handlung, Bochum, Wittenerstraße 94, Haltestelle der Straßenb. Fellenburg.

Vereinsfahnen 1427 gestickt und gemalt.
Fahnenschleifen, Schärpen, Abzeichen, alle andern Vereinsbedarfsartikel.
Godesberger Fahnenfabrik **Otto Müller, Godesberg.**
Preislisten gratis und franko.

Flechten 1185
nass und trocken, Schuppenflechte, skroph. Ekzema, [illegible]
offene Füsse
[illegible] Aderbeine, [illegible] alte Wunden sind oft sehr hartnäckig;
wer bisher vergeblich hoffte
geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten
Rino-Salbe
frei v. Giften. [illegible] Mk. 1.—. Dankschreiben gehen täglich ein. Nur echt in Originalpackung weiss-grün-rot und mit Firma Schubert & Co., W[illegible]. Fälschungen weise man zurück. Zu haben in den meisten Apotheken.

Ueberseeischer Rauch-Tabak
Umsonst zur 1. Sendung eine elegante **Pfeife.**
Sende frko. gegen Nachnahme:
Kronentabak à Pfd. M.
10 Pfd. Lit. AI Grobschnitt 0,60
10 " " AII " 0,80
10 " " A " 1,00
Germaniatabak
10 Pfund Nr. 1 Feinschnitt 0,70
10 " " 2 " 1,10
oder auf Wunsch die einzelnen Sortiments auch in 10 Pfund-Handtuchleinenbeuteln. 1162
H. Kersken, Tabakschneiderei Orsoy, Niederrh.

Tausend und mehr Musikinstrumente jeder Art beziehen Sie gut, billig u. direkt v. Fabrikationsorte durch **Wilhelm Herwig** in Markneukirchen. Illustrierte Preislisten umsonst. 1202

Edmund Paulus, Markneukirch n 343
Feinste Musikinstrumente. 1220
Katalog frei. Briefe u. Postkarten sind mit Nr. 343 zu versehen.

Neuheiten für Damen und Herren.
Illustrierte Preisliste gratis, gegen 20 Pfg. verschlossen.
Vogel & Co., Leipzig-Plagwitz 125.

Anker-Remontoir-Uhr

garant. gut gehendes Werk 6 M., Damenuhr 7,50 M. franko per Nachnahme oder vorherige Kasse. Kein Risiko, da Geld zur., w. d. Uhr nicht gefällt.
Rudolf Langer & Co., Weinböhla 125 bei Dresden.

Westrich u. Umg.
Empfehle den werten Kameraden von Westrich und Umgegend meine **Garten- und Feldsämereien** und bitte bei Bedarf um Zuspruch.
1452 **H. Lücker,** Berginvalide.

Amtl. unters., unverfälscht. 1904er
Weiss- u. Rotwein 58 Pfg. p. Ltr. u. 60 Pfg. p. Fl. mit Glas. Fässer v. 30 Ltr., Kisten v. 12 Fl. an. Probekiste 6 weiß, 6 rot. Weingut **Ed. de Waal & Sohn,** Coblenz 44. 1138

Strickmaschinen sind das beste Erwerbsmittel. Auch auf Teilzahlg. Illustr. Prachtkat. geg. 30 Pfg. Briefm. **P. Kirsch, Döbeln.**

Erster Bericht des Bochumer Arbeiter-Sekretariats
über die Tätigkeit per 1902—05.
280 Seiten stark. 1431
Preis für Mitglieder der dem Sekretariat angeschlossenen Gewerksch. **10 Pfg.** Zu beziehen durch die Zahlstellenverwaltungen. Für Nichtmitglieder — **50 Pfg.** Zu beziehen durch das Sekretariat oder die Buchhandlung des „Volksblatt".

Zu Vorzugspreisen
sind durch unsere Vertrauensleute und Zeitungsboten zu beziehen:

Mehr Bergarbeiterschutz. Ein Streit- und Mahnwort von Otto Hue. Preis 10 Pfg.
Saarabien vor Gericht. Bericht über den Prozeß Hilger gegen Krämer unter Benutzung stenographischer Aufzeichnungen. Preis 30 Pfg. — Ladenpreis 50 Pfg.
Der Stand der deutschen Berggesetzgebung. Vortrag des Vorsitzenden H. Sachse, gehalten auf der 16. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes. Preis 10 Pfg.
Unsere Taktik beim Generalstreik. Vortrag von Otto Hue, gehalten auf der 16. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes. Preis 10 Pfg.
Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter. Aktenmäßige Schilderung des vom preußischen Klassenparlament und vom Zentrum gegen die Bergarbeiter verübten Verrats. Preis 10 Pfg.
Protokoll des ersten Bergarbeiter-Delegiertentages für Preußen. Einberufen von der Siebenerkommission. Preis 25 Pfg. — Ladenpreis 50 Pfg.
Protokoll des zweiten Bergarbeiter-Delegiertentages für Preußen. Einberufen von der Siebenerkommission. Preis 25 Pfg. — Ladenpreis 50 Pfg.
Protokoll der 16. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Berlin. 328 Seiten. Preis 30 Pfg. — Ladenpreis 1 Mk.
Protokoll des 5. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands in Köln, nebst dem Protokoll der 1. Konferenz der Arbeitersekretäre. Preis 25 Pfg. Ladenpreis 1 Mk.
Neue Lieder. Gedichte von H. Kämpchen. Preis 75 Pfg.
Ansichtspostkarten vom Verwaltungsgebäude und den Wohnhäusern des Bergarbeiterverbandes. 100 Stück 5 Mk.

Zigarren. Der Unterzeichnete, Mitglied des Verbandes, 1889 gemaßregelt, hält sich den Kameraden und Genossen zur Lieferung von Zigarren in folgenden Preislagen bestens empfohlen und versendet:
200 Stück 5 Pfg.-Zig. 7,00 Mk. | 200 Stück 6 Pfg.-Zig. 9,00 Mk.
500 " 5 " " 17,50 " | 500 " 6 " " 22,50 "
200 Stück 7 Pfg.-Zigarren 11,00 Mk.
500 " 7 " " 27,50 "
sowie pro Mille von 50—100 Mk. Nach auswärts per Nachnahme ohne Kaufzwang. Abnehmer von 500 Zigarren erhalten eine
Wetter-Uhr (Hygrometer) gratis!
Heinr. Vöcker, Gelsenkirchen, Selhorststraße 20.
1439

M. Brockmann's Marke.

Besser fressen alle Schweine und andere Tiere, die man mästen will, wenn man ihrem Futter einen Eßlöffel voll von M. Brockmann's echter Marke B beimischt. Infolgedessen: Rasche Zunahme u. baldige Schlachtreife. Nach vielen vorliegenden Zuschriften haben Schweine mit diesem Beifutter ein Gewicht von 200 Pfund in fünf Monaten, 400 Pfund in neun Monaten, 500 Pfund in zwölf Monaten erreicht. — Kaninchen wurden 14—16 Pfund schwer im Alter von 7½ Monaten.
Mehr Milch geben Ziegen und Kühe, wenn man ihrem gewürz- und reizstoffarmen Futter M. Brockmann's Marke B beimengt. Auch erfolgreich zur Beförderung des Eierlegens.
Tägl. Kosten zirka 1 Pfg. Illustrierte Broschüre: „Rentable Schweinemast" gratis u. franko. **Warnung vor minderwertigen Nachahmungen!**
M. Brockmann's Marke B ist nur echt in Säcken mit nebenstehender Zwergschutzmarke (enthält Futterkalk, Salz u. appetitanregende Drogen) und kostet: 5 Kilo 3,50 Mk. franko per Post, 12½ Kilo 6,50 Mk., 25 Kilo 11 Mk., 50 Kilo 20 Mk., 100 Kilo 39 Mk. franko per Bahn. 1425
M. Brockmann, Chem. Fabrik, **Leipzig-Eutritzsch** 121a.

Geschäfts-Uebernahme.
Den verehrlichen Bergarbeitern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich die
Dampfbäckerei
des Herrn **Karl Deppe** in Katernberg übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute Ware zu führen und halte mich besonders den organisierten Bergarbeitern bestens empfohlen.
Mein Kundenkreis ist über folgende Orte verbreitet: Katernberg, Essen, Rüttenscheid, Stoppenberg, Schonnebeck, Heßler, Schalke, Rotthausen, Bismarck, Horstermark, Horst, Braut, Karnap und Altenessen. — Lieferung frei in's Haus.
Indem ich auf allgemeine Unterstützung rechne zeichne
Hochachtungsvoll
Fritz Hetzner, Katernberg,
1454 Dampfbäckerei.

Eickel. 1
Meinem lieben Bruder Wilhelm Voß zu seinem am 27. Januar stattgefundenen 46. Geburtstage die herzl.
Glück- und Segenswünsche!
Gewidmet von seinem Bruder August.

Herne. 3
Meinem lieben Mann und meinem guten Vater Johann Kubinski zu seinem am 30. Januar stattfindenden 25. Geburtstage die herzlichsten
Glück- und Segenswünsche!
Gewidmet von Frau und Kind.

Hamborn II.
(Verspätet.)
Unserm treuen Kameraden und Genossen Gustav Kersten zu seinem am 26. Januar stattgefundenen 37. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes
Glück auf!
Dem treuen wackern Kampfgenossen,
Den nie die Mühe hat verdrossen,
Der stets die Fahne trug voran
Als treubewährter Ehrenmann, —
Ihm sei beschieden Heil und Segen
Auf seinen ferneren Lebenswegen!
Nicht betteln noch bitten
Nur mutig gestritten,
Nie kämpft es sich schlecht
Für Wahrheit und Recht.
D'rum tu' auch heute Deine Pflicht,
Vergiß das Henkelpöttchen nicht.
Gewidmet von seinen Kameraden und Genossen M. M., O. M., J. L., J. B., Joh. L., H. M., D. W., P. E. und Frau, C. M. und Frau, E. B. und Frau, A. D. 3

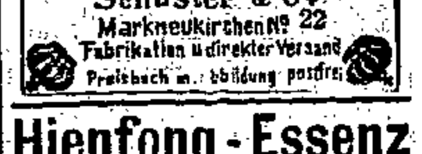
Sterkrade.
Unserem Vertrauensmann Johann Winkler zu seinem am 2. Februar stattfindenden 46. Geburtstage ein donnerndes 6
Lebe hoch!
Du alter Kämpfer, kämpfe weiter!
Du warst uns stets ein treuer Leiter.
Wir wünschen, daß durch Deine Mühe
Unsere Zahlstelle weiter blühe.
Gewidmet von den Mitgliedern der Zahlstelle Sterkrade.

Meinel & Herold
Harmonikafabrik.
Klingenthal (Sachsen) Nr. 163

liefern unter voller Garantie Zugharmonikas in über 180 versch. Nr., Bandonions, Musikwerke, Drehorgeln, Zithern v. M. 5.50, Guitarren v. M. 6.—, Geigen v. M. 4.— an, Mundharmonikas, Ocarinas etc. Neuester Katalog an Jedermann frei. Ueber 5500 Dankschreiben.

Alles fracht-, porto-, faßfrei: 1426
Große Salz-Voll-**Heringe** mit ff. Rogen und Milch, Dauerware, Faß 12 M., ½ F. 6½ M.
450 Norw. Orig. M. Salz-Fettheringe, Dauerware, 12 M., die Hälfte 6½ M., Dose 80 3 M. 70 Brather. od. 80 Rollmöpse 3 M. 100 Ostseebückl. 2½, Dos. Bism.-H. 3 M.
E. Napp Nachf., Swinemünde 35

Bergarbeiter, Invaliden ges., welche die Vertr. hocheleg. Artikel nebenbei übern. Hoher Nebenverdienst. Auf Anfrage Auskunft vollst. kostenl. Herm. Wolf, Zwickau Sa., Nordstr. 30.


Sächs. Musikinstrumenten-Manufactur
Schuster & Co.
Markneukirchen No 22
Fabrikation u. direkter Versand
Preisbuch m. Abbildung portofrei

Hienfong-Essenz
beliebt. Hausmittel, extra stark, Dtzd. 2,50 Mk. „Starke Qualit". 1,80 Mk. für Wiederverk. Postpaket enth. 30 Fl. Posten billiger. Laboratorium **P. Seifert,** Dittersbach, Nr. 39 bei Waldenburg (Schlesien). 1353

Bei unsern Vertrauensleuten und Zeitungsboten sind zu haben:
Ansichts-Postkarten
vom Verwaltungsgebäude und Wohnhäusern unseres Verbandes.
Preis 100 Stück 5 Mk.